Volkswille

ORGAN FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

MITTEILUNGSBLATT DER FREIEN GEWERKSCHAFTEN UND DER ARBEITER-SPORTVEREINE

Bezugspreis: Durch Boten halbmonatlich 1.20 RM., durch die Post monatlich 2.40 RM., Bestellgeld extra, im voraus zahlbar. Erscheint jeden Werktag vormittags. Preis der Einzelnummer 10 Rpf. Bankkonto: Städtische Sparkasse Gelsenkirchen. Postscheckkonto: 5405 Dortmund. Hauptgeschäftsstelle, Verlag und Schriftleitung: Gelsenkirchen, Ringstraße 33. Fernruf Sammelnummer 25841

Anzeigenpreis im Verbreitungsgebiet 8 Rpf., außerhalb 12 Rpf., für 1 mm Raumhöhe bei 27 mm Breite. Reklamen 1 mm Raumhöhe bei 90 mm Breite 50 Rpf. Kleine Anzeigen 5 Rpf. Inseratenannahme bis 19 Uhr. Bei gerichtlichen Klagen, Zwangsvergleichen und Konkursen erlischt jeder Rabattanspruch. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Gelsenkirchen

Nr. 189 | Gelsenkirchen, Freitag, den 15. August 1930 | 12. Jahrgang

Der Januschauer in Berlin

Neue Sammlungspläne auf der Rechten?

Berlin, 14. August. (Eig. Drahtbericht.) Wie das „Tempo" erfahren haben will, ist der alte Januschauer bei dem Reichsernährungsminister Schiele zu einer längeren Aussprache eingetroffen. Herr von Oldenburg-Januschau soll die Absicht haben, den Reichsernährungsminister dazu zu bestimmen, mit seiner Landvolkgruppe wieder zu Hugenberg zu stoßen und aus der Regierung auszutreten. Das „Tempo" will weiter wissen, daß auch Hindenburg bestrebt ist, unter den konservativen Elementen eine Einigung herbeizuführen.

Konservative und Wirtschaftspartei

Berlin, 14. Aug. (Eig. Drahtber.) Ein Berliner Abendblatt will wissen, daß am gestrigen Mittwoch eine Besprechung zwischen dem konservativen Führer Reichsminister Treviranus und dem Wirtschaftsparteiler Sachsenberg zu einer vollkommenen Einigung über einen gemeinsamen Wahlaufruf, eine gemeinschaftliche föderative Fraktion im neuen Reichstag und ein einheitliches Aktionsprogramm erzielt worden sei. Außerdem sei für den heutigen Donnerstag nachmittag eine Besprechung zwischen Treviranus und Dr. Scholz vorgesehen, durch die dieses Wahlabkommen auch auf die Deutsche Volkspartei ausgedehnt werden solle. Hierzu erfahren wir von bestunterrichteter Seite, daß am Mittwoch lediglich eine Besprechung zwischen von Lindeiner-Wildau und Sachsenberg stattgefunden hat, in der man sich über bestimmte Umrisse einer freundschaftlichen Zusammenarbeit im kommenden Reichstag klar geworden ist. Auf keinen Fall aber ist von Bindungen in der Form eines gemeinsamen Wahlaufrufes oder einer Fraktionsgemeinschaft die Rede. Da Dr. Scholz augenblicklich gar nicht in Berlin weilt, können übrigens am heutigen Donnerstag auch keine Verhandlungen über eine Zuziehung der Deutschen Volkspartei stattfinden.

Deutsche Volkspartei und Staatspartei in Baden und Württemberg

Karlsruhe, 14. Aug. (Drahtmeldung.) Der Landesvorstand der Demokratischen Partei hat, wie verlautet, dem in Aussicht genommenen Wahlabkommen mit der Deutschen Volkspartei für Baden und Württemberg zugestimmt. Danach sollen in Baden an erster Stelle der gemeinsamen Wahlliste Reichsaußenminister Curtius und an zweiter Stelle Reichsfinanzminister Dietrich kandidieren. Auch die Volksnationale Reichsvereinigung hat ihre Zustimmung zu diesem Wahlabkommen gegeben.

Die 36-Stunden-Woche

Losungswort des internationalen Gewerkschaftsbundes

Der Internationale Gewerkschaftsbund teilt mit:

Wenn aus dem Lager der Unternehmer Argumente zugunsten der weiteren Verkürzung der Arbeitszeit laut werden, so stammen sie gewöhnlich aus den Vereinigten Staaten, dem Land, das von unsentimentalen und draufgängerischen Arbeitgebern zum wirtschaftlichen Mittelpunkt der Welt gemacht wurde. Es sind keine sozial-ethischen Argumente, sondern sachliche Schlußfolgerungen kluger Geschäftsleute. Es ist die einfache Erwägung: Was soll aus uns und unserer Wirtschaft werden, wenn die Produktionsfähigkeiten jeden Tag zu- und die Absatzmöglichkeiten jeden Tag abnehmen?!

Auch der europäische Geschäftsmann und Industrielle kann sich auf die Dauer dieser Folgerung nicht verschließen. Dafür sorgt das schlechte Geschäft besser als alle wirtschaftliche Weisheit.

Es ist notwendig, die Arbeitsverteilung der Vollkommenheit der Werkzeuge anzupassen. Die Arbeitszeit der in den Industrien gegen Entlohnung Arbeitenden ist grundsätzlich von 48 auf 36 Stund. pro Woche herabzusetzen. Die unmittelbaren Folgen sind klar: Ein Großteil der Arbeitslosen, die in ihrer Gesamtheit die Wirtschaft unproduktiv belasten, wird aufgezogen. Ueber dies aber wird bei allen Arbeitenden neue Muße geschaffen, die erfahrungsgemäß neue Bedürfnisse und neue Arbeitsmöglichkeiten schafft. So hat z. B. die Einführung des Weekend in Amerika und England den Absatz der Automobilindustrie unverhältnismäßig gestärkt.

Die Argumente gegen die Kürzung der Arbeitszeit sind alle durch die Erfahrung beim Uebergang zum Achtstundentag längst widerlegt worden. Keine der prophezeiten Katastrophen ist eingetreten! Im Gegenteil, die Entwicklung zu einem höheren Standard hat stürmisch eingesetzt und das Tempo ist so angeschwollen, daß der Achtstundentag heute bereits überholt ist, was in der gegenwärtigen Krise Ausdruck findet. Dem Einwand, daß nicht alle Industrien einen gekürzten Arbeitstag ermöglichen (z. B. die Landwirtschaft), ist praktisch auch schon der Achtstundentag begegnet: selbstverständlich ist im einzelnen die Ueberschreitung möglich, doch müssen für den Arbeitenden solche, eventuell nur subjektive Kompensationen bestehen, die eine Beschäftigung in einem dieser Produktionszweige wünschenswert erscheinen lassen.

Die Bekämpfung der wirtschaftlichen Krise, die sich für Millionen von Menschen unverhüllt als Not am Unentbehrlichsten äußert, ist, als technisch-organisatorisches Problem betrachtet, durchaus nicht unlösbar. Die moderne Technik ist mit sachlich schwierigeren Dingen fertig geworden, als Menschen, die arbeiten wollen, ausreichend mit Gütern zu versehen, die in praktisch unbegrenzter Menge herzustellen sind!

Handelskammern und Finnland-Abkommen

Gegen die Kündigung

Der Zweckverband der Industrie- und Handelskammern Bochum, Dortmund, Essen und Münster hat in einer Eingabe die Reichsregierung dringend gebeten, unter keinen Umständen das deutsch-finnische Handelsabkommen zu kündigen, sondern im Gegenteil das im November v. J. abgeschlossene Zusatzabkommen mit Finnland in seiner ursprünglichen Form zu lassen. Die Reichsregierung ist auf die Klagen aufmerksam gemacht worden, die bei den Kammern von Firmen, insbesondere der Eisen-, Glas-, Baumwoll- und chemischen Apparat-Industrie über den schädlichen Einfluß der holländischen Boykottbewegung vorliegen. Die Aeußerungen der holländischen Besteller hätten sich durchweg sehr scharf gegen die Privatverhandlungen gerichtet, die doch nur als verschleierte Regierungsverhandlungen anzusehen seien.

Im Ruhrgebiet hätten solche Forderungen der Landwirtschaft, die berechtigt gewesen seien, stets Verständnis gefunden.

Der Zweckverband müsse sich jetzt jedoch entschieden dagegen aussprechen, daß zugunsten der Landwirtschaft Konzessionen gemacht würden, die sich für die gesamte Wirtschaft außerordentlich ungünstig auswirken müßten.

Wenn die Landwirtschaft eine Loslösung vom Käsezoll durch Kündigung des Vertrages mit Finnland erwarte, so könne demgegenüber nicht klar genug herausgestellt werden, daß der Käsezoll noch in vier anderen Verträgen, und zwar mit solchen Ländern gebunden sei, die mit zu den besten Abnehmern für deutsche Industrieerzeugnisse gehören.

Otto Braun kandidiert nur für Ostpreußen

Berlin, 14. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Ministerpräsident Dr. Otto Braun, der bisher für die Sozialdemokratie in Düsseldorf-West und in Ostpreußen kandidierte, wird sich diesmal auf die Kandidatur in Ostpreußen beschränken.

Höpker-Aschoffs Sparerlaß

In der Abendausgabe der „Kölnischen Zeitung" vom 13. August Nr. 440 setzt sich der Führer der neuen Staatspartei, der demokratische preußische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff mit dem Führer der Deutschen Volkspartei, Herrn Dr. Scholz, über den Zweck, die Aufgaben und die Ziele der neuen Partei auseinander. Interessanter als der Streit der Führer über ihr Wollen ist für uns ihr Tun. Herr Höpker-Aschoff hat Pech! Dieselbe Zeitung, deren Sympathien zweifellos ihm gehören, beschäftigt sich auf der letzten Seite mit den Sparsamkeitsmaßnahmen des Herrn Finanzministers. Während Herr Höpker-Aschoff auf der zweiten Seite der betreffenden Zeitung noch davon spricht, daß er mit seinen Freunden, an die Freiheit eines Christenmenschen und an die nur ihren Gewissen verantwortliche Persönlichkeit glaubt", muß er es sich gefallen lassen, daß zwei Seiten danach „sein Gewissen", wenn auch sehr vorsichtig, so aber doch sehr gewissenhaft zur öffentlichen Beurteilung ausgestellt wird. Es handelt sich dabei um folgende, für den Wahlkampf sehr beachtliche Angelegenheit.

Am 1. Juli dieses Jahres erließ der preußische Finanzminister einen Sparerlaß. Das ist ohne Zweifel in dieser wirtschaftlichen Notzeit ein an sich sehr löbliches Tun, zumal Preußen sich bis jetzt immer noch rühmen kann, die heute so übliche Defizitwirtschaft zu einem guten Teile verhindert zu haben. Nun ist allerdings Gefahr im Verzuge. Für das Rechnungsjahr 1929/30 muß ein geringes Defizit von 17,6 Millionen Mark abgedeckt werden, das durch eine weitere Verschlechterung von mindestens 55 Millionen Mark im Rechnungsjahre 1930/31 verschärft werden wird. Ein kluger Hausvater versucht natürlich drohende Uebel rechtzeitig zu verhindern. Im Reiche hat man zu diesem Zwecke einen Sparkommissar ernannt, der allerdings nicht vorbeugt, sondern hinterher feststellt. Preußen konnte bisher und kann hoffentlich auch in Zukunft diese Tätigkeit des Herrn Sämisch missen. Preußens Finanzminister richtete also um 1. Juli an die einzelnen Ministerien einen Erlaß, in dem er Sparmaßnahmen innerhalb der einzelnen Ressorts vorschlug; einen Erlaß, zu dem bisher weder die Einzelministerien noch das Gesamtministerium Stellung genommen haben; einen Erlaß also, der der ureigensten Iniative des Herrn Höpker-Aschoff entsprungen ist. Es liegt uns nicht daran, die Verdienste Höpker-Aschoffs um die gute Kassenlage in Preußen schmälern zu wollen, wenn sie auch nicht sein alleiniges Verdienst ist. Letzten Endes ist ja Herr Höpker-Aschoff Finanzminister einer Regierung, deren Zusammensetzung und deren parlamentarischer Zusammenhalt maßgebend von unseren Genossen beeinflußt werden.

Was verlangt nun Höpker-Aschoff in seinem Sparerlasse? Er verlangt, daß mit Rücksicht auf die weiter oben kurz skizzierte Kassenlage Preußens 100 Millionen Mark eingespart werden sollen. Entsprechend des Zuschußbedarfes der Einzelministerien hat Herr Höpker-Aschoff einen rechnerisch sehr einfachen, systematischen Verteilungsplan aufgestellt, nach dem das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung rund 52 Millionen Mark von den einzusparenden 100 Millionen Mark allein tragen soll. Damit nun der sozialdemokratische Kultusminister nicht etwa auf falsche Gedanken kommen kann, gibt ihm der Finanzminister auch gleich ein Rezept mit auf den Weg:

Zusammenlegung von Klassen der höheren Schulen. Einziehung von 10 000 Volksschullehrerstellen.

Soweit die höheren Schulen betroffen werden, ist zweifellos nur an eine Zusammenlegung der Primen, wie sie früher bestand, gedacht. Sonst soll scheinbar auf der Seite der höheren Schulen alles so bleiben wie es ist.

Einschneidender als Höpker-Aschoffs Vorschläge für die höheren Schulen sind die für die Volksschulen erwogenen Maßnahmen für das Kulturniveau des deutschen Volkes. Der Erlaß begründet seine Vorschläge mit dem Hinweis, daß die Zahl der Kinder weiter zurückgehe (4,5 Millionen gegenüber 6,5 Millionen in der Vorkriegszeit), während die Zahl der Lehrer von 117 000 vor dem Kriege auf nur 111 000 gesunken sei; der heutigen durchschnittlichen Klassenfrequenz von 38,7 hält der Erlaß

die Vorkriegsfrequenz von 63 entgegen. Diese Gegenüberstellung ist nicht nur empörend in ihrer Art, sondern sie ist bezeichnend für die Einstellung der maßgebendsten Leute der Staatspartei zur Schule des Volkes. Wir deutschen Republikaner sind stolz darauf, daß trotz aller Not die junge arme Republik für ihre Volksschulen mehr tut als die reiche Monarchie je getan hat. Wir bedauern, daß der staatsparteiliche Finanzminister sich noch nicht darüber klar zu sein scheint, daß die sittlichen Grundlagen des Volksstaates zu einem großen Teil von der Kulturhöhe des Gesamtvolkes abhängig sind. Die Kulturhöhe des Volkes aber hängt zum wesentlichsten Teil vom Stand der Schulen des Staates ab. Wir sind mit dem Schulrat Tittel-Dortmund der gleichen Meinung, wenn er in der „Westfälischen Schulzeitung" seinem Parteifreunde Höpker-Aschoff entgegen hält: „Der Volksstaat setzt ein Staatsvolk voraus, und das wächst nicht, wie Hottentotten in ihrem Krale wachsen." Der Volksstaat darf und kann seiner Volksschuljugend nichts abziehen.

„Der allgemein anerkannten Notwendigkeit, zu sparen, steht hier die Notwendigkeit einer für das Leben aufs beste vorgebildeten Jugend gegenüber. Daß bei einer durchschnittlichen Klassenstärke von 63 Schülern — was wegen der verschieden starken Jahrgänge praktisch manchmal auf eine Klassenzahl von 50, andererseits aber wieder von 70 Schülern hinauskommt — die Ausbildung unserer Volksschuljugend heute noch aufs beste gewährleistet wäre, wird niemand behaupten können. Eine durchschnittliche Schülerzahl von 63 war auch schon in der Vorkriegszeit kein beharrungswürdiger Zustand mehr; wer ihn heute noch für möglich hält, läßt die erhöhten Anforderungen außer acht, die unsere Zeit und ihr verschärfter Lebenskampf an den einzelnen stellen. Der Ausbau der Volksschule, wie ihn die im Einverständnis mit den Ländern vom Reichsminister des Innern zur Bekämpfung des Berechtigungsunwesens jüngst herausgegebenen Richtlinien vorsehen, würde durch eine Erhöhung der Klassenfrequenzen illusorisch gemacht werden."

Wir haben diesen Ausführungen der „Kölnischen Zeitung" nichts hinzuzusetzen. Der Sparerlaß des Herrn Höpker-Aschoff muß, soweit er die Volksschulen trifft, auf den entschiedensten Widerstand unserer Genossen in der Preußenregierung und im Preußenparlament stoßen. Es ist uns unverständlich, wie der Herr Finanzminister sein Vorhaben, den Kommunen durch Entlastung auf dem Gebiete des Volksschullastenausgleiches (Senkung der Zahl 60) zu helfen, mit seinem Sparerlaß in Uebereinstimmung bringen will. Wir verkennen durchaus nicht die Situation, die schließlich auch rigerosere Sparmaßnahmen verlangt. Wir wehren uns aber dagegen, daß der wertvollste Besitz unseres Volkes — seine Jugend — am härtesten betroffen werden soll. Gespannt sind wir aber, welche Stellung die Staatspartei zu den Maßnahmen ihres prominentesten Führers nehmen wird. Sie begründet ja schließlich ihre Existenzberechtigung mit dem Willen, die Jugend und mit ihr junges Wollen in die parlamentarische Front zu bringen.

Nacken.

Treviranus' Rückzug

im Lichte der Pariser Kritik

Paris, 14. Aug. (Eig. Drahtber.) Es ist Herrn Treviranus trotz seines kläglichen Rundfunk-Rückzuges nicht gelungen, den vernichtenden Eindruck seiner Rede im Ausland wieder gut zu machen. Der „Temps" erklärt, das internationale Unbehagen, das die Rede des Ministers für die ehemaligen besetzten Gebiete erweckt hat, ist nicht vergangen.

Dieser politische Mißgriff hat zusammen mit allen anderen, die seit zwei Monaten jenseits des Rheines begangen worden sind, nicht nur in den Nachbarstaaten des Reiches, die darin eine direkte Bedrohung ihrer Sicherheit erblicken, sonder auch in allen Ländern, in denen Deutschland Kredite und wirtschaftliche Hilfe sucht, den bedauerlichsten Eindruck hinterlassen.

Auch die zweite Rede Treviranus erscheint uns durchaus ungeeignet zu sein, die offizielle Politik der Reichsregierung zu definieren. Kann man heute von uns verlangen, daß man glauben soll, der neue Führer des Reiches verfolge das Ziel der Revision der Friedensverträge nur mit friedlichen Mitteln, wenn man feststellen muß, daß in der Rede eines verantwortlichen Ministers nicht so sehr das patriotische Feuer als der offenbare Wille nationalistischer Verhetzung dominiert.

Der „Paris Soir" schreibt: „Herr Treviranus ist, angetan mit der Rüstung der Wagnerschen Helden, in den Krieg gezogen. Dann hat er abgewartet, was man draußen dazu sagen werde. Nachdem der Eindruck im Ausland furchtbar war und die Rede auch in Deutschland selbst, wo es ja noch immer Pazifisten gibt, einen niederschmetternden Eindruck erweckt hat, hat Jung-Siegfried seine Rüstung abgelegt und sein friedlichstes Lächeln zu den Phrasen von der Völkerversöhnung wieder aufgesetzt. Es wäre besser gewesen, wir hätten Herrn Treviranus von Anfang an nicht allzu ernst genommen.

August Bebel-Haus

Druckerei-Neubau der Rheinischen Zeitung

Köln, 14. August. (Eig. Drahtbericht.) Die „Rheinische Zeitung", die im bisherigen Druckereigebäude räumlich sehr stark beengt war, hat mit einem modernen Neubau begonnen. Am Donnerstag wurde unter zahlreicher Beteiligung der Parteigenossen, die trotz strömenden Regens über eine Stunde auf der Baustelle aushielten, feierlichst der Grundstein gelegt. Die Feuerrede hielt der Bezirksvorsitzende Meerfeld. Der Neubau entsteht in dem rechtsrheinischen Vorort Deutz in unmittelbarer Nähe der früheren Festungsanlagen. Bekanntlich ist in einer dieser Kasematten August Bebel geboren. Im Hinblick darauf wird der Neubau den Namen „August Bebel-Haus" erhalten.

Goebbels wieder freigesprochen

Hindenburg hat „kein Interesse" an der Verurteilung – Die Mörder von Röntgenthal begrüßen den Freigesprochenen mit dem Faschistengruß

Berlin, 14. August. (Eig. Drahtbericht.) Am Donnerstag fand vor dem Landgericht III in Berlin die Berufungsverhandlung gegen den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Dr. Goebbels, der vom Reichspräsidenten wegen Beleidigung verklagt worden war, statt. Es handlte sich um einen beleidigenden Artikel „Lebt Hindenburg noch?" im „Angriff" und um eine Karikatur, die diesem Artikel beigegeben war. In der ersten Verhandlung, in der die Staatsanwaltschaft 9 Monate Gefängnis beantragt hatte, ist Goebbels zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Jetzt, in der zweiten Verhandlung, die unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Lehmberg stattfand, wurde er auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

*

Dieses Urteil ist nicht das allein Befremdende dieser Verhandlung. Es berührt immerhin eigenartig, daß zu Beginn der Sitzung einer jener Briefe verlesen werden konnte, wie sie der Herr Reichspräsident so gern schreibt, wenn es gilt, ein privates Rechtsinteresse zu bekunden.

Derselbe Hindenburg, von dem Goebbels behauptete, daß er bei seinen Entschlüssen unfrei sei und sich in die Gefolgschaft der so verhaßten Judenpresse begeben habe, derselbe Hindenburg teilt dem Gericht in einem Brief mit, daß Goebbels ihn nicht persönlich habe beleidigen, sondern nur berechtigte Interessen habe wahren wollen. Infolgedessen, so erklärt Herr von Hindenburg, habe er an der Bestrafung des Goebbels kein Interesse mehr. Hindenburg erklärte sogar, daß er seinen Strafantrag zurücknehmen würde, falls dies gesetzlich noch möglich sei.

Der Vorsitzende erklärte, daß das Schreiben im jetzigen Stadium der Verhandlungen ohne praktische Bedeutung sei, regte aber an, die „Hochherzigkeit" des Herrn Reichspräsidenten zum Anlaß zu nehmen, daß Goebbels seine Berufung zurückziehe, wie auch die Staatsanwaltschaft die ihre zurückgenommen habe. Herr Dr. Goebbels erklärte darauf, „das kommt für mich nicht in Frage." Es wurde nunmehr in die Verhandlung eingetreten und hier wurde praktisch die Beleidigung, die Hindenburg zum Anlaß seiner Klage nahm, insofern wiederholt, als der Verteidiger des Angeklagten, Graf von der Goltz, dem Gericht erklärte, daß sein Mandant insofern Interesse an der Urteilsfällung habe, als es sich um einen reinen Parteiprozeß handle, der nicht etwa von Hindenburg, sondern von den sozialdemokratischen Ratgebern des Reichspräsidenten, die heute nicht mehr in der Regierung sind, inszeniert worden wäre.

Im Verlaufe der Beweisaufnahme kam es zu ausführlichen Disputen darüber, wieweit man sagen könne, daß mit der Veröffentlichung der Goebbelsprodukte berechtigte Interessen wahrgenommen seien. Oberstaatsanwalt Seethe führte in seinem Plädoyer aus, daß nach dem neuerlichen Verhalten des Angeklagten eine Zurücknahme der Berufung nicht in Frage käme. Der Artikel sei ein prägnantes Beispiel dafür, wie ein Staatspräsident offen und versteckt beleidigt werden könne. Es werde Hindenburg in der wichtigsten Frage des Young-Planes Apathie vorgeworfen, ferner Pflichtverletzung und Herzlosigkeit. Aus diesem Grunde beantrage die Oberstaatsanwaltschaft Aufrechterhaltung des Urteils der ersten Instanz. Der Verteidiger verlangte für seinen Mandanten Freispruch und Goebbels erhielt ihn.

Es heißt in der Urteilsbegründung, daß die Strafkammer der Meinung sei, daß der Artikel und die Karikatur objektiv wohl beleidigend wären, daß aber dem Angeklagten doch Wahrnehmung berechtigter Interessen und somit der Schutz des § 193 zugebilligt werden müsse. Schließlich habe doch Herr Goebbels eine Sonderstellung als Abgeordneter und sozusagen als Vertreter des ganzen Volkes und jedes einzelnen gehabt.

Auch insofern habe Goebbels berechtigte Interessen wahrgenommen, als er in seiner Eigenschaft als Vorstandsmitglied des Reichsausschusses in Vorbereitung des zugelassenen Volksbegehrens gehandelt habe. Und wenn man nun diese Interessen gegen die des beleidigten Herrn Hindenburg abwägen würde, so müßten dennoch die Interessen des Goebbels vorangehen.

Während das Gericht beriet, aus welchem Grunde Herr Goebbels freigesprochen werden müßte, stattete dieser den Mördern von Röntgenthal, über die gleichzeitig im Nebensaal verhandelt wurde, einen freundschaftlichen Besuch ab. Begeistert begrüßten die Mörder ihren freigesprochenen Führer mit dem Faschistengruß.

Gerichtsszene

Nach dem Vorbild der Verhandlung gegen Goebbels in Hannover



Der Angeklagte: „Hochansehnliche Wahlversammlung, Parteifreunde! Ich werde jetzt mal zu euch reden! Der Gerichtshof kann mich — — — nicht verurteilen."

Das Ende der Kurden

Konstantinopel, 14. August. (Reutertelegramm.) Die türkische Regierung hat eine neue Note nach Teheran gerichtet, in der sie der persischen Regierung eine enge Zusammenarbeit gegen die Kurden vorschlägt. Türkischen Regierungsblättern zufolge soll Angora bereit sein, als Kompensation für das von den türkischen Truppen besetzte persische Gebiet einen entsprechenden türkischen Landstreifen abzutreten.

*

Mit der Niederwerfung des jüngsten Aufstandes im persischen und türkischen Kurdengebiet wird das Schicksal der Kurden als Volk in der Geschichte des Vorderen Orients für immer besiegelt sein. Damit ist ein Stück Romantik der östlichen Welt hinüber und die Ueberbleibsel eines nach mehreren hunderttausenden zählenden Volkes von ritterlichen Räubern werden in Zukunft im Staatswesen nach europäischem Zuschnitt als gesittete Staatsbürger dahinvegetieren.

Kurdistan hat versucht, sich noch nach dem Kriege als Rumpelkammer eines mittelalterlichen Feudalismus zu konservieren, was unter der Herrschaft der türkischen Sultane möglich gewesen war. Die Kurden sind die gehätschelten Lieblinge der Konstantinopeler Despoten — namentlich Abdul Hamids — gewesen, der in ihnen die zuverlässigen Stützen seiner Herrschaft, vor allem aber eine ständige Geißel über dem Haupt der von ihm so bitter gehaßten Armenier gesehen hat. Es ist einer der sonderbaren Zufälle in der Geschichte, daß ihnen jetzt von ihren ehemaligen Schutzpatronen das gleiche Los bereitet wird wie ihren einstigen Feinden.

Ihre privilegierte Stellung ist nach dem Kriege gänzlich ins Wanken geraten, weil ihr Territorium zunächst unter drei Reiche, Türkei, Persien und Irak, aufgeteilt wurde. Damit büßten die Kurden nicht nur ihren politischen Zusammenhang ein, sondern bekamen auch bis in ihre Bergschlösser hinein die Wirkungen zu spüren, die sich aus der völligen Veränderung der gesamten Verhältnisse des Orients ergeben. Der härteste Schlag, der die Kurden getroffen hat, war das Aufhören der Subventionspolitik Stambuls. Die Bakschische für die unentwegte Treue am Padischah sind die Haupteinnahmequelle der Begs gewesen, während ihre Gefolgschaft kümmerlich von Karawanenesorten, Karawanenräubereien, Viehzucht und Beutezügen wie von den Brocken lebte, die vom Tische der Großen fielen. Auch dieses Idyll hat der Weltkrieg grausam zerstört, denn neben dem Ausbleiben der Hilfsgelder fiel auch die parasitäre Ausnutzung des Handels fort, weil der Warenverkehr von der Küste nach Persien und Mesopotamien teils andere Wege einschlägt und sich teils anderer Transportmittel bedient.

Die Unzufriedenheit der Kurden über die Zerstörung ihrer Existenz wurde gesteigert durch Einflüsse, die aus dem Lager der verjagten Sultane gekommen sind. Ihre Parteigänger erhofften die Wiederherstellung der Monarchie vom kurdischen Hochplateau her. Wie alle wirtschaftsfremden Völker haben auch die Kurden geglaubt, daß sie im Stande wären, sich ihre sorglose Vergangenheit mit der Waffe in der Hand zurückzuerobern und ihre Nachkriegsgeschichte ist eine Reihenfolge von blutigen Fehden und Aufständen gegen die jetzigen Gewalthaber in Persien und in der Türkei. Ihr erster Ansturm hätte die junge türkische Republik beinahe in ihren Grundfesten erschüttert, aber das Mißlingen dieser Attacke hat auch die beste Kraft der Kurden gebrochen. Ihre jetzige Erhebung war eigentlich nichts anderes als ein Akt toller und sinnloser Verzweiflung. Als das Fazit der Rebellion, die nicht viel über einen Monat gedauert hat, ergibt sich der völlige Zusammenbruch des alten Systems. Die Blüte der kurdischen Mannschaft ist in einem wütenden Guerillakrieg der überlegenen militärischen Technik ihrer Gegner wie dem Hunger und der Kälte in den Talkesseln ihrer Bergheimat zum Opfer gefallen.

Türkische und persische Truppen hatten bisher in allen Phasen des Kampfes nach einem einheitlichen Plan zusammengearbeitet. Militärisch lief der Kampf auf eine verzweifelte Abwehr der von den türkischen und persischen Verbänden eingesetzten Flugzeuge durch kurdische Scharfschützen hinaus. Es gelang diesen Flugabwehrabteilungen trotz ihrer primitiven Mittel, lediglich durch Gewehrfeuer nicht weniger als vier türkische Flieger herunterzuholen, aber nach wütenden Rückzugsgefechten wurden die Ueberreste der kurdischen Streitkräfte schließlich auf den Hochebenen des Araratgebirges zerniert und zur Uebergabe gezwungen. Mit welcher Erbitterung auf beiden Seiten gefochten wurde, zeigt die Tatsache, daß die Kurden ihren Gefallenen die Köpfe abzuschneiden pflegten, um deren Verwandten nicht der Rache der Sieger auszusetzen.

Bei der Niederwerfung des Aufstandes sind von Türken und Persern grundverschiedene Methoden in Anwendung gebracht worden, die charakteristisch sind für die ganze Art, wie in beiden Ländern Politik und Reformen gemacht werden. Während die Türken nach der Beendigung der Kämpfe ihre Rache in einem Meer von Blut kühlten und dreitausend Kurden, darunter auch Frauen und Kinder, massakrierten, haben die Perser den Besiegten goldene Brücken gebaut und ihnen durch ein Ultimatum Zeit zur friedlichen Unterwerfung durch Entwaffnung gelassen. Wie groß die Waffenvorräte der Unterlegenen gewesen sind, geht daraus hervor, daß an einem Tage nicht weniger als 45 000 Gewehre moderner Konstruktion zur Ablieferung gelangt sind, woraus der Schluß gezogen wird, daß auch an der eben zusammengebrochenen Revolte fremde Einflüsse nicht ganz unbeteiligt gewesen sind.

*

Angora, 14. August. (Drahtmeldung.) Im Bezirk von Igdir kam es gestern zu einem mehrstündigen scharfen Gefecht zwischen türkischen Truppen und aufständischen Kurden. Die Kurden zogen sich schließlich unter Zurücklassung von 60 Toten in der Richtung auf die persische Grenze zurück.

Nr. 189 12. Jahrg. Zweites Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen, Freitag, den 15. August 1930.

STADT GELSENKIRCHEN

Offenlegung der Wählerliste

Für die am 14. September 1930 stattfindende Reichstagswahl liegt die Wählerliste in der Zeit vom 24. bis 31. August dieses Jahres wie folgt auf:

a) Für den Stadtteil Gelsenkirchen in Gelsenkirchen, Verwaltungsgebäude, Neumarkt Nr. 1 (früheres Sparkassengebäude),
b) für den Stadtteil Gelsenkirchen-Buer im Rathaus, Zimmer Nr. 24 und
c) für den Stadtteil Gelsenkirchen-Horst im Rathaus Horst, Zimmer Nr. 3.

Die Offenlegung erfolgt Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 8 bis 13 Uhr und von 15 bis 18 Uhr; Mittwoch und Samstag von 8 bis 14 Uhr; Sonn- und Feiertags von 9 bis 12 Uhr.

Wahlberechtigt zur Reichstagswahl und in die Wählerliste eingetragen sind alle über 20 Jahre alten reichsdeutschen Männer und Frauen.

Wahlberechtigt und wählbar ist nicht:

1. Wer entmündigt ist oder unter Vormundschaft oder Pflegschaft steht,
2. wer die bürgerlichen Ehrenrechte nicht besitzt.

Voraussetzung für die Ausübung des Wahlrechts ist die Eintragung in der Wählerliste oder der Besitz eines Wahlscheines.

Wer die Wählerliste für unrichtig hält, kann dieses innerhalb der oben angegebenen Frist der Offenlegung schriftlich anzeigen oder zu Protokoll geben.

Zum Nachweis der Wahlberechtigung ist bei Einlegung des Einspruches der polizeiliche Anmeldeschein oder die Steuerkarte vorzulegen.

Leistungssteigerung und Lohnabbau im Bergbau

Immer wieder lesen und hören wir, daß die Leistungen des Bergmanns im Ruhrgebiet sich in den letzten Jahren um rund 40 Prozent gesteigert haben gegenüber der Vorkriegszeit. Nun sollte man meinen, daß die Unternehmer zufriedengestellt seien und mit der Leistungssteigerung Schluß gemacht hätten, aber wer das glaubt, ist auf dem Holzweg. Immer wieder wird geknobelt und überlegt, wie man den Kumpel Bergmann noch mehr auspressen kann, und wie die Zechenbarone es fertigbringen, soll hier dargelegt werden.

Man greift zuerst nach einem alten Rezept, das immer neu ist, indem man die dünnen Flöze stillegt und dann kommt der Kumpel dran. — Der Fahrsteiger geht, nachdem den Kameradschaften das Gedinge gekündigt worden ist, ganz kreuzfidel durch sämtliche Streben und Betriebe und zieht für jeden Wagen 10 Pf. ab, ganz gleich, ob der Kumpel im Monat den Hauerdurchschnittslohn verdient hat oder nicht. Mag sich einer wehren, wie er will, der Fahrsteiger behauptet ganz einfach, hier muß eine höhere Leistung herausgeholt werden, das heißt mit anderen Worten, ihr habt vorher gefaulenzt.

Aber auch noch andere Tricks wendet man an. Man bestellt zur nächsten Feierschicht einige starke, dumme Kumpels, diese sollen dann beweisen, daß man einige Wagen mehr leisten kann. Leider muß gesagt werden, daß diese Leute, indem sie in dieser einen Schicht ihr Letztes hergeben, was ihr Körper nur herzugeben hat, es fertigbringen, einige Wagen mehr herauszuholen. Daß sie aber sich selbst und ihre Kameraden dadurch schwer schädigen, so weit denken sie nicht. Sie haben den Beweis erbracht, daß „es geht", und schon hat der Unternehmer das Recht, zu sagen: „Es ist bewiesen, daß hier was herauszuholen ist, seht zu, daß ihr was verdient." — So wird's gemacht. Erbarmungslos saugt man das Letzte aus dem Bergmann heraus, man preßt ihn aus wie eine Zitrone, und wenn er nicht mehr kann, kommen die andern dran. Was fragen die Trabanten des Kapitals danach, ob Hunderte oder Tausende zugrunde gehen, die Hauptsache bei ihnen ist, daß sie bewiesen haben, daß sie tüchtig sind und den Willen der Zechenherren Rechnung getragen haben. Die Folgen dieses Systems sind mehr Feierschichten und mehr Arbeitslose.

Bergarbeiter, gebt diesen Ausbeutern am 14. September einen Denkzettel und

wählt Liste 1,

die Partei des arbeitenden Volkes.

Wählt Sozialdemokraten!

Verkehrsfragen

Kein Geld zu ihrer Lösung.

Am Dienstag, dem 12. August, hatte das hiesige Polizeiamt die größten Verkehrs-Organisationen und die Stadtverwaltung zu einer Verkehrsbesprechung zum Polizeiamt eingeladen. In dieser Besprechung wurde zunächst Wert darauf gelegt, den starken Verkehr der Bochumer Straße, und zwar in dem Teil vom Bahnhof bis zur Moltkestraße abzuschwächen, dieses soll geschehen dadurch, daß man die Petersstraße in der Richtung der Bochumer Straße zur Wikingstraße, die Moltkestraße in der Richtung von der Wikingstraße zur Bochumer Straße und die Dessauerstraße in der Richtung zur Wikingstraße zur Einbahnstraße machen will. Bei dieser Gelegenheit wurde aber darauf verwiesen, daß die Straßen sich im Umstand befinden, und daß vor allen Dingen zunächst, wenn man den Verkehr dadurch ablenken will, die Vorbedingung bessere Straßen sein muß.

Von dem Vertreter der Stadtverwaltung wurde erklärt, daß die Mittel für den Ausbau der Straße bewilligt seien, daß aber diese Mittel nicht vorhanden sind. Auch wurde bei dieser Gelegenheit besprochen, das Stück Bochumer Straße, vom Bahnhof bis zur Moltkestraße als Straße erster Ordnung zu erklären. Das hätte natürlich zur Folge, daß das Halten von Fahrzeugen auf dieser Strecke verboten ist. Es soll jedoch zunächst mal abgewartet werden, wie durch die Maßnahme von Schaffung der Einbahnstraßen der Verkehr abgelenkt wird.

Mit noch einer wichtigen Frage des Verkehrs beschäftigte sich diese Sitzung, und zwar, was mit dem Kaiserplatz geschehen wird, wenn die Bahnunterführung Schalke Nord fertiggestellt sei. Darüber waren sich alle Anwesenden klar, daß mit diesem Augenblick der größte Verkehr nach Buer sich auf dieser Verbindungsstraße abspielen wird, und daß es unbedingt notwendig sei, daß der Kaiserplatz im Interesse eines geregelten und reibungslosen Verkehrs zu verschwinden hat.

Auch hier wurde von dem Vertreter der Stadtverwaltung erklärt, daß die Mittel für den Umbau des Kaiserplatzes nicht vorhanden seien. Es wurde aber die Frage geprüft, ob nicht durch Abschrägung der Ecken des Kaiserplatzes dem Verkehr in etwa Rechnung getragen werden könne. Einen breiten Raum der Besprechung nahm auch die Frage des Rechtsgehens für Fußgänger auf der Bahnhofstraße ein. Die Anwesenden waren sich darüber einig, daß, um den Verkehr auf der Bahnhofstraße zu realisieren, es notwendig sei, schärfer durchzugreifen. Vor allen Dingen soll an die Fußgänger appelliert werden, darauf zu achten, daß das Rechtsgehen auf der Bahnhofstraße ohne polizeiliche Maßnahmen durchgeführt wird. Weitere Maßnahmen bezüglich der Verkehrsfragen sollen in einer späteren Zusammenkunft getroffen werden.

Von der Regierung. Schulrat Wewer von der hiesigen Regierung ist zum Regierungs- und Schulrat ernannt worden.

Vorsicht beim Ueberqueren der Straße! Kürzlich befuhr der Straßenbahnwagen Nr. 199 der Linie 4 der Westtschen Straßenbahnen in mäßigem Tempo den Wiehagen. Der in der Bachstraße 4 wohnhafte 4jährige Knabe Johann Klopries wollte in diesem Moment die Straße überqueren und lief dabei direkt in den Straßenbahnwagen. Der Junge geriet in die Schienenräumer und erlitt einen Schädelbruch. Er wurde ins evangelische Krankenhaus übergeführt und befindet sich auf dem Wege der Besserung. Lebensgefahr für ihn besteht nicht mehr. Den Straßenbahnführer trifft keine Schuld an dem Unfalle.

Knappschafts-Krankenversicherung und die Notverordnung

Von der Leitung des Bergbauindustriearbeiter-Verbandes wird geschrieben:

„Durch die Notverordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Mißstände wurden, obgleich die besten Kenner des Verfassungsrechts das Recht zum Erlaß einer solchen Notverordnung bestreiten,

einschneidende Maßnahmen in der Kranken- und Arbeitslosenversicherung

getroffen, die für die krankfeiernden und erwerbslosen Versicherten und ihre Angehörigen große finanzielle Belastungen bringen.

Die Knappschaftskrankenversicherung wird zwar von der Verordnung nicht im gleichen Maße berührt, wie die übrige Krankenversicherung, weil für sie nicht alle Bestimmungen der Reichsversicherung, sondern auch die besonderen Bestimmungen des Reichsknappschaftsgesetzes gelten. Immerhin wird auch sie empfindlich getroffen. Nach der Notverordnung werden

in der Knappschaftskrankenversicherung folgende Verschlechterungen eintreten:

1. Erhebung einer Gebühr von 50 Pf. für jeden Krankenschein, den der Versicherte sowohl für sich als auch für jeden Angehörigen lösen muß, falls er die Krankenhilfe in Anspruch nehmen will. — 2. Gewährung des Krankengeldes in jedem Fall erst vom vierten Tage der Arbeitsunfähigkeit an. — 3. Nichtzahlung des Krankengeldes für einen Sonntag oder allgemein staatlich anerkannten Feiertag, wenn an diesem Tage die Arbeitsunfähigkeit endet. — 4. Tragung der Kosten bis zum Betrage von 50 Pf., wenn der Versicherte auf Grund einer Verordnung Arznei-, Heil- oder Stärkungsmittel erhält.

Die Entlastung, die gegebenenfalls durch eine Senkung der Beiträge zur Krankenversicherung eintreten könnte, wird niemals so hoch sein, weil die Beitragssenkung auch den Unternehmern zugute kommen wird, die Kosten für die Krankenscheine aber von den erkrankten Mitgliedern und von den Mitgliedern, deren Familienangehörigen erkranken, allein getragen werden müssen.

Die Vorschrift, bei jeder Inanspruchnahme der Krankenhilfe 50 Pfennig für den Krankenschein zu bezahlen,

kann sich auf die Gesundheit der Versicherten und ihrer Angehörigen verhängnisvoll auswirken.

Bei dem kargen Verdienst der Arbeiter wird so mancher Familienvater oft zögern, bei Erkrankung eines Angehörigen den Rat eines Arztes sofort einzuholen, weil er oft die 50 Pfennig nicht besitzen wird. Hernach kann es zu spät sein. Uebrigens ist diese Maßnahme für die Knappschaftsversicherung sinnlos. In den meisten Bezirksknappschaften besteht ein Arztsystem, nach dem die Aerzte nach einer Kopfpauschale pro Jahr für das Mitglied, das in ihrem Sprengel wohnt, bezahlt werden. Die Pauschale ist so bemessen, daß sie bei normaler Inanspruchnahme des Arztes als eine angemessene Vergütung angesprochen werden kann. Sollte durch die Erhebung der Gebühr die Inanspruchnahme namentlich durch die Angehörigen der Versicherten geringer werden, so bedeutet die Maßnahme der Regierung Brüning eine Liebesgabe an die Knappschaftsärzte, die bei weniger Arbeit die gleiche Bezahlung erhalten, da es schwer halten wird, ihnen die Pauschale herabzusetzen.

Die Bestimmung, daß bei Abnahme von Arznei, Heil- und Stärkungsmitteln der Versicherte bei jeder Verordnung zum Preise bis zu 50 Pf. die ganzen Kosten und darüber hinaus 50 Pf. zu entrichten hat, ist auch eine Verschlechterung gegenüber dem bisherigen Zustand, bei dem der Versicherte 10 Prozent der Kosten zu tragen hatte. Nach einem vorläufigen Ueberschlag bei der Ruhrknappschaft

werden die Bergarbeiter des Ruhrgebiets über 300 000 RM für Arznei und Heilmittel mehr aufzubringen haben als bisher.

Die obligatorische Einführung von drei Wartetagen vor dem Bezuge von Krankengeld bei Arbeitsunfähigkeit wird in der Knappschaftskrankenversicherung nicht die Bedeutung wie in den Kassen haben, in denen diese Wartetage nicht bestanden. Eine fühlbare Beschränkung von Leistungen bedeutet sie aber in den Fällen, in denen die Wartetage durch Behandlung auf einen Kurschein trotz Bestehens von Arbeitsfähigkeit ablaufen konnten. Die Möglichkeit, die Wartetage durch eine Bestimmung in den Sondervorschriften abzuschaffen, besteht jetzt nicht mehr.

Durch die vorhin gekennzeichneten Maßnahmen glaubt die Regierung Brüning eine Entlastung der Arbeitgeber von Beiträgen zur Krankenversicherung herbeiführen zu können. Das wird in der Tat der Fall sein. Wie sie aber durch die dritte Maßnahme, daß bei Beendigung der Arbeitsunfähigkeit an einem Sonn- oder Feiertag kein Krankengeld für diesen Tag gezahlt wird, den gleichen Zweck erreichen will, bleibt ein Rätsel. Ob Arbeitsunfähigkeit bestand, das entschied bisher auch nicht der Arbeiter selbst, sondern der ihn behandelnde Arzt. Dieser konnte also auch jetzt bescheinigen, daß die Arbeitsunfähigkeit am Samstag beendet war. Der Krankfeiernde durfte dann kein Krankengeld für den folgenden Sonntag erhalten. Wenn man glaubt, daß es am Kranken liegt, wenn die Arbeitsunfähigkeit beendet wird, so wird jetzt der Kranke ja die Möglichkeit haben, sich erst am Dienstag arbeitsfähig schreiben zu lassen, um das Krankengeld für den letzten Sonntag mitzuerhalten. Die Bestimmung über den letzten Sonntag ist nur aus einem Geist zu verstehen, der grundsätzlich jeden Versicherten als einen Begehrlichen ansieht, dem es darauf ankommt, viel und lange zu feiern.

Um die Mehrbelastung, die durch die Notverordnung bedingt wird, den Versicherten schmackhafter zu machen, sind darin auch Mehrleistungen vorgesehen. Die wichtigste davon ist die Einführung der Familienhilfe als Pflichtleistung. Sie ist für die Dauer von 13 Wochen zu gewähren. Praktisch hat diese Bestimmung jedoch wenig Bedeutung, da fast alle Kassen Familienhilfe freiwillig gewähren. Die Familienhilfe der Knappschaft wird durch die Bestimmungen der Notverordnung nicht berührt, da sie nach den Bestimmungen des Reichsknappschaftsgesetzes zu gewähren ist und viel weiter geht.

Neben dieser mageren Mehrleistungsverordnung

enthält die Verordnung auch noch einige Bestimmungen, wonach durch die Satzung Krankengeld, Hausgeld und Sterbebeihilfen für Angehörige höher als bisher festgesetzt werden können. Auch diese Bestimmungen berühren die Knappschaftskrankenversicherung zum größten Teil nicht.

Die Verschlechterungen, die die Notverordnung enthält, überwiegen die Verbesserungen bei weitem.

Wie die meisten Maßnahmen der Regierung, bringen sie für die Unternehmer Vorteile, für die Arbeiter Nachteile."

Voranzeige.

Große Wählerkundgebungen der Sozialdemokratischen Partei.

Am Sonntag, dem 24. August 1930, finden in Gelsenkirchen zwei große Kundgebungen der Sozialdemokratischen Partei statt.

Im Stadtteil BUER

morgens 10.30 Uhr im K.-V.-Theater.

Redner: Reichstagsabgeordneter Karl Schreck.

Im Stadtteil Gelsenkirchen

15 Uhr, in der Stadthalle, Essener Straße.

Redner: der Vorsitzende der sozialdemokratischen Landtagsfraktion Ernst Heilmann.

Alle mit uns sympathisierenden Organisationen wollen ihre Veranstaltungen angesichts dieser wichtigen Kundgebungen zurückstellen. Eintrittskarten für die Kundgebungen sind bei Partei- und Gewerkschaftsfunktionären erhältlich.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei

I. A.: J. Brüntink.

Die Bestimmung der Verordnung, wonach eine Gebühr von 50 Pf. erhoben werden soll, bedeutet eine

große Mehrbelastung der Versicherten und eine Entlastung der Arbeitgeber.

Im Jahre 1929 sind z. B. bei der Ruhrknappschaft 250 000 Krankenscheine, 700 000 Familienkrankenscheine und 1 000 000 Kurscheine ausgestellt worden. Bliebe die Inanspruchnahme in den nächsten Jahren gleich, so müßten allein die Versicherten der Ruhrknappschaft 975 000 RM im Jahre für die Ausstellung von Krankenscheinen aufbringen.

STADTTEIL BUER

Das Schlachtfeld

Auch eine Milieustudie.

Das „Schlachtfeld" ist ein Straßenkomplex nördlich der Essener Straße, zwischen der Stadtmitte und dem Ortsteil Beckhausen. Es hat seinen Namen von der besonderen Bezeichnung der Straßen, wie Düppel-, Königgrätzer, Sedanstraße, und von wirklichen Schlachten, die tagsüber oder nächtlicherweile dort geliefert werden zwischen den Bewohnern unter sich und den Bewohnern und der Polizei. Man sagt heute noch, daß sich dort kein Schutzmann während der Nachtzeit allein sehen ließe. Da gibt es z. B. die Gebrüder S. Es erzählte mir jemand von einem dieser Leute: „Der Kerl kann keine Uniform sehen." Dieses Individuum ist dabei natürlich immer betrunken und „stänkert" die Polizeibeamten an. Es scheint auch in der Tat ein ganz schwerer Junge zu sein. Neulich hätte ich fast das Glück gehabt, mit ihm auf dem Gericht Bekanntschaft zu machen. Er war wegen solch einer Sache angeklagt. Wegen einer Verwundung — ein Polizeibeamter soll dabei geschossen haben — lag er noch im Krankenhause. Das Gericht, die Zeugen, alle waren versammelt. Der Vater des Angeklagten, als Zeuge erschienen, erklärte, daß sein Sohn nicht erscheinen könne, da er im Krankenhause liege. Das Gericht ließ sofort Erkundigungen einziehen und erfuhr dabei, daß der Angeklagte am Vortage aus dem Krankenhause entflohen und noch nicht zurückgekehrt sei. Daraufhin sah sich das Gericht gezwungen, die Verhandlung zu vertagen und einen Vorführungsbefehl gegen den Angeklagten zu erlassen. In ortspolitischen Kreisen erzählt man, daß in diesem Viertel sich der größte Anhang der Kommunisten befinde. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß sich nur Menschen dieser Sorte dort aufhalten. Es gibt auch anständige, sehr anständige Bewohner darunter.

Das „Schlachtfeld", ist um die Jahrhundertwende erbaut worden, lange schon, nachdem die Hugoschächte, Harpener Bergwerks-AG. abgeteuft waren. Die ersten Bewohner waren, mit wenigen Ausnahmen, Italiener und solche aus dem Osten Deutschlands. Bis zum Ausbruch des Krieges haben sich dort sogar Kolonialwarengeschäfte befunden, deren In-

haber sich schon durch die außen befindliche italienische Inschrift kenntlich machten, in denen die italienischen Landsleute ihren Warenbedarf deckten. Aber in der Zeit zogen auch Auswanderer anderer Länder ins „Schlachtfeld“ ein, so daß deren Bewohner später ein Sammelsurium der verschiedensten Völkerrassen darstellte, getrennt durch die Sprache, wie durch die Eigenart der einzelnen Charaktere, Sitten und Gebräuche. Und unter diesen Menschen gehaßt, gemieden von der einheimischen Bevölkerung, brachen, getragen vom nationalen Stolz, der sich bis zum Haß gegen den andern steigerte, wegen der geringsten Anlässe Streitigkeiten, Messerstechereien und Schlägereien aus. Von da ab bildete das Wort „Schlachtfeld“ einen besonderen Gesprächsstoff am Mittagstisch des Buerschen Pohlbürgers. Der Bewohner des „Schlachtfeldes“ war ihm ein Mensch dritter Sorte. Diese Meinung ist noch heute nicht ganz der Mentalität der Buerschen Bevölkerung entwichen. Der Name einer Person, die ihren Wohnort als den im „Schlachtfeld“ angibt, ist noch heute mit dem Beigeschmack des Rowdytums und der Armut behaftet.

In der Tat, die Armut kennzeichnet das „Schlachtfeld“. Die öden Häuserblocks, grau in grau, zeigen keine Schönheit von außen, wie manche der Arbeiterkolonien, noch bergen sie diese im Innern. Nichts als Armut. Man gehe nur in eines dieser Häuser. Charakteristische Proletarierwohnungen findet man vor. Widerlicher Geruch schlägt einem entgegen; denn der Wasserdampf der wöchentlichen Wäsche setzt sich in der Wohnung fest. Dazu wird auch die Wäsche zum größten Teil in der Küche getrocknet. Selbst auf den Dachböden, die eigentlich dazu da wären, um die Wäsche trocknen zu lassen, befinden sich Wohnungen. So ist Not überall, wo man hinsieht; in den Gesichtern der Bergleute, Invaliden und Arbeitslosen, der abgehärmten Frauen und der bleichen Kinder. Das ist auch der Grund für die Radikalisierung der Anwohnerschaft. Ja, hier wird wahrhaftig tagtäglich, nächtlich, still der Kampf ums Dasein, die bittere Schlacht um Sein oder Nichtsein ausgetragen. Wir wollen, daß diese Schlacht bald beendet sei.

fki.

Verfassungsfeier der SAJ., Buer. Für den Montagabend, um 8 Uhr, hatte die SAJ. die Jugend Buers zu einer Verfassungsfeier eingeladen. Es waren nahezu 100 Jugendliche erschienen. Der Arbeiter-Mandolinen-Klub hatte sich für diese Feier zur Verfügung gestellt und leitete den Abend ein. Einem Prolog folgte die Schilderung der Kämpfe der Berliner Bürger 1848 gegen die Königlichen und die Kapitulation Friedrich Wilhelm IV. Der Genosse M. hielt darauf die Verfassungsansprache. Die Verfassung gibt uns Anlaß zu freudiger Stimmung, aber ebenso zu ernster Betrachtung. Einzelne Paragraphen der Verfassung erwähnte der Redner und sagte: Die Deutsche Republik ist eine bürgerliche Republik, aber die Verfassung bietet uns die Möglichkeit, sie in eine sozialistische umzuwandeln. Aber Verfassungsfragen sind „Machtfragen“. So verhindern heute die Ausführung des Inhalts der Verfassung, die Banken, die Kartelle, Konzerne, Trusts. Auch wir, die organisierte Jugend, die Gewerkschaften, unsere Partei sind ein Stück Verfassung. Wir müssen uns nur unserer Stärke, unserer Macht bewußt sein. Denn an uns nur liegt es, die Verfassung so umzugestalten, wie wir sie geformt wissen wollen. Daran mitzuhelfen, ist unsere Aufgabe. Nachdem noch ein Gedicht gesprochen war, spielte das Mandolinenorchester „Unsterbliche Opfer, ihr sanket dahin“, der Toten der Revolution gedenkend. Mit dem gemeinsamen Liede „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ fand die Feier ihren Abschluß.

Fertige Siedlung. Auf dem Gelände zwischen der Verbands- und Wörthstraße wurde im vergangenen Jahre mit dem Bau von 100 Wohnungen begonnen. Inzwischen sind die Straßen in diesem neuen Wohnviertel nunmehr ausgebaut und die Häuser bezugsfertig geworden. Die Wohnungen sind bereits alle vergeben. Zur Zeit ist man noch dabei, bei einigen Häusern den Außenputz anzubringen. Fast in allen Straßen hat man Vorgärten vorgesehen. Die Wohnungen selbst sind modern eingerichtet und mit allen Nebenräumen versehen. Im nächsten Frühjahr sollen hier auch die Grünflächen, die in der Planung vorgesehen sind, angelegt werden. Durch die Herstellung dieser Häuser ist in der Nähe der Zeche Hugo ein neues Wohnviertel entstanden, wodurch mancher Bergarbeiter eine passende Wohngelegenheit erhalten hat. Diese neuen Häuser (Putzbauten) machen sich sehr gut und tragen wesentlich zur Verschönerung des dortigen Stadtviertels bei.

Zur Mordsache Frieda Guttmann

In der Mordsache Frieda Guttmann werden die Ermittlungen von der Kriminalpolizei eifrig fortgesetzt. Bei einem Teile der Bevölkerung wurde insgeheim der Vater des unglückseligen Kindes verdächtigt, das abscheuliche Verbrechen an seinem Kinde verübt zu haben. Gewisse Aeßerungen, die er getan haben sollte, wurden mit der Mordtat in Verbindung gebracht und die verschiedensten Gerüchte verbreitet. Der Kriminalpolizei ist das alles natürlich nicht verborgen geblieben und sie hat nach dieser Richtung hin eine gründliche Untersuchung eingeleitet. Es geschah dies nicht zuletzt auch im Interesse des Vaters, um ihn von dem schmählichen Verdacht zu reinigen. Diese Untersuchungen haben ergeben, daß der Vater des Kindes nicht als Täter in Frage kommt. Alle Gerüchte und Anschuldigungen, die gegen ihn erhoben worden sind, haben sich als völlig haltlos erwiesen. Wohl ist er nicht gerade aus sehr zartem Holze geschnitzt und das mag den unbegründeten Gerüchten Nahrung verliehen haben. Guttmann war am Tage der Tat rechtzeitig von seiner Arbeitsstelle nach Hause gekommen und hat in seiner etwas rauhen Art seiner Frau lebhafte Vorwürfe darüber gemacht, daß sie die kleine Frieda ohne Begleitung hatte nach Herten fahren lassen. Als Frieda abends nicht nach Hause kam, begab sich die Mutter auf die Suche nach ihrem Kinde, während der Vater verabredungsgemäß zu Hause blieb.

Von verschiedenen Seiten wurde dann der erwerbslose Wilhelm Bork aus Datteln, der kürzlich einen schweren Ueberfall auf eine Verkäuferin in Datteln verübt hatte, mit der Mordsache Guttmann in Verbindung gebracht. Nach den Ermittlungen der Kriminalpolizei handelt es sich hier um einen mit besonderer Grausamkeit ausgeführten Raubüberfall. Bork hatte aus der Ladenkasse 20 RM geraubt und dies auch schließlich zugegeben. Für ein Verbrechen an Frieda Guttmann kommt er nicht in Frage.

Erfolgreiche Jagd auf einen Verbrecher

Kurz vor der Flucht nach Holland festgenommen.

Am 6. Juli dieses Jahres wurden aus einem Auto einer Textilfirma aus Elberfeld, das vor der Rheingold-Bar in Gladbeck hielt, 25 Musteranzüge gestohlen. Die Polizei konnte alsbald zwei der Täter, Bernhard Laupenmühle und Josef Majowack, beide aus Gladbeck, festnehmen. Der Haupttäter, der wohnungslose Ladislaus Bavelack, entkam jedoch. Dieser wollte sich noch das nötige Fahrgeld besorgen, um dann nach der holländischen Grenzstation Burlo zu flüchten. Zu diesem Zwecke brach er in der Nacht zum Donnerstag in die Bahnhofswirtschaft Gladbeck West ein und raubte daselbst Wechselgeld in Höhe von 30 RM. Am Donnerstag wollte er mit dem Zuge 14.20 Uhr nach Burlo fahren. Kurz vor der Abfahrt erhielt die Gladbecker Kriminalpolizei Kenntnis von diesem Plan und raste mit einem Kraftwagen zum Bahnhof Gladbeck Ost. In aller Eile wurden auch die benachbarten Bahnstationen benachrichtigt und ihnen eine genaue Personalbeschreibung des Verbrechers gegeben. Auf Grund dieser Beschreibung erkannte der Fahrkartenkontrolleur in Feldhausen den Bavelack und hielt ihn bis zum Eintreffen der Kriminalpolizei fest, die den Festgenommenen hinter Schloß und Riegel brachte. Sowohl das Bahnhofspersonal von Gladbeck Ost als auch das von Feldhausen, haben sich um die Festnahme des Verbrechers in anerkennenswerter Weise bemüht. Nach den Ermittlungen der Kriminalpolizei kommt B. auch für den in die Villa Küster verübten Einbruch in Frage. Nicht ausgeschlossen ist es, daß auch der Einbruch auf dem Bahnhof Buer Nord und andere zahlreiche Einbrüche auf das Konto des Festgenommenen kommen. Die polizeiliche Untersuchung ist im Gange.

Gerichtliches

Schöffengericht Gelsenkirchen.

Mit einem Stuhl auf den Kopf geschlagen.

Eine Reihe fröhlicher Gäste hatte sich eines Abends zur Freude des Wirts in einem Lokale versammelt, und jeder der Anwesenden amüsierte sich auf seine Art. Einige befaßten sich damit, ein paar „Runden“ auszuknobeln. Und bei dieser Beschäftigung, als einer, der wenig Lust dazu verspürte, bezahlen sollte, zog sein Widerpart einen Schlagring und hielt ihm dies wenig vertrauenerweckende Instrument vor die Nase. Im Handumdrehen hatte sich eine fröhliche Keilerei entwickelt, die erst gefährlich wurde, als der Angeklagte E. G., der seinen Freund bedroht glaubte, einen Stuhl ergriff und ihn einem der Anwesenden — zum Unglück ausgerechnet demjenigen, der bemüht war, Frieden zu stiften — auf den Kopf schlug. Lautlos — etwa wie in einem Kriminalroman — glitt der Getroffene zu Boden, und er erwachtete nach längerer Bewußtlosigkeit gerade rechtzeitig, um zu einem 3½monatigen Aufenthalt ins Krankenhaus befördert zu werden. Für diese äußerst rohe Tat erkannte das Gericht wegen gefährlicher Körperverletzung auf 6 Wochen Gefängnis. Gegen eine Buße von 50 RM wird dem E. G. die Strafe ausgesetzt.

*

Betrügerisches Ehepaar.

Der Kaufmann Johann Karp aus Wanne-Eickel und seine Ehefrau Lina besaßen ein Geschäft, das so verschuldet war, daß ihnen nicht ein einziges Stück Holz im ganzen Laden gehörte. Um wenigstens einen Teil der Gläubiger zu befriedigen, suchten sie sich einen Dummen, der ihnen eine nicht unbeträchtliche Summe Geldes für die Ladeneinrichtung aushändigen sollte. Unter Vorspiegelung falscher Tatsachen, das Ladenlokal gehöre dem Ehepaar und nicht etwa einem anderen, der schließlich Ansprüche geltend machen könne, ging der Berginvalide T. auf den Kauf ein und zahlte 800 RM, weil er das Geschäft für seine Tochter einrichten lassen wollte. In Wirklichkeit war der ganze Laden an zahlreiche Gläubiger verpfändet. Die Kriminalpolizei, die sich auf Veranlassung des T. des Falles annahm, konnte schon am nächsten Morgen dem Ehepaar von den erhaltenen 500 RM 450 RM wieder abnehmen. Wegen Betruges wurden die Eheleute zu je 100 RM Geldstrafe verurteilt.

*

Rasender Motorradfahrer.

Am Abend des 16. Mai 1930 befand sich eine Gruppe Männer und Frauen auf dem Heimwege. Es war schon reichlich dunkel geworden. Trotzdem sahen die Leute deutlich ein Motorrad sich nähern. Sie drückten sich nun noch enger nach rechts. Aber es half ihnen nichts. Zwischen der Kanal- und Emscherbrücke wurden die Fußgänger von dem Fahrer H. B. erreicht. An den Letzten kam er vorüber. Den an der Spitze marschierenden Maschinisten H. erfaßte das Rad und warf ihn in gewaltigem Anprall zu Boden. Aber auch der Fahrer selbst konnte erst nach einiger Zeit unter dem Rade hervorgezogen werden. Er hatte auch einen Armbruch erlitten und mußte für 9 Wochen das Krankenhaus aufsuchen. Noch unglücklicher erging es dem Fußgänger H. Er ist jetzt noch nicht voll wiederhergestellt. Die Schuld an dem Vorfall trifft den Führer des Motorrades. Das Gericht erkannte wegen fahrlässiger Körperverletzung auf zwei Monate Gefängnis. Wenn H. B. den Schaden ersetzt und an das Gericht eine Buße von 120 RM zahlt, soll ihm bedingte Strafaussetzung gewährt werden.

*

Ein Motorradfahrer, der betrunken war und mit der Polizei stänkern wollte.

Am 28. Mai passierte der 38jährige Elektriker W. L. aus Kray die Straße, an der die Polizeiwache Flugplatz liegt. Weil der Fahrer unsicher schien und der Auspuff ungewöhnlich stark rauchte, hielt ein Polizeibeamter den L. an. Schon das Rad zum Stehen zu bringen, gelang dem L. nicht, der mit seinem Sozius fahrer umkippte und auf die Straße flog. Außerdem fehlte die Bremse. Darum ordnete der Beamte, weil das Fahrzeug nun nicht mehr verkehrsfähig war, seine Sicherstellung an. Damit erklärte L. sich nun aber nicht einverstanden. Erst nach langem Drängen gelang es, ihn von der Wache zu entfernen. Aber schon nach wenigen Augenblicken war der lästige Radler wieder zur Stelle. Auf der Straße versuchte er, den Wachtmeister B. tätlich anzugreifen, so daß dem Bedrohten ein Kollege zu Hilfe kommen mußte. Nachdem L. das Mütchen gekühlt war, schaffte die Polizei ihn auf die Wache Oststraße, wo er noch zwei Tage Gelegenheit bekam, über das, was er getan hatte, nachzudenken. Der Widerstand und die Beleidigungen der Beamten brachten L. vor das Gericht. Es war nach den Aussagen der Polizeibeamten kein Zweifel mehr an seiner Schuld. Er kam mit einer Gesamtgeldstrafe von 50 RM davon. Außerdem erhalten die beleidigenden Beamten das Recht, das Urteil im „Volkswillen“ zu veröffentlichen.

*

Verkehrsunglück an der Ecke Bismarck- und Jägerstraße.

Da an dieser Stelle die Straßenbahngleise gefährlich nahe am Bürgersteig liegen und der Führer eines schweren Kraftwagenzuges die nötige Vorsicht außer acht ließ, kam es am 24. März dieses Jahres zu einem Verkehrsunfall, der nicht erhebliche Folgen zeitigte, der aber immerhin hätte vermieden werden sollen. Der Kraftwagenzug suchte, aus der Jägerstraße auf die Bismarckstraße zu kommen. Zu der gleichen Zeit näherte sich aber auch die Straßenbahn, die das Vorfahrtsrecht an dieser Stelle hat. Sie konnte nicht mehr früh genug zum Stehen gebracht werden und drückte den Anhänger des Kraftwagens auf den Bürgersteig. Da der Vorfall in den Abendstunden passierte, kam ein Passant dabei zu Schaden. Der unaufmerksame Fahrzeugführer wurde zu 10 RM Geldstrafe verurteilt.

*

Traurige Verhältnisse.

Ein Vater, der es nicht unterlassen konnte, sich an minderjährigen Kindern, seiner eigenen Tochter und deren Freundin, zu vergehen, ist der 42jährige H. B. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Der Angeklagte erhielt wegen Sittlichkeitsverbrechens in zwei Fällen eine Gesamtgefängnisstrafe von einem Jahre. B. ist Vater von fünf unmündigen Kindern.

Arbeiter-Schach

Spielgelegenheiten:

Gelsenkirchen: Mittwochs ab 20 Uhr: Gewerkschaftshaus, Freitags ab 20 Uhr: Volkshaus. — Buer-Mitte: Mittwochs ab 19 Uhr, Sonntags ab 14 Uhr: Restaurant Lindenhof. — Hassel: Mittwochs ab 19 Uhr und Sonntags ab 10 Uhr: Restaurant Grümer. — Erle: Sonntags ab 14 Uhr: Restaurant Matheis. — Resse: Sonntags ab 10 Uhr: Restaurant Romerswinkel. — Scholven: Mittwochs ab 19 Uhr und Sonntags ab 10 Uhr: Rent. Müller. — Alle diese Spalte betreffenden Mitteilungen sind zu richten an: Hans Franzen, Gelsenkirchen, Wanner Straße 45.

Partie Nr. 23.

Sizilianisch.

Gespielt im 1. Internationalen Korrespondenzturnier der Zeitung „Frei Schach“, Berlin.

Weiß: Grammatikoff, Berlin.	Schwarz: Linstädt, Berlin.
	c7—c5
1. e2—e4	Sb8—c6
2. Sg1—f3	

Mit diesem Zuge bekundet Schwarz, die Drachen-Variante spielen zu wollen, wobei die Fianchettierung des Königsläufers charakterisiert ist.

	c5+d4
3. b2—b4	Sg8—f6!
4. Sf3+d4	d7—d6
5. Sb1—c3	g7—g6
6. Lf1—e2	Lf8—g7
7. Lc1—e3	0—0
8. 0—0	

Nun ist die Normalstellung der Drachen-Variante erreicht.

9. f2—f3	— — —

Mit diesem Zuge will Weiß den starken Zug Sb5 vorbereiten.

	d6—d5!?
9. — — —	

Das Lehrbuch gibt diesen Zug als Ausgleich an. Der Spieler der weißen Steine stempelt aber mit seiner Fortsetzung diesen Zug als Fehler.

10. Sd4+c6	b7+c6
11. e4—e5!!	Sf6—d7
12. f3—f4	e7—e6
13. b2—b4!	— — —

Weiß hat eine gute Blockadestellung erreicht, dessen Früchte es bald einheimsen dürfte.

13. — — —	a7—a5?

Gut war a6! Weiß suchte doch nur einen Angriffspunkt, den er auf b6 entdeckt hatte.

14. b4—b5!	c6+b5

Auf c5 opfert Weiß seinen Sc3 für 3 Bauern und hat mit seinen 2 Freibauern das überlegene Spiel.

15. Sc3+b5	Lc8—a6
16. c2—c4	Db8—b8
17. Ta1—b1	Sd7+e5

Dies ist dem Schwarzen sicher schwer geworden, aber es ist das Einzige, um Gegenspiel zu bekommen.

18. f4+e5	Lg7+e5
19. c4—c5!!	— — —

Weiß opfert einen Bauer, um sich den c-Bauer, der nun sehr stark geworden ist, als Freibauern zu erhalten.

19. — — —	Le5+h2+
20. Kg1—h1	Lh2—c7
21. Sb5+c7	Db8+c7
22. Le2+a6	Ta8+a6
23. Tb1—b6	Ta6—a8?

Besser war schon Tausch. Nun kommt Weiß zum Angriff.

24. Dd1—d4!	Dc7—g3?

Gut war Tf—e8.

25. Tf1—f3	e6—e5!

Schwarz opfert einen Bauer, um den weißen Angriff zu stoppen, dessen Verteidigung mehrere Bauern kosten würde.

26. Tf3+g3	e5+d4
27. Le3+d4.	

Schwarz gab auf. Das Spiel ist hier wohl entschieden, da der Bauer d5 kaum zu halten ist. Eine gut gespielte Positionspartie.

*

Bezirkskampf des 5. gegen den 6. Bezirk.

Am Sonntag, dem 17. August, findet der schon länger geplante Großkampf des 5. gegen den 6. Bezirk in Wanne-Eickel statt. Die Meldungen sind in diesem Jahre so zahlreich, daß es ein wirklicher Großkampf zu werden verspricht, wie Wanne-Eickel ihn noch nicht gesehen hat. Gleichzeitig wird auch dort die 2. Runde der B-Klasse, Gelsenkirchen gegen Mülheim, nachgeholt. Die Spieler Gelsenkirchens treffen sich zwischen 14 bis 15 Uhr am Bahnhof Wanne. Von dort geht's mit Musik zum Festlokal. Wir sind optimistisch genug, einen Sieg des 5. Bezirks (Gelsenkirchen, Gladbeck, Bottrop, Oberhausen, Duisburg, Duisburg-Beeck, Möers, Hamborn, Mülheim, Essen) voraus zu sagen.

*

Gesamtresultate der 3. Runde um die Bezirksmeisterschaft.

A-Klasse:

Hamborn gegen Essen 8:2.
Gelsenkirchen gegen Oberhausen 7:3.
Duisburg-Beeck gegen Möers 6½:3½.
Duisburg gegen Mülheim 5½:4½.

B-Klasse:

Essen gegen Hamborn 6:4.
Duisburg gegen Mülheim 8:2.
Bottrop gegen Möers 5:5.

C-Klasse:

Hamborn gegen Essen 7:3.
Bottrop gegen Möers 5:5.

SPD

GELSENKIRCHEN-BUER

SPD., Ortsgruppe Horst 1 und 2.

Sonntag, den 17. dieses Monats, um 17 Uhr, im Lokale Gehb: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über die Delegiertenkonferenz in Herten und den Bezirksparteitag in Dortmund; 2. Reichstagswahl.

Wegen der bevorstehenden Wahlen ist es Pflicht aller Parteimitglieder, pünktlich und restlos zu erscheinen.

SPD., Ortsgruppe Rotthausen.

Sonntag, den 17. dieses Monats, um 17 Uhr, bei Weskamp: Wichtige Mitgliederversammlung. Referent: Genosse Brüntink. Um pünktliches und vollzähliges Erscheinen wird gebeten.

SPD., Ortsgruppe Schalke.

Sonntag, den 17. dieses Monats, 19 Uhr, im Lokale Heining, Gewerkenstraße: Wichtige Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Die Bedeutung der Reichstagswahl (Referent: Genosse Brüntink, 2. Bericht von den Parteikonferenzen. Das Erscheinen aller Genossinnen und Genossen ist erforderlich.

SPD., Erle 1.

Sonntag, den 17. dieses Monats, abends 7 Uhr, im Lokale Grünewald: Wichtige Mitgliederversammlung. Die Agitationsleiter werden insbesondere dazu eingeladen.

Nr. 189. 12. Jahrg.
Drittes Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen, Freitag, den 15. August 1930.

Die Krise im Ruhrkohlenbergbau

40 000 Bergarbeiter suchen Arbeit. — Stillegungsanträge infolge Betriebseinschränkung.

Die starke Verschlechterung des Absatzes für Ruhrkohle veranlaßte in den letzten Wochen den Bergbau zu gesteigerten Einschränkungsmaßnahmen. Die Zahl der Feierschichten stieg in der letzten Juliwoche auf 51 087 arbeitstäglich an. Am 15. August wirken sich 20 Stillegungen mit der Entlassung von rund 3300 Arbeitern aus. Am 31. August folgen noch zwei Betriebseinschränkungen, denen rund 600 Mann zum Opfer fallen. Dabei ist außerdem zu beachten, daß zahlreiche Zechen fast zu jedem Kündigungstermin am 1. und 15. eines Monats Entlassungen, allerdings geringeren Umfangs (meist 49 Mann), für die besondere Erörterungstermine nicht stattzufinden brauchen, vornehmen.

Insgesamt haben seit Februar d. J., dem Beginn der Absatzkrise im Ruhrkohlenbergbau, 81 Stillegungsverhandlungen stattgefunden, auf denen die Betriebseinschränkung von 115 Schachtanlagen und die Stillegung von acht Kleinkokereien zur Erörterung standen.

Am stärksten wurden hiervon die Bezirke der Arbeitsämter Bochum, Essen, Dortmund, Herne, Duisburg und Gelsenkirchen betroffen. Von dem Belegschaftsabbau, der seit Ende Januar d. J. bis Ende Juni d. J. insgesamt rund 50 000 Mann ausmacht, entfallen auf die Schachtanlagen der Vereinigten Stahlwerke rund 12 000 Bergarbeiter. Die Friedrich-Krupp-A.-G., einschließlich der Zechen „Konstantin" und „Emscher-Lippe", steht mit 3400 Mann an zweiter Stelle. Sodann folgen die Harpener Bergbau-A.-G. mit rund 3000, die Stinnes-Zechen einschließlich Mülheimer Bergwerksverein-A.-G. mit 2900, das Eisen- und Stahlwerk Hoesch einschließlich Köln-Neuessen und „Trier" mit 2700, die Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. mit 2500, die Bergwerks-A.-G. Recklinghausen einschließlich „Hibernia" mit 2300 Mann und so weiter.

Die Zahl der arbeitsuchenden Bergarbeiter bezifferte sich Mitte Juni auf über 36 000 Köpfe und ist inzwischen wohl auf über 40 000 angestiegen. Das Arbeitsamt Essen steht mit 4407 (im Vormonat 3782) arbeitsuchenden Bergarbeitern an erster Stelle. Es folgen sodann Bochum mit 3966 (3367), Herne 3735 (2564), Dortmund 3523 (2691), Gelsenkirchen 3261 (2561), Duisburg 2640 (2235), Recklinghausen 2366 (2112), Lünen 2162 (1794), Oberhausen 1818 (1720), Gladbeck 1490 (1181), Wesel 1168 (428), Schwerte 1054 (732), Kamen 1018 (787) arbeitsuchenden Bergarbeitern. Die zahlenmäßig stärksten Zunahmen haben die Arbeitsämter Herne (um 1171 Mann), Dortmund (832), Wesel (740), Gelsenkirchen (700) und Bochum (599) erfahren.

Warnung vor einer Wechselfallenschwindlerin

Seit einigen Monaten ist in den verschiedensten Städten Westdeutschlands eine Wechselfallenschwindlerin aufgetreten. Vor einiger Tagen ist sie bereits zum dritten Male in Oberhausen erschienen, wo es ihr gelang, eine Verkäuferin in einer Konditorei unter Anwendung des bekannten Wechselfallentricks um 20 Mark zu betrügen.

Die Schwindlerin verlangt in den Geschäften einige Kleinigkeiten, die sie mit einem Geldstück bezahlt. Sie wünscht dann einen Geldschein gewechselt zu haben und legt diesen auf den Tisch. Durch Gespräche versteht sie es, die Bedienenden abzulenken, und so gelingt es ihr, den Geldschein wieder an sich zu nehmen und auch das Wechselgeld zu erhalten, womit sie sich dann eiligst entfernt. Es handelt sich um eine Person, die etwa 35 bis 40 Jahre alt ist. Falls die Schwindlerin irgendwo auftreten sollte, wird gebeten, ihre Festnahme zu veranlassen.

„Baron von Waldegge" gefaßt

Der unter dem Namen „Baron von Waldegge" in verschiedenen Städten aufgetretene Hochstapler versuchte auch in Bonn ein Gastspiel zu geben. Er wandte auch hier seinen alten Trick an, stellte sich als Auslandsdeutscher vor und bat um Unterstützung. Die Polizei nahm ihn fest, ließ ihn dann aber zunächst wieder frei, da er einen von der englischen Polizei in Columbia (Brit.-Indien) ausgestellten Paß vorzeigte. Auf Grund eines Haftbefehls der Remscheider Polizei, wo er erfolgreich „gearbeitet" hatte, wurde er dann erneut festgenommen und als der 36 Jahre alte Buchdrucker Thobe aus Kloppenburg (Oldenburg) ermittelt. Es stellte sich heraus, daß er niemals in Britisch-Indien war und den englischen Paß gestohlen hat. Bei seinen Schwindeleien kamen ihm seine guten englischen und französischen Sprachkenntnisse sehr zunutze. Auf sein sicheres und gewandtes Auftreten sind nicht nur Behörden, sondern auch zahlreiche Privatleute hereingefallen, da er stets größere Geldscheine bündelweise bei sich trug.

Der Bankerott der Baugenossenschaft „Kyffhäuser"

In der Presse wurde vor mehreren Tagen mitgeteilt, daß die Baugenossenschaft „Kyffhäuser" Bochum in Zahlungsschwierigkeiten geraten ist. In einem Vergleichsvorschlag an die Gläubiger wird die Auszahlung der Forderungen bis zu 500 Mark in vollem Betrage und bei über 500 Mark bis zu 75 Prozent in Vorschlag gebracht. Wie dazu mitgeteilt wird, sind die Vereinigten Stahlwerke und Edelstahlwerke in Bochum mit 50 000 Mark Anteil an der Genossenschaft „Kyffhäuser" beteiligt. Die Genannten haften auf Grund des Genossenschaftsgesetzes mit ihrem gesamten Anteil für die Schulden der Baugenossenschaft „Kyffhäuser". In Kreisen der geschädigten kleinen Handwerker besteht wenig Neigung, den Zahlungsvorschlag der Baugenossenschaft „Kyffhäuser" so ohne weiteres anzunehmen, denn, so wird gesagt, man könne in der gegenwärtigen Zeit einem kleinen Handwerker nicht zumuten, für die sowieso schon scharf einkalkulierte Arbeit noch Geld aus der eigenen Tasche zuzusetzen. Es wird weiter darauf verwiesen, daß die Baugenossenschaft „Kyffhäuser" Mieten in Höhe von 27 Mark pro Zimmer von ihren Mietern erhebt. Außerdem sind der Genossenschaft außerordentlich hohe Beträge an Hauszinssteuerhypotheken zugewiesen worden.

Der Rebenstand Anfang August 1930

Das regnerische Juliwetter hat das Auftreten von Rebschädlingen in den Weinbergen begünstigt. Hierdurch ist die Weiterentwicklung der Reben gehemmt worden, so daß die Beurteilung über den Stand der Reben durchweg hinter dem Vormonat zurückbleibt. Für die wichtigsten Gebiete des deutschen Weinbaues lautet die Begutachtung des Rebstandes unter Zugrundelegung der Zahlennoten 1 = sehr gut, 2 = gut, 3 = mittel, 4 = gering wie folgt: Preußisches Rheingaugebiet 2,4 (im Vormonat 1,9), übriges preußisches Rheingebiet 2,7 (2,3), Nahegebiet 2,8 (1,9), Mosel-, Saar- und Ruwergebiet 2,4 (2,3), Ahrgebiet 2,2 (2,0), Badisches Weinbaugebiet 2,6 (2,4), Rheinhessen 2,5 (2,0), Rheinpfalz 2,8 (2,1)), Unterfranken 2,5 (2,0), Neckarkreis 2,1 (2,1).

Arbeiter-Sport

Ein Opfer des Rechtskurses

Das Reichswehrministerium hat vor einigen Tagen die Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege mit den ihr angeschlossenen Verbänden auf Grund des § 36 der Reichswehrordnung für politisch erklärt. Die Maßnahme hat, so teilt das Reichswehrministerium mit, nur die Folge, daß es den Angehörigen der Reichswehr verboten ist, die Mitgliedschaft in den betroffenen Vereinen zu erwerben. Dagegen können sie an Veranstaltungen, die lediglich wissenschaftlichen, sportlichen, geselligen oder kameradschaftlichen Zwecken dienen, dann teilnehmen, wenn sich diese Veranstaltungen „nicht mit den Zwecken der Organisation oder den Mitteln zu ihrer Durchführung befassen". Der Rede Sinn ist reichlich dunkel. Nehmen wir einmal an, daß dieser Satz eigens für die Zentralkommission geprägt worden ist, dann kann doch das Reichswehrministerium darüber wohl nicht im Zweifel gewesen sein, daß der „Zweck" der Arbeitersportverbände die Pflege der Leibesübungen ist, daß höchstens als Nebenzweck noch eine politische Beeinflussung der Mitgliedschaft verfolgt wird. Ebenso unstreitig sind die Mittel zum Zweck sportliche Mittel. Diese Feststellung scheint uns bedeutsam aus dem Grunde, weil das Reichswehrministerium in früheren Jahren den Arbeitersportvereinen auf Grund der Politischerklärung militärische Uebungsplätze entzogen hat, obwohl diese Anlagen nach dem Zeugnis der Garnisonverwaltungen zu reinsportlichen Zwecken benutzt wurden und ein Mißbrauch nirgends festgestellt worden ist. Es würde uns daher interessieren, zu wissen, ob die Entziehung dieser Anlagen auch jetzt wieder erfolgen soll in der Annahme, daß ihre Benutzung zu rein sportlichen Zwecken „sich mit den Zwecken der Organisation oder mit den Mitteln zu ihrer Durchführung befaßt". Da das Reichswehrministerium wohl eine Dementiermaschine, aber anscheinend keine Kommentiermaschine hat, muß man abwarten, was es tun wird. Vorläufig möchten wir annehmen, daß das Reichswehrministerium es nicht oder nicht mehr als seine Aufgabe ansieht, die deutsche Jugend daran zu hindern, Leibesübungen zu treiben und sich so „für das Vaterland" zu stärken. Wir möchten nicht glauben, daß die körperliche Ausbildung nur in solchen Vereinen erwünscht ist, deren Mitglieder mit der gegenwärtigen Regierungsform auf Grund des Artikels 48 einverstanden sind.

Man könnte noch die Frage stellen, ob die Anwendung des § 36 der Reichswehrordnung auf Organisationen, die gelegentlich einmal zu politischen Fragen Stellung nehmen, wenn das im Sinne der heutigen Verfassung geschieht, die man ja eben erst mit großem Pomp gefeiert hat, überhaupt dem Sinn dieser Verfassung entspricht. Absicht war doch wohl nur, die Angehörigen der Reichswehr von ausgesprochenen politischen Organisationen, also den politischen Parteien und staatsfeindlichen Vereinigungen fernzuhalten. Eine solche Fragestellung hat im Augenblick aber wohl keinen Zweck, sie muß einer späteren Zeit vorbehalten bleiben. Vorläufig müssen wir in der politischen Hölle, in die uns das Wehrministerium geschleudert hat, schmoren, bis uns eine gütige Gottheit erlöst. Vielleicht können unsere Mitglieder am 14. September aber einiges zur Selbsthilfe tun, das ist auf alle Fälle sicherer. F. W.

Vorbereitende Olympiatagung

Am 9. und 10. August tagte in Wien der technische Hauptausschuß der Sozialistischen Arbeiter-Sport-Internationale (SASI.), der sich in der Hauptsache mit den Vorbereitungen für das 2. Arbeiter-Olympia 1931 in Wien und für die im Februar 1931 in Mürzzuschlag stattfindenden olympischen Wintersportwettkämpfe befaßte. Beschlossen wurde, daß die Wettkämpfe in Wien am Donnerstag, dem 23. Juli, früh 8 Uhr, beginnen. Der Einmarsch der Nationen ist für denselben Tag um 17.30 Uhr festgesetzt worden. Als Meldeschluß für die Wettkämpfer für Wien gilt der 15. Juni und für Mürzzuschlag der 15. Januar 1931.

Einstimmig wurde beschlossen, daß zu den Massenfreiübungen, die von allen Sport- und Spielarten und Nationen gemeinsam gezeigt werden, alle Teilnehmer, ganz gleich welcher Nation und Sportart, in einheitlicher Kleidung antreten. Die Kleidung ist schwarze Sporthose und weißes, ärmelloses Trikot. Abgelehnt wurde die Austragung einer Olympiameisterschaft im Handball für die Frauen. Die Massen- und Geräteübungen für die Frauen beschließt der vom 25. bis 30. August dieses Jahers in der Arbeiter-Turn- und -Sportschule in Leipzig durchgeführte internationale Lehrgang für Frauengymnastik. Für die Schulung der Kampfrichter für das Geräteturnen beim Olympia wird im Mai 1931 in Wien ein internationaler Lehrgang durchgeführt. Alle am Olympia teilnehmenden Wettkämpfer müssen den Nachweis erbringen, daß sie im Besitz der von der Internationale durch die Landesverbände herausgegebenen Olympiagarantiefondsmarken sind. Anläßlich des am 19. Juli 1931 stattfindenden Kindertages für das Olympia sollen in allen Landesverbänden der SASI. Veranstaltungen der Kinder stattfinden. Die Ausgestaltung dieser Olympiakinderfeiern bleibt den einzelnen Verbänden überlassen. Eine Besichtigung der für die vielen Spiele und Wettkampfarten benötigten Spiel- und Sportplätze ergab die volle Befriedigung der gehegten Wünsche. Bei der Bearbeitung der zahlreichen Fragen machten sich keinerlei Meinungsverschiedenheiten bemerkbar. Alle Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt.

Wie sie schwindeln!

Vom Arbeiter-Samariter-Bund wird uns mitgeteilt:

In der Zeitschrift „Der oppositionelle Arbeiter-Samariter", Reichsorgan der oppositionellen Kolonnen, 1. Jahrgang 1930, Nr. 6-7, ist ein Artikel mit der Ueberschrift „Erfurt" enthalten, der über das Reichstreffen der oppositionellen Sportler zu Pfingsten in Erfurt berichtet. In diesem Artikel wird u. a. auch ein Bericht gebracht über das Thema: „Rotes Kreuz, ASB. — Aufgaben der Opposition im ASB." Referent war Herr Stadtschularzt Dr. Benjamin (Berlin). Er hat u. a. ausgeführt: Kretzschmar (der Vorsitzende des ASB.) schreckte nicht davor zurück, im Jahre 1924 den Genossen Böhme, damaliger Vorsitzender der Kolonne Leipzig, bei der Polizei zu denunzieren, weil er angeblich fstr die damals verbotene Kommunistische Partei Waffen versteckt haben sollte. Es konnte Böhme selbstverständlich nichts nachgewiesen werden. Er wurde nach ganz kurzer Zeit außer Verfolgung gesetzt".

Ich würde auf diese Anpöbelungen nicht eingehen, wenn ich nicht wüßte, daß dieser Bericht von der Kommunistischen Partei zu der bevorstehenden Reichstagswahl gegen die SPD. ausgeschlachtet wird. Der Bundesvorstand des ASB. hat schon zum so und so vielten Male diese Verleumdung richtiggestellt. Sie taucht jedoch immer wieder auf und findet bei einem Teil der Arbeiterschaft Glauben. Der frühere Genosse **Böhme selbst hat dem Bundesvorstand bzw. dem Unterzeichneten bestätigt, daß eine Denunziation seiner Person durch den Bundesvorsitzenden des Arbeiter-Samariter-Bundes, Genossen Kretzschmar, beim Polizeiamt nicht in Frage kommt.** Eine Klage gegen die Verleumder anhängig zu machen, wollen wir uns ersparen. Ich bezeichne aber Herrn Stadtschularzt Dr. Benjamin (Berlin) als einen gemeinen Lügner.

Th. Kretzschmar.

Einweihungsschwimmfest der Freien Schwimmer, Erkenschwick

Sonntag, den 17. August 1930, veranstalten die Freien Schwimmer von Erkenschwick in dem neuerbauten Hallenbade das erste Einweihungsschwimmfest. Den Einwohnern von Erkenschwick wird hier die Gelegenheit gegeben, sich mit dem wirklich volkstümlichen Wassersport vertraut zu machen. Haben doch die Mitglieder des jungen Vereins keine Mühe gescheut, der Bevölkerung einige genußreiche Stunden zu bereiten. Unter anderem haben schon die Städte wie Gladbeck, Gelsenkirchen, Essen, Bottrop, Wanne, Recklinghausen und Düsseldorf ihre Mitwirkung zu den Wettkämpfen zugesagt. Außerdem werden von verschiedenen Größen auf dem Gebiete des Schwimmsports Sondervorführungen gezeigt. Den Veranstaltungen geht ein imposanter Festzug voraus. Anfang der Veranstaltung: 3 Uhr. Der Preis ist so minimal gehalten, daß es jedem möglich ist, diese zu besuchen. Um rege Beteiligung bittet der Festausschuß. Die Bevölkerung von Erkenschwick wird gebeten, an diesem Tage durch Beflaggen der Häuser das Fest verschönern zu helfen.

Achtung! Freie Turn- und Sportvereinigung Buer 25.

Nächsten Sonntag, den 17. dieses Monats, steigt im Volkshaus Buer, um 19 Uhr unsere Zentralversammlung. Anschließend: Geselliges Beisammensein. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Arbeiter-Rad- und -Kraftfahrer-Bund „Solidarität", Ortsgruppe Hochlarmark.

Sonntag, den 17. dieses Monats: Gauwanderfahrt: Bochum. Abfahrt der Ortsgruppe: 5.30 Uhr vom Vereinslokal. Die Fahrt gilt als Tagestour und hat sich jeder danach einzurichten. Lampen mitbringen! Der Fahrwart.

Arbeiter-Rad- und -Kraftfahrer-Bund „Solidarität", Ortsgruppe Herten.

Für die am Sonntag, dem 17. dieses Monats, stattfindende Gauwanderfahrt treffen sich sämtliche Mitglieder morgens 5 Uhr beim Wirt Look (früher Hell). Von da aus geht es zum Moltkeplatz in Bochum. Treffpunkt daselbst 7 Uhr. Der Ortsgruppenleiter.

Arbeiter-Rad- und -Kraftfahrer-Bund „Solidarität", Ortsgruppe Gladbeck.

Am Sonntag, dem 17. dieses Monats, findet die Gauwanderfahrt statt. Die Ortsgruppen des 12. Gaues treffen sich morgens um 7 Uhr in Bochum auf dem Moltkeplatz. Für unsere Ortsgruppe ist der Treffpunkt beim Vereinswirt Gustav Voerste, Schützenstraße. Die Abfahrt ist um 4.15 Uhr und gilt als Pflichtfahrt.

Die Jugendgruppe versammelt sich am Freitag, dem 15. dieses Monats, abends 7.30 Uhr, am Sportlerheim zu ihrem Heim- und Spielabend. Ab nächster Woche finden die Heimabende des Mittwochs um dieselbe Zeit statt.

Die Abteilung der Motorfahrer fährt am Sonntag, dem 17. dieses Monats, ihre Gauwanderfahrt nach Bergkamen. Sammelstelle ist bei Voerste und die Abfahrt um 6.30 Uhr morgens. Zahlreiche und pünktliche Beteiligung in allen Fällen erwartet Die Gruppenleitung.

Arbeiter-Schachverein, Gladbeck.

Laut Beschluß der Bezirksspielleitung findet der Wettkampf nun endgültig an 70 Brettern statt. Gladbeck ist am stärksten, und zwar mit 16 Spielern beteiligt. Es hat folgende Bretter zu besetzen und zu verteidigen: Brett Nr. 4, 14, 20, 26, 33, 38, 45, 51, 58, 62, 64, 65, 66, 67, 68 und 69. Hoffen wir, daß die Aufstellung eine günstige für den Bezirk ist. Gladbeck wird sein ganzes Können einsetzen, um die Farben würdig zu vertreten und den Bezirk nicht zu enttäuschen. Es ist mit scharfen Kämpfen zu rechnen, da gerade der 6. Bezirk äußerst rührig und auch spielstark ist. Für sämtliche Zuschauer ist der Eintritt frei. Nach dem Spiel: Gemütlicher Abend. Die andern Vereine sind beteiligt: Beek mit 5, Bottrop mit 3, Duisburg mit 3, Essen mit 9, Gelsenkirchen mit 11, Hamborn mit 7, Mülheim mit 8 und Oberhausen mit 8 Spielern. Es sind 10 Satz Figuren mitzunehmen, Abtl. Mitte je 5, sowie Abtl. Brauck 5 Satz Figuren.)

Die Parole lautet also für Sonntag:

„Auf zum Bezirkstreffen in Wanne!"

Am 24. August: Retourspiel gegen Bottrop. Gespielt wird im Lokal Jockenhöfer, und zwar an 25 bis 30 Brettern. Beginn 15 Uhr.

Schutzsport, Bottrop.

Am Sonntag, dem 17. dieses Monats, trägt die Schutzsportabteilung auf dem Platz an der Paßstraße, vormittags 10 Uhr, ihre leichtathletischen Meisterschaften, bestehend aus Dreikämpfen, 400-, 1500-Meter-Lauf und 4 mal 100-Meter-Staffel, aus. Jeder Schutzsportler hat pünktlich zu erscheinen. Abends 6 Uhr findet im Lokal Fischedick gemütliches Beisammensein mit Siegerverkündigung und Preisverteilung statt. Zu den beiden Veranstaltungen werden die Mitglieder und deren Angehörige, sowie Freunde und Gönner, herzlichst eingeladen. Der Schutzsportleiter.

Interessenpresse oder Staatspresse?

Der Wahlkampf ist auf der ganzen Linie entbrannt. Das Liebeswerben um die Stimmen der Wähler hat begonnen; und nach einem etwas voreiligen Ausspruch des Reichsfinanzministers Dietrich gilt es, zu beweisen, ob wir ein Staatsvolk oder ein Interessenvolk sind.

Der Weg, den die Arbeiterschaft zu gehen hat, ist damit klar vorgezeichnet. Sie muß nun beweisen, daß wir ein Staatsvolk sind. Sie ist die Masse, das Volk, der Staat.

So, wie wir als Sozialdemokraten die Angelegenheit auffassen, hat sie Herr Dietrich natürlich nicht gemeint. Das beweist eindeutig die Handlungsweise seines engeren Parteigenossen, des Elektro-Industriegewaltigen Siemens, der durch Anschlag tausende Angestellte mit Entlassung bedroht, wenn sie sich nicht seinen Interessen beugen. Herr Siemens sagt, der Staat sind „Wir", während ihm das „Volk" nichts weiter ist, als Ausbeutungsobjekt.

Für diese klare Stellungnahme müssen wir Herrn Siemens dankbar sein. Sie ist geeignet, selbst notorischen Schlafmützen die Augen zu öffnen, denn sie zeigt sehr klar, worum es sich in diesem Wahlkampf dreht.

Hie arm – hie reich! Hie Arbeiter – hie Unternehmer! Hie Staatsvolk – hie Interessenvolk! Hie Sozialismus – hie Kapitalismus!

Die sozialdemokratische Presse führt seit Jahrzehnten einen erbitterten Kampf gegen die Interessenpolitiker aller Art. Sie hat sich Achtung, Geltung- und Gehör verschafft. Einen Vorwurf, daß sie je versagt hätte, kann ihr niemand machen. Wohl gibt es Stimmen, die behaupten, es könne noch mehr geschehen. Sie haben recht. Es könnte viel mehr erreicht werden, wenn jeder begreifen wollte, daß zum Soldaten die Waffe, d. h. in unserm Falle zum sozialistischen Kämpfer die sozialdemokratische Presse gehört. Jeder einigermaßen denkende Mensch würde es als wahnsinnig bezeichnen, wenn die Großindustrie in diesem Wahlkampf die Millionen, die sie der Volkspartei, den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten geben wird, etwa der Sozialdemokratischen Partei zur Verfügung stellte. Das würde selbst der für verrückt erklären, der in kindlicher Ahnungslosigkeit heute noch sein Geld den bürgerlichen Zeitungsverlegern gibt.

Die Presse ist heute nun mal das Organ, das die öffentliche Meinung entscheidend beeinflußt. Sie schafft Aufklärung oder Verwirrung. Sie treibt Staatspolitik, wo sie sich für die Interessen des Volkes einsetzt und Interessenpolitik, wo sie sich als Hüterin jenes Eigentums aufwirft, das sich nur in Zahlen ausdrücken läßt; denn die Kraft der Arme oder die des Geistes, die der schaffende Mensch gebraucht, um sein oft nur kärgliches Leben zu fristen, sind nach ihr kein Eigentum, das geschützt werden darf.

In das Haus aller Kopf- und Handarbeiter gehört nur die sozialdemokratische Presse!

Wer die Wahrheit dieses Satzes nicht einsieht, hat kein Recht zu murren; wer ihn aber begriffen hat, wird seine ganze Kraft dafür einsetzen, ihn wahr zu machen. Wie kann sich einer über erhaltene Prügel beschweren, wenn er selbst dem Gegner den Prügel reichte, um zuzuschlagen?

Nur wer erkannt hat, welche Wichtigkeit der sozialdemokratischen Presse im Kampfe für eine Besserstellung der schaffenden Stände zukommt, ist imstande, sich in diesem Wahlkampf klar zu entscheiden. Nur er begreift, daß es einen Sozialismus nicht geben kann, der den Marxismus bekämpft und sich vom Unternehmertum finanzieren läßt. Was würde man von einem Christentum sagen, das die Lehre Christi bekämpfen und sich den Teufel als Heiligen verschreiben würde? Daß es so wirre Auffassungen heute noch gibt, danken die reaktionären Parteien der bürgerlichen Presse. Das ist auch der Grund, daß diese Parteien dem kommenden Wahlkampf noch mit Zuversicht entgegensehen.

Wäre aber jeder schaffende Mensch Leser seiner Presse, müßte der jetzige Wahlkampf eine klare Entscheidung für den Volksstaat, für den Sozialismus bringen!

Einen sozialistischen Staat aufrichten ohne Sozialisten, ist eine glatte Unmöglichkeit. Solange einem einigen internationalen Kapitalismus eine uneinige Arbeiterschaft gegenübersteht, ist an einen Fortschritt nicht zu denken. Noch ist der Kapitalismus der Stärkere; seinen Interessen haben wir uns noch zu beugen. Er bestimmt die Löhne und Preise; rücksichtslos läßt er die Massen verhungern, wenn sie sich seinem Diktat nicht beugen.

Was wissen aber die Leser bürgerlicher Blätter von dem, was der Kapitalismus diktiert? Was wissen sie von seiner Rücksichtslosigkeit, wenn es gilt, seine Interessen wahrzunehmen?

Vor uns liegt das Juliheft der Reklame. Darin finden wir einen Artikel des Herrn Reg.-Rat Dr. Nölle über „Valorisation (Wertsteigerung) und Reklame". Wir dürfen ohne weiteres annehmen, daß dieser Artikel nicht geschrieben wurde, um uns Material für den Wahlkampf zu liefern, denn dazu sind die angeführten Dinge zu bekannt. Die meisten von ihnen wurden den sozialdemokratischen Lesern schon gebührend mitgeteilt. Trotzdem ist es gut, wenn wir sie uns in die Erinnerung zurückrufen, weil sie das besonders kraß aufzeigen, was der Kapitalismus will.

In Brasilien wurden 4 Millionen Kaffeesträucher vernichtet, um so die Produktion auf 15 Millionen Sack herunterzudrücken. Ueberhaupt wird in Brasilien mehr Kaffee vernichtet und verbrannt als getrunken. Das Kaffee-Wertsteigerungsinstitut genannten Landes hat jetzt beschlossen, den Kaffee zu Düngezwecken zu verwenden. Vorerst hat es hierfür 60 000 Sack zur Verfügung gestellt.

Hat man schon gehört, daß die deutschen Kaffeehändler gegen solche Methoden Einspruch erhoben haben?

Zahlreiche Zentner Zucker wurden selbst in Deutschland auf den Acker gefahren, um mit dem verbliebenen Rest eine Preissteigerung vorzunehmen, die den „Verlust" mehrfach ersetzte.

Mittlerweile starben tausende deutscher Arbeiterkinder an Unterernährung.

Die Holländisch-Ostindische Handelskompagnie ließ tausende Zentner Gewürz vernichten, um den Preis hochzuhalten. Amerika und Aegypten verbrannten Baumwolle; in den Vereinigten Staaten wurde Weizen waggonweise verfeuert. In Frankreich verschüttete man viele Hektoliter Wein, weil man die Anschaffungskosten für neue Fässer sparen wollte.

In Deutschland hungern die Arbeitslosen. Wieviele hätten sich von der verbrannten Baumwolle billig kleiden können? Statt des verschütteten Weines bietet man ihnen ordinären Schnaps.

In Namacqualand (Südafrika) liegen die Diamanten „zum Greifen" auf der Erde. Seit kurzem ist dieses Gebiet mit Stacheldraht abgesperrt und von Polizisten bewacht, damit die Steine liegen bleiben und nicht auf den Weltmarktpreis drücken.

Der Autohändler-Verband in Palm Beach kauft heute noch gebrauchte Automobile auf. Sie werden verbrannt, damit sie nicht die Preise für die fabrikneuen Wagen drücken.

In Deutschland zerschlagen heute noch die Porzellanfabriken einen Teil ihrer Fabrikate, auch wenn sie nur ganz kleine Fehler zeigen – weil der Preis nicht fallen darf.

Weil man aus Hochofenschlacke eine zementartige Masse für den Straßen- und Häuserbau herstellen kann, zahlt der Zement-Verband den Hochofen-Werken eine Entschädigung, damit er die Schlacke nicht einem vernünftigeren Zweck zuführt, sondern auf die Halden schüttet.

Der deutsche Arbeiter ißt deshalb von irdenen Schüsseln und zahlt Mieten, die oft mehr als ein Drittel seines Einkommens verschlingen.

Die Kanadier beabsichtigen, Gebiete, die mit Winterweizen bestanden sind, **abweiden** zu lassen.

In Ceylon pflückt man jetzt von jeder Teepflanze statt drei nur noch zwei Blätter, weil man die Ernte für das Jahr 1930 um 75 Millionen Pfund herunterdrücken will.

Das Register ließe sich noch stundenlang fortsetzen, denn das internationale Kapital hat noch nie und nirgendwo in der Welt Rücksicht auf die Bedürfnisse der Menschheit genommen. Es hat immer nur den eigenen Geldsack geschützt, also das, was die Reaktion mit dem Wort „Eigentum" umschreibt.

Für die Erhaltung dieses Eigentums kämpft die Reaktion auch im kommenden Wahlkampf. Die bürgerliche Presse versucht, ihren Lesern zu suggerieren, daß die Erhaltung solchen Eigentums, das man anständigerweise doch kaum anders als Diebstahl bezeichnen kann, eine Staatsnotwendigkeit sei; ja, sogar im Interesse der breiten Volksmassen liege.

Auf solchen Schwindel fallen natürlich nur unaufgeklärte Menschen herein, die bei uns leider noch so dicht gesät sind, daß sie ein fürchterliches Hemmnis für jeden Fortschritt bilden. Denn jeder, der in unserem Zeitalter härtester politischer und wirtschaftlicher Kämpfe noch Leser der bürgerlichen Presse ist, beweist doch klar, daß er den politischen Säuglingsschuhen längst nicht entwachsen ist. Nur grobe Unerfahrenheit kann nach dem Schnuller greifen, wenn die Milchflasche das Gegebene ist. Wann wurde je ein Mensch von schönen Redensarten satt?

Darum kann jeder Kampf gegen die Reaktion, ganz gleich ob auf politischem, wirtschaftlichem oder kulturellem Gebiete, nur ein Kampf mit der sozialdemokratischen Presse sein. Nur in ihr ist die Kraft lebendig, die zum Siege führt. Sie allein ist die Staatspresse, denn sie allein kämpft für die Interessen des Volkes, das den Staat bildet.

Nur Seite an Seite mit der S. P. D.-Presse führt der Weg aller schaffenden Stände nach oben!

Wirtschaft und Gewerkschaft

Die Industrie der Wunder

Ein Enqueteband über die chemische Industrie

Die schmale Erkenntnisbasis der Industrie der eigentlichen technischen Wunder (Seide aus Holz, Dünger aus der Luft, Farben und Benzin aus Kohle usw.) wird durch einen Band des Enqueteausschusses bereichert (die deutsche Chemische Industrie, Verlag Mittler & Sohn-Berlin), der unter Leitung von Robert Schmidt aus den seit dem Herbst 1928 laufenden Erhebungen und Verhandlungen fertiggestellt wurde.

Ueberraschend ist, daß die deutsche chemische Industrie über 6200 Fabriken bei gleichzeitig noch nicht 300 000 Beschäftigten zählt, weniger überraschend das Vorherrschen des Großbetriebes: in 240 Betrieben sind über 60 Prozent der Beschäftigten und 80 Prozent der Pferdekräfte, in nur 45 Betrieben sind mehr als 35 Prozent der Beschäftigten und 60 Prozent der Pferdekräfte vereinigt. Die gebietliche Konzentration kommt in der Zusammenballung von 39 Prozent aller Beschäftigten im Rhein-Main-Gebiet und von 25 Prozent aller Beschäftigten in Mitteldeutschland zum Ausdruck.

Der Weltkrieg war für die chemische Industrie, da sie Zerstörungsmittel herstellte, ein ebenso starker Ausdehnungsanreiz, wie die Reparatur der Zerstörungen nach dem Kriege die chemische Konjunktur von neuem förderte. Dazu kamen die Mode (Kunstseide) und die erhöhte Körperpflege (Kosmetika und Arzneien) als Massenerscheinung, die Motorisierung, der Film, das Radio und das Flugzeug, die alle die Entwicklung der chemischen Industrie bereichern mußten.

So stieg die Welterzeugung von 1913 bis 1927 von 10 auf 22 Milliarden Mark.

Weil aber die Chemie gleichzeitig eine militärische Angelegenheit ist, entstanden neue Industrien in aller Welt, die zugleich aus nationalistischen Gründen durch Zollschutz und Subventionen treibhausmäßig gepflegt wurden. Der chemische Außenhandel und die Preisbildung wurden aufs heftigste davon berührt: der amerikanische Anteil an der Weltproduktion stieg 1913 bis 1927 von 34 auf 44 Prozent, der deutsche sank trotz beträchtlicher Ausdehnung (Wertsteigerung der deutschen Produktion von 2,4 auf 3,6 Milliarden Mark) von 24 auf 16 Prozent. Nur noch ein Fünftel der Weltproduktion wird infolge der Chemieschutzpolitik international gehandelt: der deutsche Anteil am Chemieaußenhandel der Welt ist aber mit einer Steigerung von 26 auf 28 Prozent von 1927 bis 1929 noch der größte, dann folgt Nordamerika mit 16, England mit 14 und Frankreich mit 12 Prozent. Deutschlands größte Exportgewinne liegen merkwürdigerweise im fernen Osten. China, Japan, Britisch- und Holländisch-Indien haben mit heute 750 Millionen Mark in wenigen Jahren ihren Chemikalienverbrauch verdoppelt. Die größten Exportverluste hatte Deutschland in Rußland und England. Deutschlands größte Käufer sind Nordamerika mit 148 Millionen, die österreichischen Nachfolgestaaten mit 114 Millionen und das kleine Holland mit 108 Millionen. (Was Herr Schiele bei seinem deutsch-finnischen Butter- und Käseunfug wahrlich ein wenig beachten sollte. Red.)

Starke kartellmäßige Preisbindung

Hinsichtlich der Markenartikel, die eine so große Rolle spielen, stellt der Bericht in höflicher, aber scharfer Verurteilung fest, daß das Angebot an pharmazeutischen Spezialprodukten über das tatsächliche Bedürfnis hinausgeht, ohne daß der Wettbewerb die Verbraucherpreise senkt oder die Erzeugerleistung hebt, wobei der Konsument sich nicht einmal über den Wert der Waren ein Urteil bilden kann. Fast sensationell wirkt die Feststellung über die Kartelle in der chemischen Industrie, daß **„auf nahezu sämtlichen Gebieten der chemischen Industrie Bindungen zwischen den Werken bestehen, die für die einzelnen Erzeugnisse, unterschiedlich nach Art der Erzeugung des Verbrauchs und anderen Bedingungen, die Preise, Absatzmengen, Absatzgebiete und Herstellungsmengen regeln.“**

Die chemische Industrie hat in Deutschland den absolut höchsten Anteil von kaufmännischen und technischen Angestellten: 14 Prozent der Belegschaften sind Verwaltungs- und kaufmännisches Personal, 7,4 Prozent sind technisches Betriebs- und Aufsichtspersonal, 23 Prozent aller Beschäftigten sind Frauen; davon sind wieder 80 Prozent ungelernte Arbeiterinnen. Zwei Fünftel aller männlichen Ungelernten sind über 40 Jahre alt, fast drei Fünftel aller weiblichen Ungelernten aber weniger als 25 Jahre.

Der Abschnitt über die Rentabilität der chemischen Industrie gibt einige neue Einblicke. Die gute Konjunktur von 1928/29 kommt in dem Rückgang des Anteils der Anlagewerte gegenüber 1926/27 von 60 auf 50 Prozent der Bilanzsumme zum Ausdruck. Der allgemein sehr gute Stand der Industrie äußert sich in dem ständig rückgängigen Verhältnis der kurzfristigen Schulden gegenüber den Bank- und Kundenforderungen. Der Bericht stellt aber fest, daß auch hinsichtlich der Rentabilität die

internationale Ueberexpansion

der letzten Jahre besorgniserregend sei.

Ungewöhnlich aufschlußreich und ein erfreulicher Fortschritt sind die Erkenntnisse aus den Anlagen des Berichtes, die eigentlich eine Sammlung von Monographien über die meisten chemischen Großunternehmungen und Chemiekartelle Deutschlands sind. Besonders die Berichte Boschs und Buebs geben weitgehenden Einblick in die I. G. Farben. Diese Monographien berichten über Produktion, Belegschaft, Kapitalverhältnisse, Auslands- und Inlandsabsatz, Preise, Absatzorganisation und Konventionen der Unternehmungen. Noch einmal kommt einem z. B. in dem Bericht Boschs über die I. G. Farben zum Bewußtsein, wie ungeheuer groß die kartellmäßige Preisbindung in der chemischen Industrie ist. Bosch berichtet über ein deutsch-französisches und deutsch-japanisches Farbenabkommen, über das Stickstoffsyndikat, über die deutsche Viscosekonvention, über Konventionen für Salpetersäure, Kali- und Natronsalpeter, Natriumnitrat, Hirschhornsalz, Salmiak und Harnstoffe; die Riechstoffabteilung der I. G. Farben ist an drei, die Chemikalienabteilung an siebzehn, die pharmazeutische Abteilung gar an dreiunddreißig Kartellen beteiligt. Wahrlich, eine Fundgrube für die Reichsregierung, um nach Möglichkeiten für die Preissenkung zu suchen — wenn sie es ernsthaft will.

Das größte Wunder der deutschen Chemie freilich — die

Verflüssigung der Kohle

scheint tatsächlich dem kapitalistischen Profitmoloch jetzt endgültig geopfert zu sein. Herr Bosch von der I. G. Farben gibt offen zu, daß die Benzinproduktion aus Kohle kurz über lang zugunsten der Marktherrschaft der amerikanischen Oeltrusts geopfert sein wird. Auch in der chemischen Industrie ist es selbstverständlich, daß der Geist vor dem Profit kapituliert.

Wie stehts mit der Senkung der Baukosten?

Noch kein Ergebnis

Einem Bericht des „Berl. Tagebl.“, über die Preissenkungsverhandlungen im Reichswirtschaftsministerium bzw. -Arbeitsministerium entnehmen wir:

Von den Verhandlungen beim Reichswirtschaftsministerium hat man Ergebnisse noch nicht vernommen, **insbesondere ist von einer Senkung der offiziellen Marktpreise oder, anders ausgedrückt, der von den Kartellen festgesetzten Handelspreise für die kartellierten Baustoffe noch keine Rede.**

Inzwischen haben beim Reichsarbeitsministerium Parallelverhandlungen begonnen, die sich auf das Spezialproblem der Senkung der Baukosten beschränken. Hier ist mit den Spitzenverbänden der Bauwirtschaft und der Baustoffwirtschaft beraten worden, aber auch hier ist man bisher nur zu einem fragwürdigen Ergebnis gekommen, nicht aber zu einem Erfolg in dem was man eigentlich anstrebte, nämlich in der Senkung der Baustoffkosten. Wie es scheint, ist man sich bloß darüber einig geworden, durch Einsparung überflüssigen Raumes beim Kleinwohnungs- und Kleinstwohnungsbau den für die Erstellung der einzelnen Wohnung erforderlichen Kostenaufwand zu vermindern; das heißt mit anderen Worten, man will durch Fortlassung gewisser Nebenräume wie z. B. Korridore und Badezimmer, die kleinen Wohnungen noch mehr zusammendrängen und auf diese Weise verbilligen. **Daß heißt aber die Kernfrage, um die es sich jetzt handeln sollte, nämlich die Herabsetzung der Kosten der Wohnungsproduktion, nur umgangen wird,** liegt auf der Hand. **Es ist sehr unerfreulich mit anzusehen, wie ängstlich man bisher der Beschlußfassung über die Kernfrage ausgewichen ist,** statt dessen aber den Notbehelf der Raumbeschränkung **wählt,** der vielleicht gegenwärtig nicht absolut zu verwerfen ist, **der aber doch nur den sozial nachteiligen Teil der Aktion verwirklicht.**

Dabei soll nicht verkannt werden, daß gegenwärtig so manche offiziellen Kartellpreise nur auf dem Papier stehen und in Wirklichkeit infolge des Druckes, den die Läger auf die Dispositionen ausüben, nicht selten, vielleicht sogar regelmäßig, wenn es zu Abschlüssen kommt, unterschritten werden. Das gilt z. B. besonders von der Ziegelindustrie. Die Bindung der Zementpreise ist allerdings in den einzelnen Kartellen nicht ganz so elastisch wie bei Ziegeln, obwohl auch hier unter dem Druck der Zeit Abweichungen von dem Höchstpreis nicht so selten sind. Bekannt ist ferner, daß die Zement-Kartelle gewisse zementähnliche Bindemittel aus der Preisregelung vielfach herausgenommen haben, und daß die Werke diese zementähnlichen Stoffe gegenwärtig besonders gern herstellen, um sie zu freien Preisen, das heißt heute: zu niedrigen Preisen, verkaufen. **Nicht viel anders dürfte es gegenwärtig auch auf dem Markte der sonstigen** kartellierten Baustoffe aussehen. **Aber alles dies und gerade die Umgebung der Kartellpreise durch die Baustoffabrikanten macht nur deutlich, daß man bisher einer ausreichenden offiziellen Senkung der Baustoffe selber, wie schon vorhin gesagt, aus dem Wege gegangen ist.** Das ist insofern eine Gefahr, **als bei einer** auch nur um weniges günstigeren Baumarktgestaltung **die Preise** sofort wieder an die hohen offiziellen Sätze **heranschnellen** würden. Hier wird man bei den weiteren **Verhandlungen seitens** der Reichsbehörden schon schärfer zupacken müssen.

Reichsbank gegen Straßenbau

Einspruch gegen eine neue Wegebauanleihe.

In den Erörterungen über Maßnahmen zur Linderung der Wirtschaftskrise spielt der Straßenbau eine große Rolle. Durch ein großzügiges Straßenbauprogramm würde man Hunderttausenden von Arbeitern Brot geben können. Außerdem ist die Erneuerung und der Ausbau unseres Wegenetzes dringend geboten. Es besteht die Gefahr, daß die Straßen völlig ruiniert werden. Die Unterlassung wird später doppelte und dreifache Aufwendungen erfordern.

Ein großzügiges Wegebauprogramm kann, wie u. a. die Studiengesellschaft für Automobilstraßenbau auf ihrer letzten Tagung in Danzig mit Recht festgestellt hat, nur mit Hilfe von Auslandskapital durchgeführt werden. Vorarbeiten, eine größere Straßenbauanleihe im Auslande aufzunehmen, sind auch schon vor geraumer Zeit in Angriff genommen worden. Diese Vorarbeiten sind aber jetzt ins Stocken geraten, und zwar soll, wie der „Soz. Pressedienst“ erfährt, die Reichsbank Bedenken erhoben haben. Jedenfalls muß man es auf die Einmischung der Reichsbank zurückführen, daß bestimmte in Aussicht genommene Schritte nicht getan werden.

Ohne Straßenbauanleihen wird es aber in Deutschland kaum einen Straßenbau geben, der den Arbeitsmarkt wesentlich entlasten könnte.

Wir bedauern das und richten deshalb an die Regierung die Frage, wie sie sich die Weiterentwicklung der ganzen Angelegenheit denkt. Wir können uns nicht vorstellen, daß die Regierung durch Einmischung einer außenstehenden Stelle sich das wichtigste Stück aus ihrem Arbeitsbeschaffungsprogramm herausbrechen läßt.

Die französischen Gewerkschaften setzen sich durch

gegen Unternehmer und Kommunisten.

Der kritische Montag ist im nordfranzösischen Streikgebiet, abgesehen von einigen unbedeutenden Zwischenfällen an der belgischen Grenze, ruhig verlaufen. Die Kommunisten hatten anscheinend im letzten Augenblick doch nicht den Mut, die von ihnen angedrohte Verhinderung der Wiederaufnahme der Arbeit in einzelnen Fabriken durchzuführen. So konnten am Montag etwa 10 000 Arbeiter in die Fabriken zurückkehren, die sich mit den sozialistischen Forderungen einverstanden erklärt hatten. Im übrigen hält das Abbröckeln der Arbeitgeberfront weiter an, trotzdem die Scharfmacher, vor allem der Direktor des Textilsyndikats, Ley, immer noch versuchen, mit ihrer Einschüchterungstaktik den Streik zu ihren Gunsten zu entscheiden.

Alle Bemühungen des Präfekten des nördlichen Bezirks, direkte Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herbeizuführen, sind an der unversöhnlichen Haltung der Scharfmacher bisher gescheitert; dennoch ist eine allgemeine Entspannung der Lage eingetreten, und man hofft, daß die nächsten Tage wenigstens eine provisorische Einigung bringen werden.

*

Die kommunistischen Quertreibereien im nordfranzösischen Lohnkonflikt haben ihren Grund nicht zuletzt in der Befürchtung der Moskauer Drahtzieher, daß die Einführung der Sozialversicherung eine Stärkung der freien Gewerkschaften bringt. Ein die ganze Arbeiterschaft einbeziehendes Sozialversicherungssystem kann die Grundlage einer besseren gewerkschaftlichen Organisierung der französischen Arbeiterschaft werden. Das ist es aber gerade, das die Kommunisten nicht wollen. Daher scheuen sie nicht davor zurück, fast mit den gleichen Argumenten wie die Unternehmer gegen die Gedanken der Sozialversicherung Front zu machen.

Klagen der deutschen Maschinenbau-Betriebe

Die Brüning-Schiele-Politik eine Katastrophe.

Nach dem Bericht des Vereins Deutscher Maschinenbau-Anstalten für den Monat Juli haben sich Auftragstätigkeit und Auftragseingang weiter verringert; vor allem weisen die Auslandsbestellungen Verschlechterungen auf. Die wöchentliche Arbeitszeit blieb unverändert, jedoch hat sich der im Verhältnis der tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden zur Sollzahl gemessene Beschäftigungsgrad von 59 auf 57 Prozent verringert. Bei den meisten Maschinenarten war die Geschäftslage gedrückt.

Dieser äußerst unbefriedigende Bericht ist eine weitere Illustration zu dem Kapitel Anregung unseres Wirtschaftslebens durch Eisenpreissenkung. Die Belebung der Wirtschaft, insbesondere die Belebung der Maschinenindustrie, auf die sich die rheinisch-westfälische Eisenindustrie für die Lohnsenkung immer wieder berufen hat, ist also glattweg ausgeblieben. Das ist natürlich, weil die Eisenpreisenkung zu gering war. Das Unternehmertum hat seinerseits für eine weitergehende Eisenpreissenkung kein Opfer bringen wollen. Jetzt muß die Maschinenindustrie feststellen, daß es noch nicht einmal gelungen ist, den Beschäftigungsrückgang aufzuhalten. Das Ergebnis sollte warnen, die in der Eisenindustrie verfolgten Methoden des Lohnabbaus auch auf andere Gebiete anzuwenden.

Der Bericht der Maschinenbauanstalten setzt sich weiter eingehend mit der Frage einer Kündigung des deutsch-finnischen Handelsvertrages auseinander und schreibt dazu:

„Für eine Besserung der innerdeutschen Lage in der nächsten Zeit sind Anzeichen nicht zu erblicken. Umso mehr ist Deutschland daher auf die Ausfuhr angewiesen.

Es wäre geradezu eine Katastrophe, wenn die schwere Gefährdung der deutschen Ausfuhr fortgesetzt werden würde, die sich aus der bisherigen Nichtinkraftsetzung des deutsch-finnischen Zusatzabkommens und der Forderung der Landwirtschaft auf Kündigung des deutsch-finnischen Handelsvertrages bereits ergeben.

Aus den Ländern die an der Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse nach Deutschland interessiert sind, kommen von Tag zu Tag mehr Nachrichten über das Anwachsen der Boykottbewegung gegen deutsche Waren. Gelingt es nicht, sie zum Halten zu bringen, wird eine gefährliche Rückwirkung auf die innerdeutsche Wirtschaftslage und eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit unausbleiblich sein.“

*

Gegen die unsinnige Forderung, den deutsch-finnischen Handelsvertrag zu kündigen, nimmt auch die Berliner Handelskammer Stellung. Die Kammer stellt fest, „daß die Kündigung nicht nur unmittelbar schwere Verluste nach sich ziehen müsse, sondern auch in den Kreisen der Industrie und des Handels die lähmende Vorstellung erwecke, ihre Interessen würden von der deutschen Reichsregierung nicht in dem gleichen Maße wie die anderer Berufsstände gewahrt. Insbesondere sei die Textilbranche Berlins in großer Sorge, da 90 Prozent ihres im Aufstieg begriffenen und wichtigen Exports nach Holland und Skandinavien gehe, also nach Ländern, die sich durch die Kündigung des deutsch-finnischen Handelsvertrages schwer benachteiligt fühlen würden und in denen bereits heftige Abwehrbewegung gegen deutsche Ware im Gange ist.“

Freigewerkschaftliche Propaganda im Mussolini-Reich.

SPD. Der Amsterdamer Polizeipräsident fragte bei der Transportarbeiter-Internationale an, ob es wahr sei, daß sie Tausende von Manifesten in Italien verbreitet habe. Daraufhin schrieb die I. T. F. an den italienischen Gesandten im Haag, sie könne die Frage des Polizeipräsidenten ohne Einschränkung bestätigend beantworten. Sie werde auch weiterhin ihre Propagandaarbeit in Italien fortsetzen. Der Gesandte könne sich künftig direkt an die ITF. wenden, wenn er Auskunft haben wolle

Unterhaltung und Wissen

Der verlorene Reiseplan

Im Banne des Reporters

Von Erich Gottgetreu

Der Weg meiner Reisen führte rund um Finnland. Wohin ich auch kam, und ich glaube, daß der Reiseplan stark vom Traditionellen abgewichen ist, — überall hieß es: „Ja, vor drei Tagen ist der Mann von der „New York Times“ auch schon hier gewesen.“ Merkwürdig . . .

Die drei Tage waren nicht einzuholen. Die Neigung, den geheimnisvollen Reporter von der „New York Times“, dessen Bahn ich ebenso treulich wie ungewollt nachzog, kennenzulernen, war ebenso groß wie das Pech, andauernd den stereotypen Satz zu hören: „Ja, vor drei Tagen . . .“

Bis der andere stehen blieb. Stehen blieb auf eine seltsame Weise, die zu erzählen sich lohnt.

Zwei Abende vor meiner Abreise wurde im Nationaltheater in Helsingfors ein interessantes finnisches Stück gespielt, in dem eine Schauspielerin besonders hervorragte: Ruth Snellmon. Als der Vorhang nach dem letzten Akt gefallen war, klatschten die Leute begeistert Beifall, riefen immer wieder ihren Namen, um sie selbst an der Rampe erscheinen zu sehen; einer der Nachbarn sagte: „Das ist die Tochter von Sibelius.“

Sibelius — der Name wirkte auf mich elektrisierend. Ich weiß nicht, ob sie die richtige Vorstellung vom Wesen des Journalisten haben, und ob Sie begreifen können, daß einer sich glatt jahrelang Vorwürfe machen kann wegen der verpaßten Gelegenheit zu einem guten Interview, das die Oeffentlichkeit interessiert. An alles war in diesen vier Wochen gedacht worden, was von der Kalevala bis zu Nurmi die Finnen berühmt gemacht hat — an Sibelius, den bedeutendsten nordischen Komponisten, bekenn ich, kam die Erinnerung erst durch die flüchtig hingeworfene und zufällig aufgefangene Bemerkung eines fremden Theaterbesuchers. Wenn ein Reporter in solchen Stunden Zeit hätte, sich zu schämen, hätte ich es jetzt getan; so aber fuhr ich nach Jarvenpää, dem Wohnort des greisen Musikers.

Jarvenpää ist ein entzückend gelegenes Dorf westlich der Landeshauptstadt; den Hintergrund seiner roten Holzhauskette bildet ein silbernes Band mehrerer Seen, herrlich ist es hier. Das Auto, das seinen Haltepunkt an der Bahn hat, wäre gerade unterwegs, käme aber in einer halben Stunde zurück, sagt man, es wäre also zweckmäßig, in der Ravintola zu warten. Also wartet man in der Ravintola.

Da sitzt schon wer, spricht schwedisch auf den Wirt ein, der macht verzweifelte Gebärden, weiß von nichts. „Aber, mein Herr, Ihnen muß doch da etwas bekannt sein.“ „Nein, mein Herr, wirklich nicht . . .“

Der Frager, ein langer Bursch mit roten Haaren und vielen Sommersprossen, stützt verzweifelt seinen Kopf auf, grübelt, stützt, grübelt, grübelt — da kommt das Auto.

Der Wagen holpert einige herrliche Waldwege entlang bis zu der Villa von Sibelius, einem sehr hübschen Holzhaus in einem weiten, gepflegten Garten. Der Professor, jetzt einundsechzig Jahre alt, ist ein netter Herr. Er kramt allerlei Erinnerungen an Deutschland aus, was man mit Liebenswürdigkeiten über Finnland sehr aufrichtig erwidern kann, dann kommen wir auf die Sache — nein, wir kommen nicht auf die Sache. Sibelius spricht über Gott und die Welt, bloß nicht über Musik. „Ueber Thema darf nicht gesprochen werden,“ — so heißt das journalistische „Laßt alle Hoffnung fahren“. Ueber zwei Türen fand ich es bis jetzt: die eine war die von H. G. Wells in Grasse bei Cannes, die andere die von Sibelius.

„Sehen Sie,“ sagte Sibelius, „da war vor drei Tagen . . .“ Bums. Was war das für ein verborgener Moses, Gesetzgeber von der „New York Times“, dessen Willen man blindlings vollführen muß hier in einem Lande, das in seiner Landschaft Freiheit jubelt, das in seinem Volke Freiheit jubelt, das in seinem Volke Freiheit leben läßt, das in seiner Kunst Freiheit kündet? „Der Herr soll nun schon seit drei Tagen im Dorf herumsitzen und alle Welt ausfragen, was man von meinem Privatleben weiß, von meinen Ansichten über die moderne Musik, über die Prohibition — aber Sie sehen ja so trübsinnig aus?“

Ueber den Bäumen am stillen See von Jarvenpää strahlte der Mond auf. Langsam floß jetzt die Unterhaltung, Kaffee dampfte, Sibelius setzte sich ans Klavier, die Stunde, wo es schicklich war, sich zu verabschieden, näherte sich; ich ging, ging langsam durch den mächtigen Wald, da dämmerte ein Gedanke.

Der Gedanke war richtig.

Vor der Ravintola stürzte der lange Bursche auf mich zu, stellt sich vor, sprudelt los: „Brown, Reporter von der „New York Times“, habe gesehen, daß Sibelius Sie empfangen hat, mich vor drei Tagen auch: Kollege, was hat er Ihnen gesagt? Mir alles, nur nichts über Musik, mein Blatt braucht das aber; Kollege, ich bitte Sie, mir auszuhelfen . . .“

Die geringen Auskünfte, die ich geben konnte, mußten Mister Brown notwendigerweise sehr deprimieren. Er schien sehr unglücklich zu sein. O ja, es gibt Dinge, über die Journalisten weinen können. Trotzdem mißlang ein Trostversuch, ein Hinweis auf Mister Browns doch sicher nicht eingetrocknete Phantasie, nicht ganz daneben. Wir kamen nach ungefähr zwanzig Kilometer Bahnfahrt auf andere Dinge zu sprechen, so berichtete ich Mister Brown auch, daß ich seinen Namen schon vorher gekannt habe, auf eine sehr seltsame Weise, ob er sich die erklären könne . . .

„O ja. Sie sind vor vier Wochen nach Helsingfors gekommen. Sie sind im Hotel Pennia abgestiegen. Sie hatten das Zimmer Nr. 80. Ich bezog es nach Ihnen. Und fand, geschrieben auf einen alten Briefumschlag, einen Reiseplan herumliegen, den Sie offenbar dort gelassen haben. Der Plan war ausgezeichnet. Ich habe ihn mitgenommen, benutzt, ich danke Ihnen. Vipuri, die erste große Stadt, ließ ich weg. Daher der Vorsprung von drei Tagen. Sie verstehen?“

Ich verstand. Im allgemeinen hilft man der Konkurrenz gar nicht so gern.

Die Mysterien der Edelsteine

Von Willy Ley

Es gibt zwei Dinge, die seit Urzeiten immer wieder das Grüblerische im Menschen erregt haben und die deshalb ununterbrochen von Mysterien umkleidet waren und wurden.

Das erste ist der Sternenhimmel. Daß es sich da nicht nur um schlechtbrennende Nachtlichter handeln konnte, sah man ein, — daß es sich um andere Welten handelt, wußte man noch nicht; und so wurde die Astrologie geboren. Gute und böse Geister mußten dort auf den einzelnen Sternen sitzen, Helden und Heilige des eigenen Volkes wurden auf die Straße versetzt, von dort weiter die eigenen Geschicke hilfreich zu lenken und dem Feinde zu schaden.

Das zweite waren seltene und darum auch etwas seltsame Steine, die man in bestimmten Gegenden manchmal fand. Zuerst nur als Schmuck gebraucht, wurden die Edelsteine allgemach auch zum Zaubermittel. Böse und gute Kräfte schrieb man ihnen zu und so war die Brücke vom Stern- zum Steinglauben gegeben, die einzelnen Planeten erhielten eigene Steine — Mars, der Kriegsplanet z. B. Hämatit und Blutjaspis —, ebenso die einzelnen Zeichen des Tierkreises. Welcher Stein zu welchem Stern gehörte, ist jetzt nicht immer ganz sicher, unsere Astrologen sind sich bis heute darüber noch uneins. Jedenfalls schrieb man bald verschiedene Bücher über die Kräfte der Halbedelsteine, von Anselm Boece de Boot, dem Leibarzt Maximilians II., stammt ein förmliches philosophisches System der Edelsteine, von einem apokryphen jüdischen Gelehrten, den man Tethel nennt, ein Buch über das Einschneiden von heilkräftigen Amuletten in die richtigen Steine, d. h. in die Steine, die zu den richtigen Planeten und Tierkreiszeichen gehören. Durch das Tethelsche Buch kamen die Edelsteine dann auch in die Marienverehrung hinein, der fromme und gelehrte Domherr von Regensburg, Konrad von Megenberg, dichtete etwa um 1340 herum zu Ehren der Jungfrau Maria einen lateinischen Lobgesang, in dem er jeden Edelstein mit einer der Tugenden der Himmelskönigin vergleicht.

Der König der Edelsteine war nach damaligem Glauben, genau so wie nach heutigem, der sich aber auf Börsenkurse stützt, der Diamant, als Stein der unbestechlichen Wahrheit der Sonne geweiht und als Medizin unbedingt tödlich, weil der Mensch so viel Wahrheit nicht vertragen kann. Als Amulett aber konnte man ihn gebrauchen, er half dann gegen Gifte, Seuchen und Zauberei. Er verlieh Kraft, bannte böse Geister, machte jede Lüge offenbar, besonders die Untreue der Frau hatte bei guter Behandlung noch den Vorzug, Junge zu bekommen.

Vor Gift schützt auch der Rubin, er verlor im Dunkeln seine Leuchtkraft, wenn seinem Besitzer Gefahr drohte; verhielt sich also ähnlich wie der Smaragd, der zerfiel, wenn die Kraft der feindlichen Macht, die seinem Besitzer schaden wollte, größer wurde als seine eigene. Genau so wie der Rubin, so verhielt sich auch der Topas, der die Schlaflosigkeit und das Asthma zu heilen vermochte. Verliebte Gedanken und Skorpionenstiche wurden vom Achat gedämpft, Trunkenheit und andere Unmäßigkeiten vom Amethyst. Der Amethyst galt fernerhin als „Stein der Nichtliebe“, im Gegensatz zum Türkisen, dem Stein der Zwillinge. Zwei in Silber gefaßte Türkise schützten zu Lande vor Wegelagerern, auf See gaben Aquamarin und Beryll gute Fahrt. Der Hyazinth schützte vor Blitzschlag und Hexenkünsten, andererseits half der Heliotrop kräftiglich, wenn man etwa selbst eine Beschwörung vorhatte. Mit dem Heliotrop konnte man sich auch unsichtbar machen, während die Zauberkraft des Bergkristalls nur zur Herstellung fernsehender Zauberspiegel ausreichte.

Die Redner trugen Karneole bei sich, da er freie Rede gab, was heute von vielen auch ohne solche Hilfsmittel erreicht wird, da die Entwicklung der Menschheit bekanntlich fortschreitet.

Gegenüber diesen guten Steinen mußte es natürlich auch ein paar Unholde geben, das waren Onyx und Selenit.

Das alles wurde also einmal wirklich geglaubt, die Beobachtung, daß es nicht eintraf, was man wünschte und hoffte, änderte gar nichts daran. Das war dann entweder Gottes Wille gewesen oder die feindlichen astrologischen Einflüsse hatten sich als stärker erwiesen, — daß die Edelsteine alle diese Eigenschaften gar nicht hatten, darauf kam niemand. Johannes Kepler hat selbst noch sagen müssen: „Wenn das raten auf gleich und gleich gerichtet ist, dann treffet man für gewöhnlich auf den halben teil und fählet auf den halben teil. Das Fählen vergißt man nach der weiber art, das treffen aber behalt man, also bleybet der Astrologus bey Ehren.“

Ab und zu kam es jedoch vor, daß sich die Kräfte eines Steins änderten. Der Opal galt lange als Träger alles Glückes, weil er Träger aller Farben ist, nur mußte er geschenkt sein, das war die einzige Bedingung. Im vierzehnten Jahrhundert schlug die Meinung plötzlich um, der Rabbi Benoni erklärte, daß der Opal Zwietracht zwischen dem Beschenkten und dem Schenkenden säe, vor allem und gewißlich dann, wenn es sich um Liebende handelt.

*

Tatsächlich hatte man auch jahrhundertelang, als man den Steinglauben schon lange überwunden hatte, eine Abneigung gegen Opale, genau so, wie man halb scherzhaft sagt, daß Perlen Tränen bedeuten (es wird behauptet, besonders dann, wenn sie unecht und schlecht imitiert sind). Seit einigen Jahren aber dürfte der Opal bei denen, die Zeit und Geld für Edelsteine haben, wieder erlöst sein, er war vorübergehend sogar große Mode. Ob nun der Aberglaube der Reichen geschwunden ist, ob der Stein doch irgendwie erlöst wurde, oder ob man jetzt gar Unglück in der Liebe nicht mehr so tragisch nimmt, das weiß ich allerdings nicht.



Nachdruck verboten.

(16. Fortsetzung.)

„Du bist zu verliebt“, sagte der Vater und lachte ihn aus. Er hatte dringend gewünscht, der Sohn möchte erst in der Praxis drin sein und dann heiraten. Nun sah er ein, es war doch wohl besser, wenn beides gleich zusammen anfing, der Mensch hatte ja sonst gar nichts anderes im Kopf als Braut und Heirat. Täglich trug er Briefe zur Post und bekam auch täglich welche.

Der alte Dousemont schüttelte den Kopf, er war fast ärgerlich über den Sohn: wie konnte man nur um ein Frauenzimmer sich so haben, sich ihm so verschreiben mit Haut und Haar!? Er vergaß, daß auch er einst in jungen Tagen nicht viel anders gewesen war, daß er ebenso stürmisch begehrt hatte — und war er selbst jetzt nicht noch einer, der begehrte? Nur daß es jetzt keine Schöne von Fleisch und Blut mehr war, die er zu genießen begehrte — jetzt waren's die Mosel und ihr Wein.

„Du solltest nicht soviel trinken, Vater“, sagte der Doktor; das fast bläuliche Rot im Gesicht des Vaters, das seltsam abstach gegen sein schlohweißes Haar, beunruhigte ihn. „Es bekommt dir nicht.“ Er hob ernsthaft den Finger. Aber gleich darauf mußte er lachen, das Gesicht, das sein alter Herr dazu schnitt, war sehr komisch.

Jean Claude Dousemont schloß die Augen halb und blinzelte pfiffig: „Probier du erst mal meine zwei letzten von der Trierer Weinversteigerung — „Hohe Domkirch“, „Bischöfliches Priesterseminar“ — Auslese — dann sagste kein Wort mehr von „trink nit!“. Ich sag dir, Jung, en Tröppchen!“ Er schloß die Augen ganz, spitzte den Mund, und lehnte sich in den Stuhl zurück wie versunken in selige Erinnerung. „Ach, mein Sohn“, — es klang fast wehmütig — „der is 'n Esel, der nit Moselwein trinkt. Der ihn nit versteht. Das Feinste vom Feinen, das Edelste vom Edelsten! Kein anderer Wein kann dagegen an. Nit süß wie der Südwein, nit so voll wie der Rheinwein, aber eine Blume, eine Blume so fein! Ha, der Duft, der Duft!“ Nun öffnete er die Augen weit und sprang lebhaft vom Stuhl auf: „Mild und doch voll. Es durchläuft einen wie neues Leben, man wird jung davon — nä, man bleibt jung!“ Er reckte seine mächtige Gestalt und lachte. „Und froh wird man; man wird nit gleich betrunken, beileib nit — sag, Jung, haste mich je betrunken gesehn? — aber froh, leicht, en glücklicher Mensch! Kleinlichkeit, Kummer, Aerger, alles geht weg beim Mosel. Ich sag dir, und man wird auch 'n besserer Mensch. Wenn ich mit Leut zusammensitz, die ich eigentlich gar nit mag, beim Wein scheinen sie mir nit mehr so übel. Der Wein setzt einem 'n rosige Brill' auf. Schenkt ein, stoßt an, prost, du sollst leben, mein Freund! — Jung, Jung, sag mir nit, daß ich keinen Mosel mehr trinken soll!“

„Aber für deine Arterienverkalkung, Vater — du hast zu hohen Blutdruck.“

„Ach wat!“ Der Alte schnitt dem Sohn sofort die Rede ab. „Ich will dir wat sagen, Doktor, an etwas muß der Mensch ja doch sterben, und da kannst du auch nix bei machen. Masern und Scharlach, en Kinderkrankheit, werd ich ja wohl nit mehr kriegen — Arterienverkalkung — nun ja, dann sterb ich eben dadran. Aber eh ich dann sterb, da sag ich dir, krabbel ich noch einmal auf den Herrenberg — zum letztenmal — und trink da oben die letzte Flasch, und grüß noch einmal die Mosel, die Berge: Prost, euer Wohl! Oh, dann is dat Sterben so leicht!“ Er hatte sich förmlich in Begeisterung geredet, sein Rot flammte, mit starken Schritten ging er durchs Zimmer.

Maria trat eben ein, sie hielt ein Tablettchen vor sich auf beiden Händen, darauf ein großes Glas stand, bis zum Rande gefüllt: der tägliche Morgenschoppen. Sie lächelte freundlich, auf ihr blühendes Gesicht fiel vom Fenster her vergoldender Schein.

„Sieh dir die mal an“, schrie der Alte. „Das Bild der Gesundheit! Und is mit Moselmilch großgezogen. Die hat als Winzerkind sicher mehr Wein zu trinken gekriegt als Muttermilch.“

„O nä, Herr Dousemont“, sagte Maria und wurde rot — der Blick des jungen Mannes hatte sie voll getroffen und blieb auf ihr haften — „wir haben zu Haus nie Wein gekriegt. Der is zu kostbar.“

Heinrich Dousemont war überrascht: Donnerwetter ja, war die hübsch! Der Vater hatte recht: ein Mädchen wie ein Bild. Und er verwunderte sich, daß ihm das bis jetzt noch gar nicht so aufgefallen war. Was für ein liebliches und doch stolzes Gesicht! Ganz römischer Schnitt, die Nase gerade, die Augen tiefdunkel — wirklich, er hatte selten ein so schönes Mädchen gesehen.

Mit Wohlgefallen ruhten die Blicke von Vater und Sohn auf Maria. Sie senkte die langen Wimpern, ihr Tablett, auf das Herr Dousemont das rasch geleerte Glas wieder gestellt hatte, wurde unsicher, das Glas rutschte, sie griff schnell danach.

„Hoppla“, sagte der junge Mann und lächelte.

Sie biß sich auf die Lippen: oh, warum sah der sie auch so an? Das verwirrte sie ganz. Und ärgerlich war sie: er lächelte, warum lächelte er? Er lachte sie wohl aus? Er sollte sie nicht auslachen!

Der Alte zog sie zu sich heran: „No, wat is es denn mit dir, Maria, en bös Gesicht? Und gestern war doch Sonntag, und dein Schatz war doch da!“

„Ich hab keinen Schatz, Herr Dousemont“, sagte sie. Es klang herb, fast unartig. Oh, wie sie das aufbrachte, daß Herr Dousemont noch immer dieses Necken nicht sein ließ? „Sie soll'n dat nit sagen“, stieß sie heftig heraus, „und auch nit denken, sonst bleib ich lieber gar nit mehr hier!“ Ihre Wangen wurden glühend, die Tränen schossen ihr in die Augen.

Hatte die ein Temperament! Und so urgesund, so vollsaftig! Der junge Mann mußte sie wieder ansehen.

„Verstehst du, warum die so bös wurd?“ fragte der alte Mann ganz betreten, als das Mädchen rasch hinausgelaufen war.

„Nein“, sagte der Sohn. Doch er verstand sie: man mag mit so etwas nicht geneckt sein. Er mochte das auch nicht. Aber ob sie wirklich keinen Schatz hatte? Das mußte er doch ergründen.

Und er sah das schöne zornige Gesicht noch vor sich, die aufsprühenden Augen und den ganzen lebenatmenden Körper, als er in der heißen Nacht am Fenster stand, schlaflos, weil sehnsüchtige Gedanken ihn quälten. —

Auch Maria lag lange wach. Sie war böse auf sich, böse auf Herrn Dousemont. So gut der's auch meinte, er war doch öfters recht ungeschickt: wie konnte er sie gestern vor dem Herrn Doktor nur so blamieren? Und sie, sie hatte sich auch zu dumm benommen! Sie weinte. Es kam ihr auf einmal vor, als hätte sie großen Kummer. Der Kaspar hatte ihr gestern von Haus auch nichts besonders Gutes berichtet: der Vater war so abgeschafft — er hatte die Krankheit im Warmenberg, das hatte sie sehr erschreckt, sie wußte, daß das doppelt und dreifaches Spritzen bedeutete. Und der Vater hatte doch schon Sorgen genug. Aber der Kaspar hatte eine so ruhige Art zum Trösten, sie hatte die Stirn gegen seine Schulter gestützt, und dann war gleich alles gut gewesen.

(Fortsetzung folgt.)

KINDERFREUNDE

Achtung! Zeltlagerfahrer!

Die Zeltlagerfahrer (Helfer und Helferinnen), die am Sonntag, dem 17. dieses Monats, nach Namedy fahren, müssen um 4 Uhr morgens an der Wiese sein. Sämtliche Einzahlungen müssen bis Freitag nachmittag erledigt sein.

Zeltlagerfahrer: Buer, Horst, Gladbeck
müssen früh um 3.30 Uhr mit ihren Rädern am August-Bebel-Haus sein, da wir um 4 Uhr abfahren müssen.

ORTSAUSSCHUSS FUR ARBEITERWOHLFAHRT GELSENKIRCHEN-BUER

Bezirk Buer.

Die Obleute werden gebeten, dafür zu sorgen, daß die Kinder, die am Montag mit zur Jugendherberge Haltern fahren, pünktlich zur Stelle sind. Der Zug fährt ab Buer Nord des Morgens um 8.45 Uhr. Um Pünktlichkeit wird nochmals gebeten.

Bezirk Horst.

Die Kinder, die mit nach dem Stausee fahren, müssen Montag vormittag 7.45 Uhr am Bahnhof Horst Süd pünktlich erscheinen.

Gewerkschaftliches

Achtung! Bezirksversammlung des DMV., Wanne-Eickel.

Am Samstag, dem 16. dieses Monats, abends 7 Uhr, findet im Lokale Eckey, Ebertstraße, eine wichtige Versammlung für den Bezirk Wanne-Eickel statt. Sämtliche Kollegen aus dem genannten Bezirk müssen erscheinen.
Die Verbandsleitung.

Achtung! Bezirksversammlung des DMV., Wattenscheid.

Am Samstag, dem 16. dieses Monats, abends 7 Uhr, findet im Lokale Braukämper, Bödestraße, eine wichtige Versammlung für den Bezirk Wattenscheid statt. Sämtliche Kollegen aus dem genannten Bezirk müssen unbedingt erscheinen. Die Verbandsleitung.

Achtung! Bezirksversammlung des DMV., Feldmark.

Am Freitag, dem 15. August, abends 7.30 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus eine wichtige Versammlung für den Bezirk Feldmark statt. Alle Kollegen aus dem genannten Bezirk müssen unbedingt erscheinen. Die Verbandsleitung.

VERANSTALTUNGEN UND VEREINE

**Deutscher Freidenkerverband
für Freidenkertum und Feuerbestattung.**

Am Sonntag, dem 17. August, nachmittags 3 Uhr, findet im kleinen Saale der Ausstellungshalle (Eingang Augustastraße) unsere Mitgliederversammlung statt. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, unbedingt zu erscheinen.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Janssen (Essen) über Weltschöpfungsfragen im Lichte des historischen Materialismus". 2. Verbandsangelegenheiten. Die Vorstandsmitglieder werden gebeten, eine Stunde vorher zu erscheinen.

REICHSBANNER SCHWARZ-ROT-GOLD

Ortsgruppe Gelsenkirchen.

Freitag, den 22. August 1930,

spricht im Saalbau zu Essen in einer großen Reichsbannerkundgebung der **preußische Innenminister a. D. Kamerad** Grzesinski. Wir fahren mit 5 Autos nach Essen. Fahrkarten, nur in vorgesehenen Mengen, sind zum Preise von 10 Pf. bei den Kameradschaftsführern ab Samstag vormittag zu haben. Wer zuerst die Karten abholt, hat Gewähr, Autoplatz zu bekommen.

10. Kameradschaft.

Sonntag, **den 17. August, vormittags 10 Uhr,** bei Bahrfeld: Antreten sämtlicher Kameraden. Wir gehen zum Bismarkhain und lassen uns dort fotografieren. Erscheinen in Uniform.

Trommler- und Pfeiferkorps und Martinsabteilung.

Antreten Sonntag nachmittag 3 Uhr an der Wiese zum Platzkonzert für die Arbeiter-Samariter.

Martinsabteilung Gelsenkirchen.

Freitag abend, 20 Uhr: Probe in der Lessingschule. Notenständer mitbringen.

Ortsgruppe Buer.

Samstag, den 16. August, abends 6 Uhr, im Lokale Grünewald, Erle: Führersitzung. Es haben sämtliche Funktionäre zu erscheinen. Straßenbahnunkosten werden ersetzt.

Ortsgruppe Buer.

Martinsabteilung: Am Sonntag, dem 17. dieses Monats, vormittags 9 Uhr: Probe bei Grünewald. Es wird ersucht, daß jeder Musiker erscheint. Pünktlichkeit muß sein. Reichsbannerkameraden, die Lust und Interesse zum Spielen haben, können beitreten, da noch Hörner frei sind.

Geschäftliche Mitteilungen.

Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie.

5. Klasse (Hauptziehung).

4. Ziehungstag.

In die Lotterieeinnahmen von Gelsenkirchen und Buer fielen folgende Gewinne zu 150 RM (Einsatzgewinn):

31843 31845 38002 38023 62551 62571 80018 82786 83791 112573 112732 112738 112748 114211 189584 203807 203848 205635 205704 205710 205716 205847 209102 209113 209353 213437 218179 231228 234352 240677 240681 348165 348767 348774 370594.

Die höheren Gewinne werden den Spielern sofort durch verschlossenen Brief mitgeteilt. Ersatzlose sind, soweit der Vorrat reicht, noch zu haben.

Eingesandt

Vorsicht bei Uebergabe von Umpreßhüten an Hausiererinnen!

In der letzten Zeit suchen Hausiererinnen Umpreßhüte für Dresdener Hutfabriken zu erhalten. Damenhüte werden zum Preise von 6,90 RM umgepreßt. Die Bestellerin muß sich durch Vertrag verpflichten, 3 RM anzuzahlen, während der Rest von 3,90 RM durch Nachnahme von der Dresdener Firma erhoben wird. Die Nachnahme muß auf alle Fälle eingelöst werden, ohne daß die Bestellerin die Möglichkeit hat, sich den Hut vorher anzusehen. Die Formen werden auf einem Musterbogen gezeigt, doch übernimmt die Dresdener Firma keinerlei Garantie für genauen Ausfall der Formen und Verwendung des Materials.

Es bedarf wohl keines Hinweises, daß derartige Umarbeitungen viel billiger von ortsansässigen Geschäften ausgeführt werden und vor allen Dingen die Auftraggeberin die Umarbeitung nach Hüten, die vorher ausprobiert werden, vornehmen lassen kann. Irgendwelche Rechtsansprüche können an die auswärtigen Lieferfirmen nicht gestellt werden, da die Auftraggeberin durch einen Lieferungsvertrag in jeder Form gebunden ist. Es ist bekannt, daß die Hausiererinnen in der Hauptsache die wirtschaftlich schwächsten Kreise für ihre Zwecke aufsuchen.

Es wird deshalb gebeten, bei etwaigen Vorkommnissen vorsichtig zu sein.

Krankenhaus Bergmannsheil 2

In der Oeffentlichkeit wird das im Stadtteil Buer gelegene „Krankenhaus Bergmannsheil 2" immer wieder als „Knappschaftskrankenhaus" bezeichnet. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß nicht die Ruhrknappschaft in Bochum, sondern die Sektion 2 der Knappschaftsberufsgenossenschaft in Bochum Eigentümerin des Hauses ist. Das Haus trägt daher den Namen „Krankenhaus Bergmannsheil 2".

Briefkasten der Redaktion

Küster gestrichen. Sie wundern sich über den die SPD. so angreifenden Artikel, den Küster, Hagen, der Vorsitzende der Deutschen Friedensgesellschaft, im „Dortmunder General-Anzeiger" geschrieben hat, und fragen an, ob Küster, der sich doch bis in die letzte Zeit hier und da noch als Parteigenosse ausgab, der Sozialdemokratischen Partei noch angehört. Wir können Ihnen dazu mitteilen, daß das nicht der Fall ist. Der Bezirksvorstand der SPD., Westliches Westfalen, hat in diesen Tagen bekanntgegeben, daß Küster aus der Liste der Parteimitglieder gestrichen worden ist, weil er trotz seines guten Einkommens seit vier Jahren keine Beiträge mehr gezahlt hat. Wir haben es immer als einen Fehler Küsters betrachtet, daß er, der doch wußte und weiß, daß eine beträchtliche Anzahl Sozialisten in der Friedensgesellschaft organisiert sind, immer wieder seine Hauptaufgabe darin sah, die Sozialdemokratische Partei zu bekämpfen. Auch in dem oben erwähnten Artikel richtet sich seine Hauptangriffskraft gegen die SPD., während er die anderen Parteien durchaus schont.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Alfred Zingler; für den Anzeigenteil: Karl Chemnitz, beide in Gelsenkirchen. — Druck und Verlag: „Volkswille", Ludwig Leypoldt, GmbH., Gelsenkirchen-Buer. — Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn dies ausdrücklich verlangt und zu diesem Zwecke Rückporto beigefügt wird.

Apollo-Theater

Das neue große Ereignis für Gelsenkirchen und Umgegend!
Der vollkommene, in Rußland spielende
Ton- u. Sprechfilm
mit
Anna May Wong
und Franz Lederer
(bekannt als „Peter in Atlantik")
in
HAY-TANG
(Der Weg zur Schande)
8 Akte
„Hay-Tang" ist der Tonfilm der großen Schlager:
„Ohne Weib und ohne Wein kann kein Russe sein"
„Einmal kommt das Wunder der Liebe"
„Wenn Du glaubst, ich lieb' Dich" — —
Kassenöffnung 2 Uhr.

Ferner der große Lustspielschlager:
Die Regimentstochter
7 Akte, voll köstlichem Humor nach der Oper von Gaetano Donizetti.
mit
**Betty Balfour — Kurt Gerron
Julius Falkenstein**
Die Außenaufnahmen fanden in den Pyrenäen statt.
Aufführungszeiten 2.10, 4.50, 7.50 Uhr

Die neue
Wochenschau
Niedrige Eintrittspreise, von 50 Pfg. an

Industrie-Kino

Wollen Sie spannend unterhalten sein?
Wollen Sie die Sorgen des Alltags vergessen?
Lieben Sie Sensationen und Abenteuer?
Dann kommen Sie ab heute Freitag 2 Uhr zu unserem neuen
Groß-Programm!
Maria Paudler, Heinrich George, Albert Steinrück †, Alexander Granach
in
Das letzte Fort
Ein Abenteurerfilm aus Syrien in 6 atemraubenden Akten.

Der deutsche Schäferhund
Rin-tin-tin
in einer neuen Glanzleistung
Der König der Wildnis
6 mitreißende Akte
mit **Davey Lee (Sonny Boy)**

Das unvergleichliche Meisterwerk des besten deutschen Regisseurs
I. W. Murnau:
Wogen der Leidenschaft
(Sonnenaufgang)
8 einzig dastehende Akte nach der Novelle von Hermann Sudermann mit George O'Brien und Janet Gaynor.

Eine gelungene Groteske!
Die neue Wochenschau!
Niedrige Eintrittspreise: RM. 0.40, 0.60, 0.90 u. 1.50

Die beste Reklame ist das Inserat!

Gelsenkirchen.
Reichstagswahl 1930.
Die Bekanntmachung über die Offenlegung der Wählerliste für die am 14. September ds. Js. stattfindende Reichstagswahl ist in den Rathäusern Gelsenkirchen, Buer und Horst zum Aushang gebracht.
Gelsenkirchen, den 12. August 1930.
1877 **Der Oberbürgermeister.**

WERBE DRUCKE
werden wirkungsvoll und modern bei uns hergestellt
BUCHDRUCKEREI
VOLKS WILLE

Wohnung
5 Zimmer, II. Obergeschoß im Hause Hohenzollernstr. 115 (Neubau)
sofort zu vermieten.
Meldungen an das städt. Liegenschaftsamt, Hans-Sachs-Haus, Zimmer 204.
Der Oberbürgermeister.

August Bebel, Aus meinem Leben!

Dieses hervorragende Werk ist soeben neu erschienen.
Alle 3 Teile in einem schönen Ganzleinenbande.
Preis 8.50 Mk.
Organisationspreis f. Parteimitglieder 6.75 Mk.

Aus dem Inhalt:

Teil I Aus der Kinder- und Jugendzeit / Lehr- und Wanderjahre / Eintritt in d. Arbeiterbewegung u. d. öffentliche Leben / Lassalles Auftreten / Soziale Erscheinungen / Wilhelm Liebknecht / Die Katastrophe von 1866 / Nach dem Krieg / Persönliches / Gewerkschaftsbewegung / Erste Verurteilung u. a.

Teil II Der Sozialdemokrat / Schweitzer u. d. Konservativen / Die Rebellion im Allg. Deutschen Arbeiterverein / Der Eisenacher Kongreß / Gründung d. sozialdemokratischen Arbeiterpartei / Im norddeutschen Reichstag u. d. Zollparlament / Der deutsch-französische Krieg / Unsere Verhaftung / Die erste Session des deutschen Reichstages / Dresdener Parteikongreß / Leipziger Hochverratsprozeß / Majestätsbeleidigungprozeß / Unsere Festungshaft / Von 1870 bis zum Vereinigungskongreß / Das Vereinigungswerk / Neue Verfolgungen / Das Hödel-Attentat u. seine Folgen / Das erste Ausnahmegesetz / Das Nobiling-Attentat u. a.

Teil III Die Beratung des Sozialistengesetzes / Die nächsten Wirkungen des Gesetzes / Die Gründung der illegialen Parteipresse / Der Sozialdemokrat / Die Verbreitung des „Sozialdemokrat" u. d. „rote Postmeister" / Kämpfe m. d. deutschen Polizei / Minierarbeit / Totgesagt / Der erste Hochverratsprozeß vor dem Reichsgericht / Die Züricher August-Konferenz / Ruhetage u. a.

Zum Studium des Sozialismus ist die Kenntnis dieser Lebenserinnerungen unbedingt notwendig.

Bestellungen nehmen alle Parteifunktionäre und Zeitungsboten entgegen

Volksbuchhandlung
Gelsenkirchen **Ringstraße 33**

Bestellschein.

Ich bestelle hiermit das Werk „Bebel, Aus meinem Leben", drei Teile in einem Bande. Ganzleinen gebunden, zum Preise von 8,50 Mk. — Organisationspreis für Parteimitglieder 6.75 Mk. — gegen Nachnahme — auf Buchkarte zahlbar in 4 Raten alle 14 Tage. (Nicht Zutreffendes streichen)

Name..... Beruf.....

Adresse .....

Schweres Eisenbahnunglück in Rumänien

9 Tote, 7 Schwerverletzte

Bukarest, 14. Aug. (Drahtmeldung.) Ein folgenschweres Eisenbahnunglück ereignete sich heute vormittag auf der Station Seceleanu der Eisenbahnstrecke Constanza—Bukarest. Infolge fehlerhafter Weichenstellung wurden die bei Seceleanu sich kreuzenden Schnellzüge auf dasselbe Gleise geleitet und prallten gegeneinander. Nach den bisher vorliegenden Meldungen hat der Zusammenstoß neun Tote und sieben Schwerverletzte gefordert. Hilfszüge mit Arbeitern für die Freischaffung der Strecke sind von hier ausgefahren.

Ueber 30 Bergleute verschüttet

Princeton (Britisch-Columbia), 14. Aug. (Drahtmeldung.) Im Coalmont-Bergwerk ereignete sich in später Nachtstunde eine Explosion, wobei ein Bergmann getötet und mehr als 30 verschüttet würden.

Das Grubenunglück in Britisch-Kolumbia

Merritt (Britisch-Kolumbia), 14. August. Von den im Coalmont-Bergwerk bei Princeton infolge einer Explosion verunglückten Bergleuten sind bisher drei als Leichen geborgen worden. Eingeschlossen sind noch 40 Bergleute, an deren Rettung fieberhaft gearbeitet wird.

Französisches Militärflugzeug brennend abgestürzt

Paris, 14. Aug. (Drahtmeldung.) Ein Militärflugzeug ist gestern nachmittag bei Saury sur Nied in Lothringen brennend abgestürzt. Die beiden Insassen kamen ums Leben.

Neuer Flugrekord für die Ueberquerung des amerikanischen Kontinents

Neuyork, 13. Aug. (Drahtmeldung.) Der Fliegerhauptmann **Hawks** hat den Rekord des Oberst Lindbergh für die Ueberquerung des amerikanischen Kontinents von Westen nach Osten um zwei Stunden zwanzig Minuten unterboten.

Tödlicher Unfall eines österreichischen Flugzeugführers

Innsbruck, 14. Aug. (Drahtmeldung.) Das österreichische Flugzeug „Brachvogel" mit dem Flugzeugführer Rubritius ist auf dem Fluge von Innsbruck nach Zürich heute nachmittag in der Nähe von Weiler (Bayern) aus bisher noch unbekannter Ursache verunglückt. Der Flugzeugführer und die Fluggäste, der Amerikaner Edwards und der Schweizer Rieben, wurden verletzt und ins Krankenhaus nach Weiler gebracht. Der Flugzeugführer ist dort seinen Verletzungen erlegen.

„R 100" fliegt nach England zurück

Montreal, 13. Aug. (Drahtmeldung.) Das Luftschiff „R 100" ist um 9.28 Uhr abends (Sommerzeit) auf dem Montrealer Flugplatz St. Hubert zum Rückflug nach England gestartet.

Der Brand auf dem englischen Tankdampfer „Camillo"

Hamburg, 14. Aug. (Drahtmeldung.) Der englische Tankdampfer „Camillo", auf dem gestern nachmittag während seiner Ausreise von Hamburg nach Fayal auf der Unterelbe ein Brand im Bunkerraum entstanden war, ist kurz vor Mitternacht mit Hilfe von drei Homburger Schleppdampfern in den hiesigen Hafen zurückgekehrt. Der Besatzung der drei Schleppdampfer ist es in Zusammenarbeit mit der Besatzung des Tankdampfers in mehrstündigen Bemühungen gelungen, den Brand zu löschen, indem Maschinenraum und Bunker unter Wasser gesetzt wurden, so daß das von Hamburg herbeigerufene Feuerlöschboot nicht in Tätigkeit zu treten brauchte. Personen sind bei dem Brand glücklicherweise nicht verletzt worden. Der an Bord des Dampfers entstandene Schaden ist sehr beträchtlich.

Die Affäre Schade in Lübben

Lübben, 14. August. Die amtliche Untersuchung über den tragischen Selbstmord des Dienstmädchens Gertrud Schade, die bekanntlich wegen angeblicher Unterschlagung von 100 Mark verhaftet worden war und sich aus Gram darüber das Leben nahm, hat jetzt zu der Suspendierung des Hauptwachtmeisters May geführt, der für die Festnahme und die Behandlung des Mädchens verantwortlich gemacht wird. Außer dem Disziplinarverfahren ist noch ein strafrechtliches gegen den Wachtmeister angestrengt, durch das klargestellt werden soll, ob er durch die zu Unrecht erfolgte Festnahme des Mädchens sich einer strafbaren Handlung schuldig gemacht hat. Bei der Staatsanwaltschaft Kottbus läuft nebenher noch immer das Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt wegen des Diebstahls der 100 Mark. Eine Reihe von Zeugen ist bereits vernommen worden. Das abschließende Resultat steht jedoch noch aus.

Todesfall infolge spinaler Kinderlähmung

Waldshut (Baden), 14. August. In Dogern (Oberbaden) wurde ein Fall spinaler Kinderlähmung festgestellt, der tödlich verlaufen ist.

Schweres Unwetter über Poggioreale

Viele Tote und Verletzte.

Neapel, 14. August. Bei einer Wetterkatastrophe in Poggioreale sind nach den bisherigen Feststellungen vier Personen getötet und 70 verletzt worden. Die meisten Opfer hat der Einsturz einer drei Meter hohen und 50 Meter langen Fabrikmauer gefordert. Die Feuerwehr ist noch mit den Aufräumungsarbeiten beschäftigt. Man befürchtet, daß sich unter den Trümmern noch weitere Menschen befinden.

Neue Schiffskatastrophe in China

Tsinan, 14. August. An der Küste von Schantung stießen zwei chinesische Dampfer zusammen. Ein Dampfer sank, 70 Passagiere und sieben Mitglieder der Besatzung werden vermißt.

Sturz aus dem D.-Zug

Berlin, 13. Aug. (Eig. Meldung.) Die bei der Station Muldenstein aus dem D-Zug Stuttgart—Berlin gestürzte 28jährige Käthe Simon, eine Berliner Krankenschwester, ist nicht, wie es anfänglich den Anschein hatte, lebensgefährlich verletzt worden, sondern in dem Krankenhause in Bitterfeld, wohin sie gebracht worden war, haben sich ihre Verletzungen als ziemlich leicht herausgestellt, obwohl der Zug an der Unglücksstelle eine Geschwindigkeit von 90-Std.-Kilometern hatte. Die Nachforschungen in dem Eisenbahnabteil haben eine Morphiumspritze und ein Fläschchen mit Morphium zu Tage gefördert, so daß es nicht für ausgeschlossen gehalten wird, daß Frl. Simon sich im Morphiumrausch aus dem Zuge gestürzt hat.

Bist du nicht willig, so brauch' ich Gewalt!

Madrid. Es gibt wohl immer Menschen, die zu ihrem Glück gezwungen werden wollen. Die entsetzte Mama, die ihrem überraschten Kinde gute Miene zum bösen Spiel machend ihren Segen gleich samt Schwiegersohn gibt, ist ein gar zu landläufiges Beispiel für solche Art zarten Zwanges in die Fesseln der Ehe. (Und unsere naseweise Zeit hat es sich allmählich abgewöhnt, solcher Ueberraschung die weiteren Wünsche des männlichen Lebens zum Opfer zu bringen. „Bedaure sehr! Habe nicht gewußt, daß in Ihrem Hause so strenge Sitten . . . ." ist dem zum Rückzug blasenden Jüngling geläufig geworden). Selbst in Spanien, wo noch vor kurzem der Pater hinter dem Wandschirm ein gegen widerspenstige Junggesellen oft in den Kampf geführtes Requisit mütterlicher Ehetaktik war, beginnen sich die Sitten zu ändern. Nicht gerade zur Freude der heiratslustigen Damen und ihrer Familien. Was Wunder, wenn dann unter dem Regiment der neuen Zeit alle Waffen angewandt werden, um wenigstens den schon fast in den Käfig bugsierten Löwen wirklich festzuhalten?

Ein kleines Nest in der Provinz Saragossa. Juan, ein stolzer Jüngling von 23 Jahren, und Mercedes, eine Jungfrau von 19 Lenzen, haben nach längerem Geplänkel beschlossen, den Kampf ernsthaft aufzunehmen. Sie haben sich verlobt. Die Brautgeschenke sind ausgetauscht, die Wohnung für das künftige Paar ist hergerichtet, Tag und Stunde der Trauung sind bestimmt. Orgelton hallt durch die Kirche. Das ganze Dorf und die Vertreter der Nachbargemeinden warten auf das Brautpaar. Endlich erscheinen die beiden, ziehen feierlich in die Kirche ein. Knien am Altar. Der Pfarrer beginnt mit den Formeln der Trauung und findet herzliche Worte für die Kinder seiner Gemeinde, die er schon selbst getauft, deren ganzen Lebensweg er mit seinem gütigen Auge bewacht hat. Dann stellt er die schicksalsschwere Frage. Fragt, ob sich Juan und Mercedes fürs Leben verbinden wollen. Juan schweigt. Dann entringt sich ein leises „Nein" seinen Lippen.

Der alte Pfarrer ist entsetzt. Er redet dem Bräutigam zu, seinem Versprechen nicht untreu zu werden. Seine Bemühungen werden von den Freunden unterstützt. Alle sind bestrebt, den Skandal zu vermeiden. Juan aber bleibt hart. Im letzten Moment kam ihm die Erleuchtung, daß die Gefahr zu groß ist, in die er sich begeben wollte. Er bleibt bei seinem „Nein!" Da wird den Angehörigen der Braut die Sache nun doch zu dumm. Sie sind nicht hierhergekommen, um sich zum Narren halten, ihre Familienehre in den Staub ziehen zu lassen. Wer die ehrsame Jungfrau Mercedes verschmäht, beleidigt sie alle! Also entweder oder. Und da Don Juan dem Entweder nicht nachkommen will, so holen sie die Gendarmerie, und der störrische Bräutigam, den man eben noch mit allen Ehren zum Altare geleitete, wird verhaftet und von der gestrengen Polizei abgeführt. Gar so leicht wird man sich doch einen ordentlichen Schwiegersohn nicht auskommen lassen!

So weit berichteten die Zeitungen die Ereignisse dieses Hochzeitstages. Was später daraus geworden ist, blieb leider unbekannt. Immerhin aber mag schon dies hier als Warnung gelten. Nur nicht „nein" sagen vor dem Altar oder dem Standesamt, sonst droht die vergitterte Zelle. Wer sein Glück nicht selbst ergreift, muß eben dazu gezwungen werden.

Vier Frauen als Straßenräuber

Berlin, 14. Aug. (Eig. Meldung.) Ein in der Kriminalgeschichte Berlins bisher einzig dastehender Raubüberfall ist in der vergangenen Nacht im Nordosten Berlins verübt worden. An der Ecke Münzberger- und Palisadenstraße wurde gegen zwei Uhr nachts ein Kaufmann von vier Frauen, die ihn eine Zeitlang verfolgt hatten, überfallen, niedergeschlagen und seiner Brieftasche mit über 100 RM Inhalt beraubt. Die vier Frauen ergriffen dann die Flucht und entkamen.

Acht Todesopfer des Clarenthaler Grubenunglücks

Saarbrücken, 14. Aug. (Drahtmeldung.) Von den bei dem Grubenunglück in Clarenthal verletzten 13 Personen sind gestern wiederum zwei gestorben, so daß sich die Zahl der Todesopfer auf acht erhöht.



Roman von Frank Arnau

66) (Fortsetzung)

Der Transportarbeiter Flügel wendet sich an seinen Freund: „Was frägste noch? Der Herr Doktor muß es doch wissen, wo er doch Juscha Lehner behandelt hat."

„Ja. Nun gehen Sie schon. Es sind noch mehr Leute in der Sprechstunde."

Der Transportarbeiter nimmt plötzlich eine weniger demütige Haltung ein als bisher:

„Jawohl, Herr Doktor, wir können jetzt gehen. Wir wissen ja, was wir von Ihnen wissen wollten!"

Dr. Berolsheimer tritt einen Schritt zurück:

„Was soll das heißen?"

„Das soll heißen, daß Sie soeben eingestanden haben, bei Juscha Lehner den Eingriff gemacht zu haben, an dessen Folgen das Mädchen gestorben ist. Ich bin der Kriminalkommissar Metzger und ersuche Sie, mir ohne Aufsehen zu folgen!"

Dr. Berolsheimer lehnt regungslos an der Wand. Daß Juscha Lehner ihren Schritt mit dem Leben bezahlen mußte, das wußte er. Dr. Leo Jakobsohn hatte ihn noch am gleichen Tage aufgesucht und ihm Mitteilung von dem Unglück gemacht. Der Arzt war sich nicht bewußt, irgend etwas versehen zu haben; es war ihm klar, daß nicht der Eingriff selbst an der Katastrophe die Schuld tragen konnte. Aber Dr. Berolsheimer hatte trotzdem starke Gewissensskrupel gefühlt; er hätte den Fall nicht übernehmen dürfen. Er war ja auch nur Jakobsohn zuliebe darauf eingegangen. Und nun war er auf eine so plumpe Weise von dem Kriminalkommissar und seinem Helfer übertölpelt worden! Im Augenblick war er sich darüber klar, daß man ihm die Worte, die er unbesonnen gesprochen, als ein Eingeständnis auslegte. Er hatte sich gedankenlos selbst ausgeliefert!

Erledigt, — dachte er. Da is nichts mehr zu machen!

Der Kriminalkommissar hatte inzwischen die Tür zum Wartezimmer geöffnet und rief hinaus:

„Heute wird nicht mehr ordiniert — Herr Dr. Berolsheimer ist verhindert. Gehen Sie nach Hause!" Dann wandte er sich an den Arzt: „Ich hoffe, Herr Doktor, daß Sie sich in die Situation finden — ich muß Sie verhaften!"

Zwei Minuten später schritt Dr. Berolsheimer zwischen dem Kommissar und seinem Helfer auf die Straße.

Die Gerechtigkeit hatte ein weiteres Opfer.

Drittes Kapitel

Polizeibericht. Der praktische Arzt Dr. med. Hugo Berolsheimer wurde unter dem Verdacht gewerbsmäßiger Kindsabtreibung verhaftet. Die Verhaftung steht im Zusammenhang mit einem in den letzten Tagen erfolgten Todesfall im Tiergartenviertel. Um die Ausforschung des Angeschuldigten hat sich der Kriminalkommissar Metzger ganz besondere Verdienste erworben.

An diese Notiz, die in allen Morgenblättern erschien, wurden — je nach der Parteistellung — entsprechende Kommentare angehängt. Für die Rechtspresse war der Anlaß gegeben, wieder einmal für das „keimende Leben" einzutreten und mit dem Brustton der Ueberzeugung gegen jene loszudonnern, die für die Aufhebung des § 218 eintraten. In einem halben Dutzend von Variationen wurde der Satz abgewandelt, daß das Leben heilig sei, und mit Entrüstung darauf hingewiesen, daß sogar unter den Aerzten eine sehr laxe Auffassung moralischer Notwendigkeiten herrsche. Von dem „armen Opfer unsauberer Praktiken" war die Rede, von zwei Leben, die hingemordet worden waren. Das Blatt, das Adolf Baumann bediente, war natürlich in der Lage, als erstes den ausführlichen Spezialbericht über den Fall zu bringen, ganz groß aufgemacht, mit dicken Schlagzeilen und Unterüberschriften. Von der Tätigkeit eines sehr geschickten Amateurdetektivs war andeutungsweise die Rede — Baumann hatte sich das nicht verkneifen können angesichts des Lobes, das dem Kommissar im Polizeibericht ausgesprochen worden war und angesichts der Tatsache, daß er für seine Tätigkeit nur einen Hundertmarkschein entlohnt erhielt, — was ihm zu wenig schien.

Die Kommentare der Linkspresse waren weniger umfangreich, doch wurde mit großer Entschiedenheit darauf hingewiesen, daß nur das Fortbestehen des § 218 zu Tragödien wie im Falle der Juscha Lehner, — der Name war von findigen Reportern sofort herausgebracht worden, — führen könne. Müßten diese Dinge sich nicht in aller Heimlichkeit abspielen, würde wesentlich weniger Unglück geschehen.

Bedeutung hatten diese Kommentare natürlich keine, denn die sogenannte „öffentliche Meinung" ist, — von wenigen besonderen Fällen abgesehen, — nichts weiter als Futter für die lieben Leser. In dem vorliegenden Falle konnten sich einige Tausend alter Jungfern beiderlei Geschlechts über die moralische Verderbtheit entrüsten — der Rest ging zur Tagesordnung über. Denn es muß schon ganz dick kommen, bis die Oeffentlichkeit einmal wirklich Stellung zu einer wichtigen Frage nimmt. Und wenn — ist es meist eine ohne Belang. — —

Dr. Berolsheimer wurde im Laufe des Vormittags dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Der Landgerichtsrat Göhring, der diesen Fall bearbeitete, — er führte auch die Untersuchung gegen Else Merten, Lutz Fink und Frau Mühlmann, — war ein sogenannter kordialer Richter, das heißt, er legte Wert darauf, freundliche Umgangsformen zu zeigen, und eine leicht-fröhliche Ueberlegenheit gegen die Angeschuldigten an den Tag zu legen. Dazu stimmte sein Aeußeres; die in Fett gebetteten Aeuglein, die etwas angerötete Nase, der von einem dicken Schnurrbart halb verdeckte Mund machten zusammen einen freundlichen und wohlwollenden Eindruck. Und außerdem wußte der Landgerichtsrat seinem Baß eine angenehme Färbung zu geben, die auch auf den verstocktesten Sünder selten ohne Wirkung blieb.

Dr. Berolsheimer stand also vor dem Untersuchungsrichter. Er hatte keine angenehme Nacht hinter sich, denn er wußte genau, was ihm bevorstand; daß er sich aus dem Räderwerk der Justizmaschine nicht mehr würde retten können. Er wußte auch, daß Leugnen ihm gar nichts helfen konnte. Trotzdem war er entschlossen, sich mit aller Schärfe zur Wehr zu setzen.

Der Landgerichtsrat betrachtete eindrucksvoll das Protokoll des Kriminalkommissars Metzger und die Papiere, die bei Dr. Berolsheimer beschlagnahmt worden waren; dann warf er einen freundlich-wohlwollenden Blick auf den Arzt, der blaß und übernächtig vor ihm stand.

„Herr Dr. Hugo Berolsheimer, geboren 9. Mai 1900 in Berlin", dann, etwas betonter, „konfessionslos, — ledig, praktischer Arzt — stimmen die Personalien?"

Dr. Berolsheimer bejahte.

(Fortsetzung folgt.)

Ein Charakter

Ein kommunistischer Berichterstatter als Giftmörder

Weimar, 14. August. (Eig. Drahtbericht.) Auf dem Prahnberg bei Gotha wurde in einem Walddickicht die Leiche Frieda Hildebrandts aufgefunden. Die ärztliche Untersuchung ergab, daß der Tod durch Zyankali erfolgt war. Als Täter wurde der Kommunist Hans Wolff-Gotha verhaftet, der auch bereits eingestanden hat, daß er das Gift von einem Freunde vor einigen Wochen erhalten hat, um angeblich einen Hund damit zu töten. Wolff hat auch bereits zugegeben, daß er sich mit Frieda Hildebrandt an der bezeichneten Stelle, wo die Leiche aufgefunden wurde, niedergelassen habe, wo das Mädchen dann das Gift zu sich nahm und nach einem heftigen Todeskampf verschieden sei. Nur bestreitet Wolff, daß er dem Mädchen das Gift beigebracht hat. Das Mädchen stand im sechsten Monat der Schwangerschaft. Wolff wurde vom thüringischen kommunistischen „Volksfreund" als Berichterstatter beschäftigt, war eifriger Funktionär der KPD., leitete eine Zeit lang die „Antifa" der KPD. und später die kommunistische Jugendgruppe. Wolff hat bereits für drei uneheliche Kinder zu sorgen, er mußte von der Hildebrandt das vierte erwarten und hatte auch bereits seit Monaten wieder neuen Verkehr mit einem anderen Mädchen.

Neu-Bentschen

Neuer Grenzpersonenbahnhof

Neu-Bentschen, 14. Aug. (Drahtmeldung.) Die Inbetriebnahme des Grenz-Personenbahnhofs Neu-Bentschen, der auf Grund des Versailler Vertrages gegenüber dem an Polen abgetretenen früheren deutschen Knotenpunkt Bentschen errichtet werden mußte, um die durch die Grenzziehung zerschnittenen Linien Posen—Landsberg—Bentschen und Leipzig—Guben—Bentschen wieder in einem Punkt zusammenzufassen, ist heute nacht glatt verlaufen. Um 4,30 Uhr heute morgen lief fahrplanmäßig auf dem Ostbahnsteig der Ostpreußen-Schnellzug D 250 ein, dem auf dem Westbahnsteig der Zug Meseritz folgte.

Der Streik in Frankreich

Leichte Entspannung in der Metallindustrie

Paris, 14. August. (Eigener Drahtbericht.) Den Verdrehungen und Provokationen der Scharfmacher aus dem Arbeitgeberlager, vor allem des Direktors des Textil-Konsortiums, Ley, der noch am Mittwoch erklärt hat, der Streik könne gut und gerne noch weitere 14 Tage dauern, traten am Donnerstag die Gewerkschaften in einem offenen Brief entgegen, der selbstverständlich von den meisten bürgerlichen Blättern verschwiegen und nur vom sozialistischen „Soir" veröffentlicht wurde. In diesem Schreiben erklären die Gewerkschaften nochmals klipp und klar, daß sich der Streik in keiner Weise gegen das Sozialversicherungsgesetz richtet.

Seit Jahren bereits hätten die Gewerkschaften eine Anpassung der Löhne an die Lebenskosten des nördlichen Reviers vom Textil-Konsortium gefordert. Seit Jahren habe Herr Ley alle diesbezüglichen Briefe und Eingaben unbeantwortet gelassen. So auch bei der letzten Erhöhung des amtlichen Lebenskosten-Index am 24. Juni d. J. Als aber Herr Ley genau einen Monat später seine berüchtigte Treue-Prämie, die eine direkte Verletzung des Prinzips der Freiheit der Arbeit und ein Versuch zur Demoralisierung der gewerkschaftlichen Solidarität darstellt, gegen den Willen der Arbeiterschaft in den Werken des Konsortiums einführte, da griff die Arbeiterschaft zum letzten gewerkschaftlichen Mittel, zum Streik.

Im Gegensatz zu der weiter sehr gespannten Lage in der Textil-Industrie ist im Metallgewerbe eine leichte Entspannung eingetreten. Die Metallgewerkschaften haben beschlossen, die ihnen übermittelten Kompromißvorschläge zum 1. August näher zu prüfen. Für die Finanzierung der Streikkasse werden in den Ortschaften des Nordens alle Anstrengungen gemacht. So haben die Gemeinden von mehreren kleinen Städten um Lille namhafte städtische Kredite für die Familien der Streikenden bewilligt.

Das englische Bergbaugesetz

vor dem Bergarbeiterkongreß

London, 14. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Der Bergarbeiterkongreß beschäftigte sich am Mittwoch und Donnerstag ausschließlich mit dem vom Parlament angenommenen Bergbaugesetz und den dazu gestellten Verbesserungsanträgen. Eine Minderheiten-Entschließung, die indirekt ein Mißtrauensvotum gegen die Arbeiter-Regierung und gegen die jetzige Exekutive der Bergarbeiter-Gewerkschaften bedeuten würde und die vom früheren Präsidenten der Organisation, Smith, befürwortet und von Cook bekämpft wurde, wurde von einer Zweidrittelmehrheit des Kongresses nach zweitägiger Debatte abgelehnt.

Der Aufstand in China

Eine geschlossene kommunistische Bewegung

Eine amtliche Meldung der chinesischen Zentral-Regierung gibt nunmehr zu, daß der Aufstand in Süd- und Mittel-China eine einzige geschlossene kommunistische Bewegung darstellt, die nach den Weisungen einer kommunistischen Zentralstelle vorgeht. Als Ziel des Aufstandes werden bezeichnet: Beseitigung der Generäle und der Zentralregierung, Einführung des Sowjet-Systems in ganz China. Während sich die Generäle bekriegten, hat sich unter der Sowjetfahne eine Bauernrevolution größten Stiles gegen sie alle zusammen erhoben. Diesmal bilden die Bauern den Kern der Bewegung, die die Sowjet-Emissäre für ihre Zwecke auszunutzen suchen. Am 26. Juli eroberten die Aufständischen die Stadt Tschangtscha. Die Zentralregierung erließ Beruhigungserklärungen. Jetzt endlich gesteht sie den Ernst der Lage zu.

Die Kommunistenpresse jubelt, aber wenn der Aufstand vom weißen Schrecken abgelöst werden wird, wird Moskau mit allen seinen Sendboten, die mit dem Unglück eines entsetzlich leidenden Volkes spielen, alle Schuld wieder von sich abzuwälzen versuchen.

Die englische Kirche für den Frieden

London, 14. August. (Eig. Drahtbericht.) Die seit fünf Wochen unter Ausschluß der Oeffentlichkeit tagende britische Kirchenkonferenz, an der sämtliche Bischöfe der anglikanischen Kirche teilnahmen, hat ihre Arbeiten beendet. Aus den jetzt auf dem Konzilium gefaßten Beschlüssen verdient hervorgehoben zu werden eine Entschließung, die alle Angehörigen der Kirche auffordert, jeden Krieg zu verdammen und sich ihm zu widersetzen, wenn ihn nicht vorher die britische Regierung durch ein internationales Schiedsgericht zu verhindern versucht hat.

Der Krieg, so heißt es in der Enzyklika, stehe im Widerspruch mit dem Geist und der Lehre Christi und die Kirchen aller Nationen sollten es ablehnen, ihn als Mittel zum Austrag internationaler Streitigkeiten anzuerkennen oder zu unterstützen. Damit stellt sich die anglikanische Kirche völlig auf den Boden des Völkerbundes und der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit. Ferner betrachtet die Kirche die gegenwärtige Höhe der Bewaffnung der Nationen als eine Gefahr für den Frieden und fordert die Staaten auf, durch internationale Abmachungen die Abrüstung zu fördern.

Nur wer die Macht der englischen Kirche kennt, begründet auf das tiefe, das gesamte öffentliche und private Leben des englischen Volkes durchdringende religiöse Gefühl, nur der ermißt die Bedeutung dieses Kirchenbeschlusses für die englische und damit zugleich für die internationale Friedensbewegung. Ein zweiter und ein dritter bedeutsamer Beschluß der Bischofskonferenz sind die grundsätzliche Bejahung der Geburten-Beschränkung und die Zulassung unschuldig geschiedener Eheleute zur Kommunion. Die beiden letzten Tatsachen werden Mißbehagen und Kritik unter den Frommen innerhalb und außerhalb Englands hervorrufen. Die Bischöfe verteidigen sich jedoch schon im voraus, indem sie erklären, die Kirche dürfe nicht außerhalb des Lebens und der Zeit stehen und nicht an der Not der Volksmassen vorbeigehen. Luxus, Selbstsucht oder Gewohnheit seien kein Grund, die Kinderzahl zu beschränken, wohl aber die soziale Not. Die entsprechende Entschließung wurde mit 193 gegen 67 Stimmen angenommen. 43 Bischöfe enthielten sich der Abstimmung.

Die Regierung vor der Verantwortung

Das Preissenkungsgutachten des Reichswirtschaftsrates

Als sich die Reichsregierung im Rahmen der Notverordnungen ein verschärftes Kartellgesetz schuf, angeblich, um etwas gegen den Kartellwucher zu unternehmen, hätte man annehmen müssen, daß sie sich vorher über die Gründe allgemeiner Art für diesen Schritt im Klaren sei und daß sie nun unverzüglich zur Förderung der Krisenüberwindung wichtige Einzelfälle des Eingriffs in unsoziale Preisbindungen herausgreifen und dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung und zur Ermöglichung schneller Eingriffe vorlegen würde. Es kam aber anders. Die Reichsregierung brauchte offenbar Zeit, um sich darüber klar zu werden, ob nun auf Grund ihrer Notverordnung etwas geschehen solle oder ob es für die Wahl schon genüge, wenn die erweiterten Vollmachten auf dem Papier ständen. So legt die Regierung dem Reichswirtschaftsrat zunächst keine Einzelfälle vor, in denen sie Eingriffe plant, sondern eine Reihe von allgemeinen Vorfragen von zum Teil recht theoretischer Natur.

Die erste nach dem Stand der Kartelldebatte besonders überflüssige Frage der Reichsregierung geht dahin, ob es notwendig erscheine, bis zur Ueberwindung der krisenhaften Zustände auf Preisbindungen jeder Art zu verzichten. Die zwangsläufige Aufhebung sämtlicher bestehender Preisbindungen ist auch von sozialdemokratischer Seite niemals gefordert worden. Es war daher eigentlich ganz selbstverständlich, daß der Reichswirtschaftsrat zu dem Gutachten kam, daß eine allgemeine plötzliche Beseitigung sämtlicher Preisbindungen mit Gefahren verbunden wäre, die Verschärfungen der gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten herbeiführen könnten und daß es deshalb nicht zu empfehlen sei, nun in der Form einer Eisenbart-Kur sämtliche Preisbindungen für gesetzwidrig zu erklären.

Die zweite Frage der Reichsregierung bezieht sich zunächst auf die ausdrückliche Aufhebung von Preisbindungen auf solchen Gebieten, auf denen die festgesetzten Preise in erheblichem Umfang an sich nicht mehr eingehalten werden. Auch in der Beantwortung dieser Fragen herrscht Einmütigkeit, daß in Wirklichkeit überholte Preisbindungen, die nur noch zu einer willkürlichen Benachteiligung schwächerer Käufer und zu einer Verwirrung in der Kenntnis des Marktes führen müssen, beseitigt werden müssen. Der Reichswirtschaftsrat appelliert zunächst an die Kartelle selbst, derartig überholte Preisbindungen auch formal zu beseitigen oder aufzuheben. Er betont aber ausdrücklich, daß es bei dem Appell nicht bleiben solle und daß nötigenfalls ein Eingriff der Reichsregierung in diesem Falle berechtigt und wünschenswert wäre.

Von entscheidender Bedeutung ist der zweite Teil der zweiten Frage, der dahin geht, ob es sich empfiehlt, in den einzelnen Fällen die Bindungen auf unangemessene Höhe (volkswirtschaftlich nicht berechtigte Preise und Preisspannen) aufzuheben. Diese Frage bejaht der Reichswirtschaftsrat. Er erklärt, daß es nach sorgfältiger Prüfung des Einzelfalles erwünscht wäre, derartig schädliche Preisbindungen durch Anwendung der Vollmachten der Regierung zu beseitigen. Er fordert weiter, daß mit möglichster Beschleunigung Klarheit über die von der Reichsregierung auf dem Gebiete der Preisbindungen zu treffenden Maßnahmen im einzelnen herbeigeführt werde. Er richtet, offenbar um aus der theoretischen Diskussion herauszukommen, an die Regierung die Bitte, ihm sobald als möglich diejenigen Fälle mitzuteilen, an denen sie auf Grund der ihr zur Verfügung stehenden Unterlagen eine unwirtschaftliche Hochhaltung gebundener Preise zu sehen glaubt, damit er in die Lage versetzt wird, die Regierung bei den in Aussicht zu nehmenden Maßnahmen zu beraten.

Die Regierung trägt nach dieser Aeußerung des Reichswirtschaftrates die volle Verantwortung dafür, ob die Behandlung der wichtigen Kartellfragen im einzelnen nun unverzüglich in Angriff genommen wird, oder ob sie einer weiteren Verschleppung Vorschub leistet. Wenn nun nicht die Initiative ergriffen wird, von den Vollmachten Gebrauch zu machen, die man sich zur Abwehr eines Notstandes glaubte durch Notverordnung sichern zu müssen, dann wird es die Regierung sich gefallen lassen müssen, daß man ihre ganzen Aktionen nicht ernst nimmt, sondern als ein Wahlmanöver betrachtet.

Die dritte Frage der Reichsregierung bezieht sich auf die allgemeine Aufhebung der Preisbindungen von Angehörigen der nächsten Wirtschaftsstufen, also zum Beispiel der Preisbindungen von Angehörigen des Einzelhandels durch die Produzenten oder den Großhandel und im besonderen auf die Preisbindungen dieser Art für Markenartikel. Das Gutachten des Reichswirtschaftsrates hält auch hier eine ganz allgemeine Entscheidung nicht für möglich und fordert die Vorlegung von Material für die Einzelentscheidungen über die Abstellung von Mißständen, die durch derartige Bindungen hervorgerufen werden.

Man ist nunmehr im Reichswirtschaftsrat zu einer einheitlichen Stellungnahme, die wie gesagt, in erster Linie die Initiative der Regierung für Einzeleingriffe fordert, gelangt. Bei der Frage der Preisbindungen für Markenwaren scheiden sich die Geister. Hier handelt es sich um eine so ungeheure Fülle von Einzelfällen, daß die Verweisung auf einzelne Untersuchungen allein nichts anderes als eine Verschleppung auf unbestimmte Zeit bedeuten würde. Da nun ein Teil der Mitglieder des Reichswirschaftsrates, und zwar die Mehrheit im wirtschaftspolitischen Ausschuß, der Meinung ist, daß die Nachteile, d. h. die Preishochhaltungen, die durch die Preisbindungen von Markenwaren auf dem Markte der wichtigsten Bedarfsartikel bestehen, sehr bedeutsam seien, hat er der Regierung empfohlen, auf Grund ihrer Vollmachten die Preisbindungen der Verkäufer für Lebens- und Genußmittel, die in der Form der Markenwaren vertreten sind, allgemein aufzuheben und auch alle Rechtsbehelfe anzuwenden, um Umgehungen dieser Anordnungen, wie sie etwa durch Weiterlieferungsverbote, durch Sperren oder ähnliche Einwendungen versucht werden könnten, nachdrücklich entgegen zu treten. Darüber hinaus wünsche natürlich auch die Mehrheit, die im Interesse eines beschleunigten wirksamen Eingriffes die vorläufige Herausnahme der Lebens- und Genußmittel empfiehlt, daß durch Einzeluntersuchungen anderer Marktgebiete festgestellt wird, inwieweit das Verbot der Preisbindung für Markenartikel über das Gebiet der Lebens- und Genußmittel hinaus auszudehnen ist. Die Minderheit, die sich der Forderung nach sofortigem Handeln auf diesem Gebiete nicht angeschlossen hat, will auch auf dem Gebiete der Markenwaren sich mit Einzeluntersuchungen begnügen

Die Vertreter der Gewerkschaften im Reichswirtschaftsrat haben gut daran getan, trotz allem Mißtrauen gegen den Willen der gegenwärtigen Reichsregierung etwas ernsthaftes zu tun, sich auf ein Vorwärtsdrängen zu praktischen Maßnahmen einzustellen, die den Prozeß des Preisabbaues fördern und der Krisenüberwindung dienen sollen. Wir wissen, daß es nur der Druck der breiten Massen des Volkes auf Grund der Forderungen der Sozialdemokratie sein kann, der die Regierung Brüning zu veranlassen vermag, auf diesem Gebiete aktiv zu werden. Umsomehr wollen wir diesen Druck im Interesse einer sachlichen Wirtschaftspolitik ausüben. Jetzt gilt es zu zeigen, ob in der Regierung die Bereitschaft zur Tat besteht, oder ob sie nur ein Wahltheater auf dem Kartellgebiet aufführen will.

Das Neueste

Reichskabinett und Finnenvertrag

Berlin, 15. Aug. (Eig. Drahtber.) Wie die Deutsche Tageszeitung mitteilt, dürften endgültige Beschlüsse in der Frage der Kündigung des deutschfinnischen Handelsvertrages einer weiteren Kabinettssitzung vorbehalten bleiben, die im Laufe des Freitags stattfinden soll. — Zu den gestrigen Kabinettsberatungen bemerkt der Börsenkurier: Man will in Regierungskreisen einen Weg finden, der es ermöglicht, ohne Verletzung des Zollwaffenstillstandes, der eine einjährige Kündigungssperre für Handelsverträge vorsieht, die Wünsche der Landwirtschaft zu berücksichtigen. Es hat den Anschein, als ob die Regierung erst alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpfen will, ehe sie sich zu dem folgenschweren Schritt der Kündigung entschließt.

Auch das Berliner Zentrum für Wahlrechtsreform

Berlin, 15. August. (Eigene Drahtmeldung.) In der gestrigen Delegiertenversammlung der Wahlkreise Berlin und Teltow-Charlottenburg der Zentrumspartei wurde folgender Antrag angenommen: Die Zentrumspartei des Wahlkreises Berlin und Teltow-Charlottenburg erwartet von ihren Vertretern im Reichstag, daß sie sich mit starker Aktivität für eine sofortige Reform des Reichstagswahlrechtes einsetzen in der Richtung der engsten Verbindung zwischen Wählern und Gewählten.

3000 Menschen ertrunken

23 chinesische Städte überschwemmt

Peking, 14. Aug. (Eig. Drahtber.) **In der nordchinesischen Provinz Pe Chili haben Wasserfluten 23 Städte überschwemmt. Zwölf Meilen Eisenbahnzone wurden weggeschwemmt.** 3000 **Menschen sind ertrunken, da alle Zufuhrstraßen unterbrochen sind. Es wüten Krankheit und Hunger in dem überschwemmten Gebiet.**

25 Tage in der Luft

St. Louis, 14. Aug. (Drahtmeldung.) Die beiden Flieger Jackson und O. Brien, die bereits gestern nachmittag den kürzlich von den Brüdern Hunter in Chikago aufgestellten Dauerflugrekord von 584 Stunden überboten hatten, begannen heute mittag ihren 25. Flugtag.

Billige Lebensmittel

Frisches Fischfilet Pfund 36 ₰
Margarine 1-Pfund-Paket 42 ₰
Palmfett 1-Pfund-Platte 45 ₰
Frische Landbutter Pf. 1.40
Feine Molkereibutter Pfund 1.60
Salat-Oel Liter 65 ₰
Erdnuß-Oel Liter 82 ₰
Himbeersaft Liter 1.45

Feine Leberwurst . . . . . Pfund 0.95 **0.50**
Rotwurst . . . . . Pfund 0.95 **0.50**
Sülzwurst . . . . . Pfund **0.85**
Polnische . . . . . Pfund **1.00**
Fleischwurst . . . . . Pfund **1.10**
Feiner Aufschnitt . . ¼ Pfund 0.60, 0.50 **0.40**

Thüringer Stangenkäse . . . Stück **0.10**
Mainzer Käse . . . . . Rolle = 6 Stück **0.12**
Kochkäse 1-Pfund-Dose **0.50**
Tilsiter halbfett . . . . . Pfund **0.65**
Holländer Käse vollfett . . . . . Pfund **0.85**
Prima Schweizer Käse . . . Pfund **1.25**

Eierschnittnudeln . . . . . Pfund **0.50**
Eiersuppeneinlagen . . . . . Pfund **0.50**
Puddingpulver . . . . . Pfund **0.38**
Kaiserauszugsmehl . . 5-Pfund Beutel **1.25**
Sultaninen . . . . . Pfund 0.60, 0.48 **0.42**
Kakao garantiert rein . . . . . Pfund 0.95 **0.65**

Kaffee

frisch gebrannt, Kostproben gratis
Pfund 3.40, 3.20, 3.00, 2.95, 2.80, 2.20 **1.95**
Plattenzucker z. Einmachen 2-Pfund-Platte **0.72**
Kornkaffee . . . . . Pfund **0.23**
Malzkaffee . . . . . Pfund **0.24**

Große Bohnen . . . . . 1/1 Dose **0.72**
Gemischtes Gemüse . . . . . 1/1 Dose **0.78**
Stangenspargel 50/60 . . . . . 1/2 Dose **1.00**
Brechspargel mittel . . . . . 1/2 Dose **1.00**
Erdbeer-Konfitüre 1-Pfund-Glas **0.85**
Apfel-Gelee mit Himbeer 2-Pfund-Eimer **0.95**

Preise o. Glas:
Alsbergs Klaren . . . 1-Liter-Flasche **2.75**
Münsterländer Korn . . . 1-Liter-Flasche **2.85**
Alsbergs Kümmel . . . 1-Liter-Flasche **3.20**

Vom Faß:
Vermouthwein . . . . . Liter **0.95**
Griechischer Süßwein . . . Liter **0.95**
Tarragona . . . . . Liter **0.95**

Fetter Speck geräuch. eigen. Schlacht. Pfd. 88 ₰
Plockwurst . . . . Pfund **1.45**
Cervelatwurst im Fettd. Pfd. **1.50**
Nußschinken . . . . Pfund **1.60**
Frisch geschl. Hahnen Pfund **1.00**
Prima junge Suppenhühner . . . . . Pfd. **1.15**
Prima junge Masthahnen . . . . Pfund **1.40**
Geflügelklein . . . . Pfund **1.25**

Alsberg
Gelsenkirchen Akt. Ges.

Berücksichtigen Sie beim Einkauf unsere Inserenten

Heute Première des ersten
Ufa-Ton- u. Sprechfilms d. Produktion 1930/31

Lilian Harvey
Willy Fritsch

HOKUS POKUS

DER PROZESS KITTY KELLERMANN

Gustav Gründgens, Oskar Homolka, Otto Wallburg

Nach dem gleichnamigen Bühnenwerk von **Curt Götz.**

Hokus pokus ist ein Meisterwerk modernster Tonfilmkunst, eine köstliche Mischung aus Spannung, Sensation und einer tüchtigen Portion Humor — ein Augen- und Ohrenschmaus

Im tönenden Beiprogramm

Der quäkende Narr
Eine Ton-Groteske

La Plaza und Juanita
Spanischer Musikakt.

Die neueste Ufa-Wochenschau
Aufführungszeiten: 3, 5.30, 8 Uhr. Sonntags Beginn ab 2 Uhr.

Schauburg
Gelsenkirchen Telefon 27680

CAPITOL

Bahnhofstraße 53 neben Alsberg

Heute die große Premiere!

Hanns Heinz Ewers
berühmter Roman ist verfilmt worden.
Er schrieb, inspiriert vom Geiste seiner „Alraune" die Krone aller seiner Werke.

Paul Wegener
in der Rolle des unverstandenen Arztes, den ein dämonischer Zwang dazu treibt, die Richtigkeit seiner Thesen dadurch zu beweisen, daß er sich eine Frau zum Operationsobjekt aussuchte. Es entstand ein Film, der in jedem Augenblicke unsere Nerven beschäftigt.

Camilla Horn
macht die Stufenleiter, die eine vom Mann verfolgte und betrogene Frau zu durcheilen hat, sehr verständlich.

Franz Lederer
wirkt als Geliebter und Verführer durch die gefällige Art seiner Filmerscheinung.

Fundvogel

Andrea, das Findelkind (Fundvogel) die an den Männern zugrunde ging.

Sicherlich ist Fundvogel das stärkste Werk, das Ewers je geschrieben. Es werden raffinierte Schilderungen des Lebens und Beobachtungen aus dessen Nachtseiten geboten und Erkenntnisse des noch Unerforschten dargelegt.

Hierzu ein weiterer Großfilm:

Schande

(Die Geschichte des Richters Ivan).

Hier hat der Regisseur frisch hineingegriffen in den Alltag und ein ernstes Sittenerlebnis dem Leben abgelauscht. In den Hauptrollen:

Ita Rina, Carl de Vogt u. a. m.

Lustspiel - Wochenschau - Kulturfilm

Anfang: Wochentags 3 Uhr, Sonntags 2 Uhr
Letzte Vorstellung 8 Uhr.

Inserieren bringt Gewinn

Garantie-Mittel

gegen

Wanzen - Bett-Flöhe
Kakerlaken - Motten
Tod durch Vergasung

Mordio-Lucifer-Vertrieb:

Hennes & Witkop

Gelsenkirchen, nur Bahnhofstraße 77

Am 12. August starb unerwartet unser Kollege

Karl Flach

Vorarbeiter u. Vorsitzender des Betriebsrates der G.-W.-E.-Werke, Abtlg. städt. Lichtwerke Buer und Mitglied des Gesamtbetriebsrates der städt. Arbeiter und Angestellten.

Wir verlieren in ihm einen äußerst tüchtigen Mitarbeiter im Gesamtbetriebsrat. Durch sein aufrichtiges Wesen hat er sich die Wertschätzung seiner Kollegen in hohem Maßen erworben.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Gesamtbetriebsrat der Stadt Gelsenkirchen.

Was ist das?



Das ist ein Holzschnitt

aus dem humoristisch-satirischen Roman

Kehr' um von Robert Budzinski

Das Buch ist soeben erschienen im „Bücherkreis"

Preis 4.80 RM. (Mitglieder Sonderpreis)

Zu beziehen durch:

Volksbuchhandlung
Gelsenkirchen Ringstraße 33